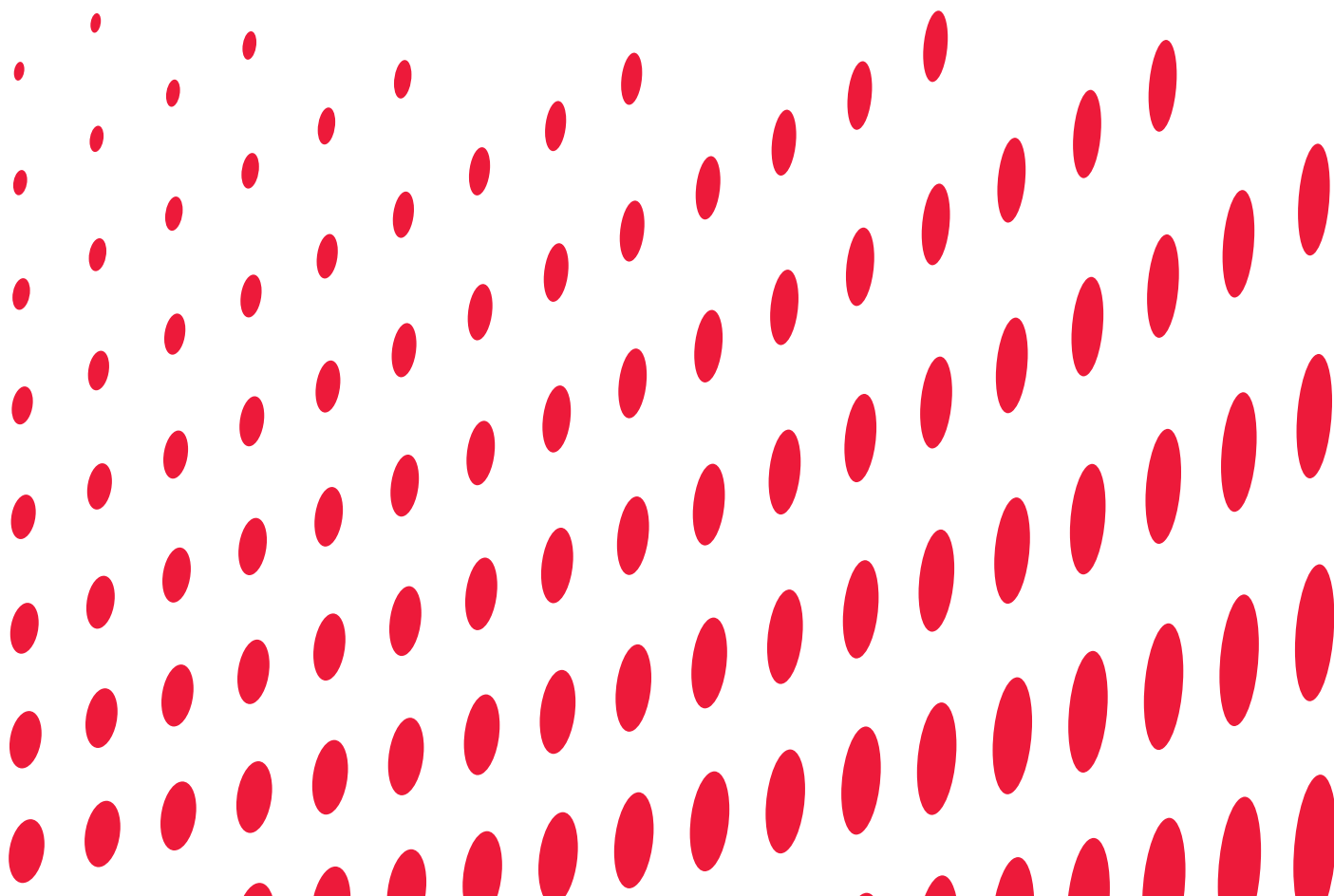


Niedersachsen 2030

Zukunft gemeinsam gestalten



Empfehlungen des Zukunftsforums Niedersachsen

Bildung und Mobilität im
demografischen Wandel



Niedersachsen

Inhalt



I Das „Zukunftsforum Niedersachsen“



II Die erste Arbeitsphase 2014/2015



III Frühkindliche, schulische und informelle Bildung



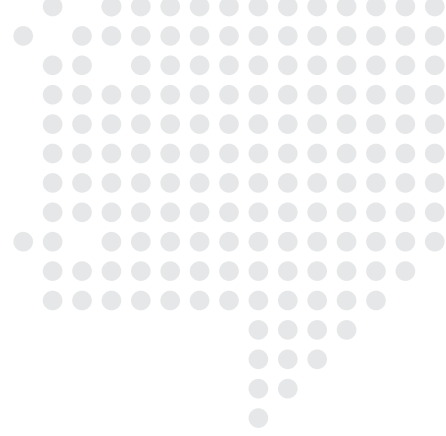
IV Berufliche Bildung und Berufsorientierung, hochschulische Bildung, Lebenslanges Lernen



V Mobilität



VI Fazit und Ausblick



Vorwort

Der demografische Wandel ist für uns in Niedersachsen das zentrale Zukunftsthema. Die Auswirkungen sind längst spürbar, wenn auch mit regional höchst unterschiedlicher Ausprägung: tendenziell wachsenden Regionen im Westen und Ballungsgebieten stehen deutlich rückläufige Einwohnerzahlen in vielen ländlichen Regionen gegenüber.

Eine der größten gesellschaftspolitischen Aufgaben ist es jetzt, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen sicherzustellen. Weil sich die Bevölkerungsentwicklung auf alle gesellschaftspolitischen Handlungsfelder auswirkt und jeden Einzelnen von uns betrifft, können wir nur gemeinsam – in einem breiten gesellschaftlichen Dialog – unsere Zukunft gestalten.

Die Landesregierung hat hierfür das Zukunftsforum Niedersachsen einberufen: Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, Verbänden, Kammern, Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen entwickeln hier gemeinsam praxisorientierte Handlungsansätze zur Bewältigung der vielfälti-

gen Herausforderungen, vor die uns die demografische Entwicklung stellt.

Die hierbei erarbeiteten Empfehlungen stellen praktische Handlungsansätze im demografischen Wandel vor. Projektideen und gemeinsame Projektinitiativen der Akteurinnen und Akteure ergänzen die vielfältigen Anregungen. Sie verdeutlichen, wie wichtig und erfolgreich der Vernetzungsgedanke ist.

Auf die Empfehlungen des Zukunftsforums bin ich sehr gespannt! Die Landesregierung wird die Empfehlungen des Zukunftsforums sorgfältig prüfen und die besten Lösungen in ihre Arbeit aufnehmen. Die Vielzahl der vorgestellten Projekte und Maßnahmen ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt beeindruckend. Lassen Sie uns gemeinsam bewährte Vorhaben weiträumig umsetzen und neue Ideen aufgreifen.

Bei allen Beteiligten bedanke ich mich für ihr großes Engagement und freue mich über den erfolgreichen Dialog.

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident



Vorwort

Die erste Arbeitsperiode 2014/15 des Zukunftsforums Niedersachsen, in der wir uns mit den spezifischen Herausforderungen des demografischen Wandels in den Bereichen Bildung und Mobilität befasst haben, ist abgeschlossen. Als Vorsitzender des Zukunftsforums Niedersachsen freue ich mich, der Niedersächsischen Landesregierung mit diesem Bericht unsere Empfehlungen zu diesen Themenbereichen vorzulegen.

Erfreulicherweise konnten wir bei der Arbeit im Zukunftsforum auf eine Vielzahl bereits vorliegender Analysen zurückgreifen. Auch der 2007 vorgelegte Bericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen an ein zukunftsfähiges Niedersachsen“ stellt weiterhin ein wertvolles Kompendium mit dezidierten Erkenntnissen zum demografischen Handlungsbedarf in Niedersachsen dar. Wir haben uns deswegen entschlossen, uns im Zukunftsforum unmittelbar der praktischen Bewältigung des demografischen Wandels zuzuwenden. Mit unseren hier veröffentlichten Empfehlungen legen wir den Schwerpunkt auf die Umsetzung konkreter Projekte und Maßnahmen.

Die von Ministerpräsident Stephan Weil berufenen Mitglieder des Zukunftsforums kommen aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft. Zusammen mit weiteren Expertinnen und Experten, die wir für die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen gewinnen konnten, standen Wissen und Erfahrungen aus nahezu allen Gesell-

schaftsbereichen zur Verfügung. Wir sind sicher, der Landesregierung mit den hier vorgestellten Projekten und Handlungsempfehlungen gute Antworten für die Herausforderungen zu präsentieren, vor denen das Land Niedersachsen und seine Regionen stehen. Wir sind optimistisch, dass es jetzt gelingt, im ganzen Land die richtigen Akteurinnen und Akteure für den Transfer „guter Praxis“ und innovativer Ansätze in konkrete Maßnahmen zu finden.

Schon steht die Arbeitsperiode 2015/2016 vor der Tür. Das Zukunftsforum wird sich nun dem Thema „Starke Städte – lebendige Dörfer in den ländlichen Räumen“ widmen. Wir haben uns erneut vorgenommen, gute Beispiele zu ermitteln und aufzubereiten. Im Mittelpunkt stehen die Stabilisierung und Aufwertung der Städte, insbesondere auch der Stadtmitten, und der Erhalt lebenswerter Dörfer. Ziel ist es dabei, noch stärker querschnittsorientiert zu arbeiten, um das breite gesellschaftliche und interdisziplinäre Potenzial des Zukunftsforums auszuschöpfen. Als Handlungsfelder bieten sich beispielsweise Quartiersmanagement, Einsatz für lebendige Zentren, bürgerschaftliches Engagement in der Dorfentwicklung oder neue Formen der medizinischen Grundversorgung sowie der Nahversorgung an.

Der Geschäftsstelle des Zukunftsforums in der Niedersächsischen Staatskanzlei danken wir für die Unterstützung bei der Organisation unseres Prozesses.

Prof. Dr. Axel Prieb

Vorsitzender des Zukunftsforums Niedersachsen





I Das „Zukunftsforum Niedersachsen“

- | | |
|---|----|
| 1. Niedersachsen im Wandel | 11 |
| 2. Grundlage und Auftrag des Zukunftsforums Niedersachsen | 13 |



II Die erste Arbeitsphase 2014/2015

- | | |
|---|----|
| 1. Zukunftsforum und Arbeitsgruppen | 15 |
| 2. Arbeitsweise | 15 |
| 3. Ergebnisse : Gute Praxis für Niedersachsen | 16 |
| 4. Vernetzung und Dialog | 16 |



III Frühkindliche, schulische und informelle Bildung

- | | |
|--|----|
| 1. Bildung für junge Menschen im demografischen Wandel | 17 |
| 2. Laufende Projekte der Landesregierung | 18 |
| 3. Empfehlungen des Zukunftsforums | 20 |
| 3.1 Frühkindliche Bildung | 20 |
| 3.1.1 Herausforderungen | 20 |
| 3.1.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge | 22 |
| 1 Projekt „Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) und
alternsgerechte Arbeitsplatzgestaltung für ein längeres Verbleiben
im Beruf als pädagogische Fachkraft“ | 22 |
| 2 Projekt „Kultur macht stark – Linden-Süd –
ein Stadtteil und seine Kulturbotschafter“ | 24 |
| 3 Projektvorschlag „Fühlen, Denken, Sprechen – Alltagsintegrierte
Förderung von Sprache und Emotionswissen“ | 26 |
| 4 Projekt „KitaMobil“ | 28 |
| 5 „Kindertagesstätte Lindenallee“ | 30 |
| 3.2 Schulische Bildung | 32 |
| 3.2.1 Herausforderungen | 32 |
| 3.2.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge | 33 |
| 3.2.2.1 Projekte zur Sicherung des schulischen Angebots
durch Kooperation von Bildungseinrichtungen | 33 |
| 6 Projekt „Bildungshaus Wischhafen“ | 33 |
| 7 Projekt „Schulverbund Wendland“ | 34 |



8	Projekt „Schulatlas für den Elbe-Weser-Raum“	35
9	Projekt „School of Distance Learning“	37
10	Projekt „Akquisition, Schulung und Begleitung von interkulturellen Elternmoderatorinnen und –moderatoren am Übergang Schule-Beruf“	39
11	Projekt „MigrantenElternNetzwerk Niedersachsen“	41
12	Projekt „zukunftswerkstatt buchholz“	43
	3.3 Informelle Bildung	45
	3.3.1 Herausforderungen	45
	3.3.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge	45
13	Projekt „Jugendkoordination im ländlichen Raum“	47
14	Projekt „100+X J-Teams für Niedersachsen“	51
15	„Vernetzung der informellen Bildungsangebote mit den Bildungslandschaften“	53



IV Berufliche Bildung und Berufsorientierung, hochschulische Bildung, Lebenslanges Lernen

1.	Aktuelle Herausforderungen in der Aus- und Weiterbildung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels	55
2.	Laufende Projekte der Landesregierung	57
3.	Empfehlungen des Zukunftsforums	59
3.1	Berufliche Bildung und Berufsorientierung im demografischen Wandel	59
3.1.1	Herausforderungen	59
3.1.2	Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge	61
3.1.2.1	Projekte zur systematischen Berufsorientierung an allen allgemein bildenden Schulen	61
16	„Trilaterale Kooperative Berufsorientierung“	61
17	„BONA SZ und weitere BONA Konzepte“	62
18	Projekt zur Neuausrichtung des Übergangssystems: „Dualisierte Berufsfachschule (BFS Dual)“	63
19	Projekt zur engeren Zusammenarbeit der Akteure der beruflichen Bildung zur Qualitätssicherung: „Lernortkooperative Fortbildung von Lehrern/Lehrerinnen und Ausbildern/Ausbilderinnen in der dualen Ausbildung von Mechatronikern /Mechatronikerinnen (LekoMech)“	65

Inhaltsverzeichnis



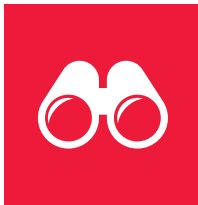
3.2 Hochschulische Bildung	67
3.2.1 Herausforderungen	67
3.2.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge	70
20 Projektvorschlag: „Wege in die Hochschule – verbesserte Kooperation regionaler Berufs- und Studienorientierungseinrichtungen mit den Hochschulen vor Ort“	70
21 Projektvorschlag: „Übergänge in die berufliche Bildung bei vorzeitigem Studienausstieg“	72
22 Projektvorschlag: „Übergänge von den Universitäten in das regionale Beschäftigungssystem verbessern“	73
23 Projektvorschlag: „Entwicklung von Studium Generale/Schlüsselkompetenz-Modulen zur Erleichterung und Beförderung des Praxisdialogs und im Hinblick auf die zukünftige Verantwortung der Absolventinnen und Absolventen für ein demografiegerechtes Personalmanagement“	74
24 „Verbesserte akademische Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs“	75
25 „Hochschulen als Bevölkerungsmagneten durch erweitertes Bleiberecht“	76
3.3 Lebenslanges Lernen	77
3.3.1 Herausforderungen	77
3.3.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge	79
26 Projekt: „Ausweitung der Projektidee Mint 2.0“	79
27 Projekt: „Bildung trifft Wirtschaft – KomBi-Landschaft Hildesheim: die öffentliche Verantwortung für Bildung, zukunftsfähige Ausbildung und Berufsperspektiven“	81
28 Projektvorschlag: „Unterstützung der Zuordnungen nicht-formal und informell erworbener Kompetenzen im Rahmen des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR)“	84
... Weitere benannte Projekte	86



V Mobilität

1. Mobilität im demografischen Wandel	87
2. Laufende Projekte der Landesregierung	88
3. Empfehlungen des Zukunftsforums	89
3.1 Mobilität auf dem Lande / ÖPNV	89
3.1.1 Herausforderungen	89
3.1.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge	91
29 „Einrichtung einer landesweiten zentralen Informations- und Beratungsstelle für Mobilität im ländlichen Raum (MobiZentral)“	91
30 „Unterstützung und Erprobung von Mobilitätszentralen in weiteren Regionen – Alltagsintegrierte“	93
31 „MOREMA Mobilitätsressourcenmanagement Mitte Niedersachsen“	95
32 „Moobil+ im Landkreis Vechta“	96
33 „Neuregelung § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG)“	97
34 „Einführung eines Landesbusliniennetzes“	98
35 „Neuer Finanzierungsrahmen für Bedarfsverkehre“	99
3.2 Mobilität für alle Generationen	101
3.2.1 Herausforderungen	101
3.2.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge	105
3.2.2.1 Projektideen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Alter	105
36 „Fit im Auto – das Richtige Training für sicheres Autofahren“	105
37 Projekt „Fit auf der Straße – Mobil und Sicher mit dem eigenen Fahrzeug – ein Programm für Autofahrerinnen und Autofahrer ab 65 Jahren“	107
38 Projektvorschlag „Beratung zur Verkehrssicherheit von Seniorinnen und Senioren durch Haus- und Klinikärzte“	109
3.2.2.2 Projekte für mobilitätseingeschränkte Personen	111
39 „Training für mehr Mobilitätssicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln“	111
40 „MarisaMobil“	112
41 „MogLi“	113
3.2.2.3 Maßnahmen zur Erhöhung der Barrierefreiheit im ÖPNV	115
42 „Definition der Anforderungen an die vollständige Barrierefreiheit“	115

43	„Barrierefreiheit für Haltestellen des straßengebundenen öffentlichen Nahverkehrs“	115
44	„Barrierefreie Gestaltung der Bahnhöfe“	116
3.3	Forschung und Technologie zur Unterstützung der Mobilität	117
3.3.1	Herausforderungen	117
3.3.2	Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge	117
45	„Notruf (eCall)“	117
46	„Fahrerassistenzsysteme – Kreuzungsassistent“	119
47	„Intelligenter Rollator“	122
48	„Notruf- und Servicesäule“	123
49	„Kommunikationssysteme in Kleidung“	124



IV Fazit und Ausblick

Zukunftsforum Niedersachsen - Wie geht es weiter?	125
---	-----



I. Das „Zukunftsforum Niedersachsen“

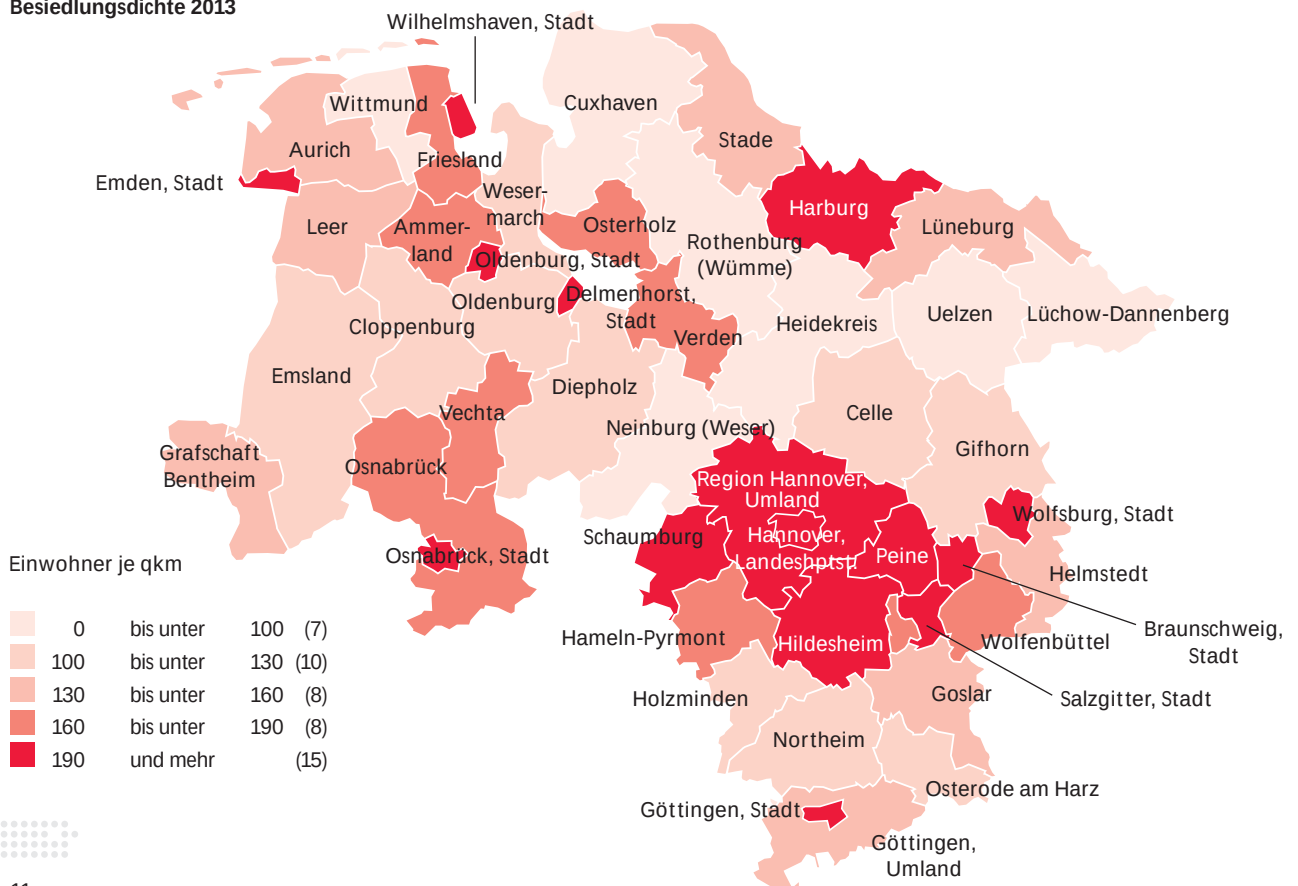
1. Niedersachsen im Wandel

Lassen Sie uns einen Blick in die Zukunft werfen: Vor welchen demografischen Veränderungen stehen wir, welche zentralen Herausforderungen und Chancen ergeben sich daraus für unsere Gesellschaft?

Nach der letzten regionalen Bevölkerungsprognose¹ von 2010 wird die Einwohnerzahl Niedersachsens bis 2030 von zurzeit 7,8 Millionen Personen auf rund 7,4 Millionen sinken. Im Jahr 2060 werden nur noch 6,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen leben. Das ist ein Rückgang gegenüber der heutigen Einwohnerzahl von 20,7 %². Auch die derzeit stärkere Zuwanderung aus dem Ausland kann diesen Trend voraussichtlich nur bis 2020 aufhalten, aber langfristig nicht stoppen.

Bedeutsam ist dabei vor allem die regional markant unterschiedliche Ausprägung dieser Entwicklung: Während die Einwohnerzahlen in einzelnen Landkreisen und Städten, insbesondere im Süden und Osten des Landes sowie an der Küste gegenüber dem Landesdurchschnitt stark zurückgehen, steigt die Bevölkerungszahl in einigen Landkreisen im Westen Niedersachsens, im Hamburger Umland sowie in einigen Großstädten bis zum Jahr 2030 sogar noch an. Dem prognostizierten Bevölkerungsverlust von minus 24,2 % der Stadt Salzgitter bis zum Jahr 2030 steht beispielsweise ein Bevölkerungszuwachs von 20,6 % im Landkreis Vechta gegenüber.

Besiedlungsdichte 2013



Die aufgezeigte demografische Veränderung wirkt sich schon heute auf nahezu alle gesellschaftspolitischen Handlungsfelder aus und wird erheblichen Einfluss vor allem auf die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unseres Landes haben.

Mit Blick auf die damit einhergehenden vielfältigen Herausforderungen und Chancen sowie die individuelle Betroffenheit sind Politik und Verwaltung aufgefordert, gemeinsam mit allen Akteurinnen und Akteuren der Gesellschaft, der Verbände, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Kommunen zu handeln. Die Aufgabe erfordert einen interdisziplinären Ansatz und das engagierte Handeln von uns allen.

Aus diesem Grund hat Ministerpräsident Stephan Weil das „Zukunftsforum Niedersachsen“ – den niedersächsischen Demografiebeirat – berufen. Dieses Gremium ist ein Baustein der niedersächsischen Demografiestrategie. Gemeinsam mit der „Fachkräfteinitiative Niedersachsen“⁴, den jeweiligen „Regionalen Handlungsstrategien“⁵ der Ämter für regionale Landesentwicklung sowie einer Vielzahl ressortspezifischer demografierelevanter Projekte und Maßnahmen bietet das Zukunftsforum einen umfassenden Ansatz zur Bewältigung demografischer Herausforderungen in Niedersachsen.





I. Das „Zukunftsforum Niedersachsen“

2. Grundlage und Auftrag des Zukunftsforums Niedersachsen

Am 17. Februar 2014 – auf dem ersten Demografiekongress der Landesregierung – hat Ministerpräsident Stephan Weil die Mitglieder des Zukunftsforums berufen. Grundlage des Forums ist die Koalitionsvereinbarung 2013–2018 von SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und die Regierungserklärung vom 19. Februar 2013 von Ministerpräsident Stephan Weil im Niedersächsischen Landtag. Darin wird festgehalten, dass die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels als ein zentrales gesellschaftliches Ziel nur gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus allen Teilen der Gesellschaft zum Erfolg geführt werden kann. Leitidee des Zukunftsforums ist folgerichtig, diese Akteurinnen und Akteure zusammenzubringen und zu vernetzen, um die Herausforderungen des demografischen Wandels im gesellschafts- und fachübergreifenden Dialog gemeinsam zu meistern.

Als Mitglieder des Zukunftsforums wurden 35 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften, Kommunalen Spitzenverbänden, Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, Sozialverbänden, Kirchen und Religionsgruppen und anderen gesellschaftlichen Gruppen für die laufende Legislaturperiode berufen.⁶

Die Aufgabe der ernannten Mitglieder besteht darin, Konzepte für ausgewählte demografierelevante Lebens- und Politikbereiche zu entwickeln und der Landesregierung zur Umsetzung zu empfehlen. In Kenntnis der bereits bestehenden vielfältigen wissenschaftlichen Analysen zu den demografischen Herausforderungen liegt der Arbeitsschwerpunkt darauf, Beispiele „guter Praxis“ zu erheben und zu analysie-



Niedersächsische Staatskanzlei

ren. Dabei stehen alle gesellschaftlichen Bereiche von der Bildungs-, Familien- und Gesundheitspolitik, der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik bis zur Struktur- und Regionalpolitik im Fokus. Aufgrund der Breite der angesprochenen Politikbereiche werden jedes Jahr ausgewählte thematische Schwerpunktfelder definiert, die vom Forum bearbeitet werden. Die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen werden im Jahresrhythmus Ministerpräsident Stephan Weil vorgestellt und veröffentlicht.

Als Ergebnis des ersten Arbeitspakets wird der vorliegende Bericht präsentiert. Es ist nun Aufgabe von Politik und regional Verantwortlichen, geeignete Vorschläge umsetzungsorientiert zu unterstützen.

Im Zukunftsforum vertretene Disziplinen

- Architektursoziologie
- Betriebswirtschaftslehre
- Entwicklungspsychologie
- Geriatrie
- Gerontopsychologie
- Medizininformatik
- Migrationsforschung
- Pädagogik
- Politikwissenschaft
- Rechtswissenschaft
- Raumplanung
- Soziologie
- Statistik und Bevölkerungsforschung



II. Die erste Arbeitsphase 2014/2015

1. Zukunftsforum und Arbeitsgruppen

1. Zukunftsforum und Arbeitsgruppen

AG Mobilität

- Mobilität auf dem Land/ÖPNV
- Mobilität für alle Generationen
- Technologien zur Unterstützung der Mobilität

Im ersten Jahr hat das Zukunftsforum die Themen Bildung und Mobilität im demografischen Wandel als Schwerpunktthemen gewählt. Hierfür wurden drei Arbeitsgruppen mit insgesamt neun Unterarbeitsgruppen eingesetzt. Für diese Arbeitsgruppen konnten neben den Mitgliedern des Zukunftsforums weitere ausgewiesene Expertinnen und Experten gewonnen werden. Insgesamt haben rund 120 Personen in den Arbeitsgruppen gemeinsam Lösungsansätze identifiziert und entwickelt. Der fachliche Dialog und die Möglichkeit der breiten Vernetzung wurden von den Mitgliedern durchgängig positiv bewertet.

Die unterschiedlichen Perspektiven der Mitglieder werden auch an den Empfehlungen des Zukunftsforums deutlich: Sie sind das gemeinsame Werk einer Vielzahl von Autorinnen und Autoren.

AG Bildung I

- Frühkindliche Bildung
- Schulische Bildung
- Informelle Bildung

2. Arbeitsweise

In den ersten Sitzungen haben die Arbeitsgruppenmitglieder zunächst die spezifischen Herausforderungen für Niedersachsen in den Bereichen Bildung und Mobilität im demografischen Wandel priorisiert und bewertet. Als Grundlage dienten die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an ein zukunftsfähiges Niedersachsen“⁷ sowie Vorträge von Expertinnen und Experten.

AG Bildung II

- Berufliche Bildung und Berufsorientierung
- Hochschulische Bildung
- Lebenslanges Lernen

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse haben die Arbeitsgruppen Beispiele guter Praxis zur Gestaltung des demografischen Wandels aus Niedersachsen, aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland erfasst und bewertet. Hierfür wurden Kriterien festgelegt, die in den jeweiligen Berichtsteilen vorgestellt werden.

Das Zukunftsforum hat die Empfehlungen in seiner Sitzung am 11. Mai 2015 beschlossen.

Sitzungen des Zukunftsforums

- 3. Februar 2014, Akademie des Sports, vorbereitende Sitzung
- 17. Februar 2014, Hannover Congress Centrum, konstituierende Sitzung
- 14. Mai 2014, Region Hannover, erste Sitzung
- 4. Dezember 2014, Niedersächsisches Landesmuseum, zweite Sitzung
- 11. Mai 2015, Region Hannover, dritte Sitzung



3. Ergebnisse: gute Praxis für Niedersachsen

Für jedes Themenfeld hat das Zukunftsforum richtungsweisende Gute-Praxisbeispiele ausgewählt und für diese Empfehlungen an die Landesregierung entwickelt. Sie werden gemeinsam mit eigenen Projektvorschlägen in den folgenden Kapiteln vorgestellt.

Darüber hinaus wurden weitere rund 150 Beispiele guter Praxis aus den Bereichen Bildung und Mobilität aufgenommen. Sie sind auf dem Internetauftritt des Zukunftsforums auf der Homepage der Staatskanzlei öffentlich zugänglich. Die Datenbank zeigt durch die Vielzahl der Projekte die bereits gelebte gute Praxis auf. Sie soll allen Verantwortlichen als Anregung dienen, Impulse zur Kooperation und Vernetzung zu geben und die guten Beispiele weiter im Land zu verbreiten und zu fördern.

4. Vernetzung und Dialog

Entsprechend der Leitidee des Zukunftsforums, die Herausforderungen des demografischen Wandels im übergreifenden Dialog und durch eine Vernetzung der Akteurinnen und Akteure zu erreichen, wurde eine Vielzahl von Konferenzen und Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten und mit verschiedenen fachlichen Schwerpunkten organisiert. Bei den gemeinsamen Veranstaltungen des Zukunftsforums und der Ämter für regionale Landesentwicklung Weser-Ems und Braunschweig wurden beispielsweise Herausforderungen, Chancen und Lösungsansätze vor Ort gemeinsam mit den regionalen Akteurinnen und Akteuren und der interessierten Öffentlichkeit erörtert.

Der Zweite Demografiekongress am 2. Juni 2015 im Hannover Congress Centrum bildete den Abschluss des ersten Arbeitszyklus des Zukunftsforums mit der Übergabe seiner Empfehlungen an die Landesregierung. Mit innovativen Formaten und prominenten Referentinnen und Referenten gab er erneut Impulse zur großen Vernetzung. Die gute Resonanz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestätigt das Vorgehen, sodass auch die nächste Arbeitsperiode weiter von Veranstaltungen begleitet wird.

Veranstaltungen des Zukunftsforums 2014/2015

- 17. Februar 2014: „Niedersachsen 2030 – Zukunft gemeinsam gestalten“. Erster Demografiekongress der Landesregierung
- 31. Juli 2014: „Demografischer Wandel – Projekte und Best-Practice-Beispiele“. Veranstaltung mit dem Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems in Oldenburg
- 2./3. Oktober 2014: „Zukunft gemeinsam gestalten.“ – Das Zukunftsforum Niedersachsen auf dem Fest zum Tag der Deutschen Einheit
- 4. Dezember 2014: Eröffnung der Ausstellung „Zukunft leben: Die demografische Chance“ im Niedersächsischen Landesmuseum Hannover durch Ministerpräsident Stephan Weil
- 24. März 2015: Kick-off-Fahrsicherheits-training für Seniorinnen und Senioren
- 22. April 2015: „Demografischer Wandel – Chancen, Herausforderungen und gute Praxis vor Ort“. Veranstaltung mit dem Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig in Goslar
- 2. Juni 2015: Zweiter Demografiekongress der Landesregierung



<http://www.stk.niedersachsen.de/startseite/themen/demografie/>



III. Frühkindliche, schulische und informelle Bildung

1. Bildung für junge Menschen im demografischen Wandel

Bildung ist der Schlüssel zu Chancengleichheit und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Sie entscheidet maßgeblich über Lebenschancen und befähigt Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Auf individueller Ebene leistet Bildung einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung von jungen Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten und zur Vorbereitung auf deren zukünftigen Lebensweg. Bei gesamtgesellschaftlicher Betrachtung zeigt sich, dass Bildung der zentrale „Rohstoff“ unserer heutigen Wissensgesellschaft ist: Sie ist ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung, für die Innovation von morgen und für die soziale Integration. Außerdem stellt die Arbeitswelt der Zukunft veränderte Anforderungen an die Qualifikationen der jungen Menschen. Bildung sollte darauf ausgerichtet sein, den Zugang junger Menschen in die Berufs- und Arbeitswelt zu sichern. Junge Menschen dürfen aber nicht nur als zukünftige Arbeitskräfte gesehen werden: Die nicht zweckgebundene Freizeit ist ebenfalls wichtig für Lebensfreude, Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsbiografie. Weder der individuelle Hintergrund (zum Beispiel eine Zuwanderungsbiografie) noch das Aufwachsen in einem vom demografischen Wandel besonders betroffenen Teil Niedersachsens dürfen Bildungschancen beeinträchtigen.

Bildung kann einen wichtigen Beitrag zur positiven Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Folgen leisten. Die Enquete-Kommission des Niedersächsischen Landtags hat dazu festgestellt: „Mangelnde Bildung verschärft nahezu alle Probleme des demografischen Wandels, während Investition in Bildung positive Auswirkungen auf beinahe alle Problembereiche hat“.⁸ Um den Veränderungen durch den demografischen Wandel begegnen zu können, gehört deshalb die Sicherung und qualitative Weiterentwicklung der Bildungseinrichtungen und Bildungsangebote zu den wichtigsten Aufgaben.

Die Arbeitsgruppe Bildung I hat drei Bereiche des Bildungssystems besonders in den Blick genommen:

- Frühkindliche Bildung,
 - schulische Bildung und
 - informelle Bildung.
-

Zur Strukturierung ihrer Arbeit hat die Arbeitsgruppe Bildung I sich von den Fragen leiten lassen, wie das Bildungsangebot im Flächenland Niedersachsen – als wichtiger Bestandteil der staatlichen Daseinsfürsorge – mit seinen unterschiedlichen Voraussetzungen (Ballungsräume und ländliche Räume) zukünftig gestaltet werden kann, wie die Bildungseinrichtungen zur besseren Integration von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte beitragen können und wie die Vernetzung von Bildungseinrichtungen intensiviert und dabei vor allem die Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen besser gestaltet werden können. Außerdem wurden Genderaspekte und generationenübergreifende Projekte berücksichtigt.

Die Arbeitsgruppe Bildung I hat als Anforderungen an die ausgewählten Beispiele guter Praxis formuliert, dass sie eine deutliche Reaktion auf die Herausforderungen des demografischen Wandels erkennen lassen, eine positive Wirkung entfalten und einen innovativen Charakter haben.

2. Laufende Projekte der Landesregierung

Die Landesregierung hat auf die immer deutlicher auftretenden Herausforderungen durch den demografischen Wandel mit einer Reihe von Projekten und Maßnahmen schon reagiert. Einen besonderen Schwerpunkt hat sie dabei auf den bedarfsgerechten Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder gelegt, da dieses sowohl der Bedeutung der frühkindlichen Bildung für den Bildungsweg entspricht als auch der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dient. Zur nachhaltigen Steigerung der Strukturqualität in den Kindertageseinrichtungen trägt besonders auch die stufenweise Einführung einer dritten Kraft in Krippengruppen ab 2015 bei.

Im Rahmen von Zielvereinbarungen fördert die Landesregierung die Arbeit des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) e. V. Informationen zur Arbeit des nifbe können im Internet unter <http://www.nifbe.de/> auf aktuellem Stand abgerufen werden.

Die Sicherstellung der Bildungsinfrastruktur stellt ein herausragendes Handlungsfeld im demografischen Wandel dar. Das Niedersächsische Schulgesetz sieht vor, dass Entscheidungen über schulorganisatorische Maßnahmen wie die Errichtung, die Aufhebung oder die Zusammenlegung von Schulen von den Schulträgern zu treffen sind, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies erfordert. Schulorganisatorische Maßnahmen der Schulträger wirken sich stets mittelbar auch auf die örtliche Gemeinschaft und das soziale Leben einer Kommune aus. Ist eine Schule erst einmal aufgehoben, verändern sich zwangsläufig die örtlichen Strukturen und das gesellschaftliche Umfeld einer Kommune. Die Schulentwicklung ist deshalb in ein umfassendes regionales Entwicklungskonzept einzubinden. Die Landesregierung will durch gesetzliche Änderungen die Selbstverantwortung der Kommunen als Schulträger stärken. Ihnen sollen aber auch neue Gestaltungsräume bei grundlegenden

schulpolitischen Entscheidungen eröffnet werden, um auf den demografischen Wandel bei Beibehaltung eines qualitativ hochwertigen Bildungsangebots reagieren zu können. So wurde in jüngster Zeit die Einrichtung von Gesamtschulen und qualitativ verbesserten Ganztagschulen auch außerhalb von Ballungsräumen erleichtert. Weitere Schritte sind geplant.

Die gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen für ein hochwertiges, qualitätsvolles Bildungsangebot vor Ort kommt durch das Anfang 2015 veröffentlichte „Rahmenkonzept für Bildungsregionen in Niedersachsen“ zum Ausdruck. Die Bildungsregionen verfolgen das Ziel, durch abgestimmte formale, nicht-formale und informelle Bildungsangebote möglichst viele Menschen bestmöglich bei der Entwicklung einer erfolgreichen Bildungsbiografie zu unterstützen. Dabei sollen sich alle Bildungsakteure langfristig und kontinuierlich vernetzen und die spezifischen Potenziale einer Region fördern.

Einen wichtigen Beitrag leisten die Bildungseinrichtungen außerdem bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte. Um dies zu erreichen, sollen die Chancen von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte durch geeignete Maßnahmen weiter verbessert, die Förderung in der deutschen Sprache qualitativ weiterentwickelt und ergänzt werden durch Angebote, die die Potenziale der Herkunftssprachen im Rahmen der Förderung der Mehrsprachigkeit zur Entfaltung bringen. Zugleich soll die interkulturelle Öffnung der Kindertageseinrichtungen und Schulen gefördert und in den Schulen eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung verwirklicht werden. Dieses geschieht u. a. durch die gezielte Sprachförderung im Elementarbereich, vor der Einschulung, in den Schulen und durch die Entwicklung eines Netzwerks für Deutsch als Zweit- und Bildungssprache, Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz (DaZNet). Darüber hinaus werden Lehrkräften auch in diesem Bereich



III. Frühkindliche, schulische und informelle Bildung

Fort- und Weiterbildungen angeboten und gezielt Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte gefördert.

Es besteht dringender Handlungsbedarf zur Sicherung des Lehrkräftenachwuchses, insbesondere durch eine nachhaltige Personalentwicklungsplanung bzw. ein gezieltes Personalmanagement, die die gestiegenen beruflichen Belastungen von Lehrkräften berücksichtigen. Die Landesregierung stärkt die bewährten und bereits bestehenden Maßnahmen des Gesundheitsmanagements und ergänzt sie mit neuen Maßnahmen. Das Pilotvorhaben CARE (Chancen Auf Rückkehr Ermöglichen) bietet Beratung und Unterstützung für Beschäftigte in Schulen, die sich in einer gesundheitsbelastenden Situation befinden oder von einer längerfristigen Erkrankung betroffen sind. Mit dem Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) werden erkrankte Beschäftigte

dabei unterstützt, ihre Arbeitsunfähigkeit zu überwinden und wieder in das Berufsleben einzusteigen.

Bei der Sicherung des Lehrkräftenachwuchses sollen auch junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gezielt angesprochen werden. In diesem Zusammenhang kann u. a. an die Erfahrungen der Projekte „Mehr Migranten werden Lehrer“ und „Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte“ (migranetz) angeknüpft werden.

Um informell erworbene Fähigkeiten bei Schülerinnen und Schülern zu würdigen, kann mit einem Beiblatt zum Schulzeugnis in Niedersachsen das ehrenamtliche Engagement in der Jugendarbeit (zum Beispiel im Jugendverband, Jugendclub oder Verein) bestätigt werden.

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.1 Frühkindliche Bildung

Frühkindliche Bildung legt den Grundstein für die gesamte Bildungsbiografie eines Kindes. Berücksichtigt man, dass neben dem reinen Wissenserwerb gleichzeitig die Lust am Lernen, die Selbstregulation sowie emotionale und soziale Kompetenz gefördert werden, lässt sich verdeutlichen, welch großes Gewicht einer qualitativ und quantitativ hochwertigen Angebotsstruktur in diesem Bildungssegment zukommt. Der chancengleiche Zugang zu hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten ist letztlich ein wesentlicher Baustein sowohl für eine prosoziale Persönlichkeit des Einzelnen und das soziale Miteinander als auch für den wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft. Dies wird in einer Gesellschaft der Zukunft, die auf lebenslanges Lernen ihrer Mitglieder angewiesen ist, noch wichtiger. Durch die Plastizität des Nervensystems von jungen Kindern bieten sich besondere Möglichkeiten, durch den Aufbau von Vertrauensbeziehungen und durch die Schaffung von anregenden Umwelten in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen die Potenziale unserer jüngsten Mitbürgerinnen und Mitbürger zu entfalten, statt sie verkümmern zu lassen. Dass auf diesem Wege zugleich die soziale Integration erleichtert und die intergenerationale Weitergabe von sozialer Benachteiligung erschwert, wenn nicht gar verhindert wird, sind zwei weitere Vorteile einer qualitätsvollen frühkindlichen Bildung und Betreuung.

Die Arbeitsgruppe war sich daher darüber einig, dass in einer Gesellschaft mit rückläufiger Bevölkerung, die verstärkt auf die Potenziale aller Mitglieder angewiesen ist, der frühkindlichen Bildung besondere Bedeutung beizumessen ist. Hinzu kommen nicht zuletzt bildungsökonomische Überlegungen, die darauf hinweisen, dass Investitionen in qualitätsvolle Bildungsangebote in dieser Altersgruppe nicht nur wirksam darin sind, Förderziele zu erreichen, sondern

darüber hinaus besonders effizient sind. Rechnet man Kosten gegen kurz- und langfristige Nutzen (wie etwa spätere Steuereinnahmen oder nicht anfallende Kosten für Transferleistungen oder Kriminalität), so ergibt sich nach Auswertungen des Nobelpreisträgers James Heckman und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2010) für die USA eine „Bildungsrendite“ von bis zu 1:10. Diese Kosten-Nutzen-Relation fällt bei Investitionen in die Bildung von älteren Kindern und Jugendlichen deutlich niedriger aus. Kernpunkt dieser Berechnungen sind aber – wie bereits erläutert – Angebote, die eine hohe pädagogische Qualität aufweisen und auch auf Dauer halten. Davon sind viele Kitas in Deutschland noch weit entfernt. Nach der NUBBEK-Studie bleiben 63 % der Kitas bezüglich der lernförderlichen Interaktionen in der Zone unzureichender Qualität und damit weit hinter ihren Möglichkeiten zurück.⁹

Hier sind Impulse aus unterschiedlichsten Bereichen zu identifizieren und zu verstetigen. Zur Systematisierung hat die Arbeitsgruppe folgende Schwerpunktthemen gewählt:

3.1.1 Herausforderungen

Aus-, Fort- und Weiterbildung von erzieherischen Fachkräften

Eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Qualität in der frühkindlichen Bildung kommt den Kita-Fachkräften zu, die im Laufe ihres Berufslebens viele Hundert junge Kinder betreuen und ganze Generationen prägen. Angesichts der Altersstruktur der erzieherischen Fachkräfte sind Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung verstärkt in den Blick zu nehmen. Diese tragen neben einer Verbesserung der gesundheitlichen Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt auch nachhaltig zur Motivation und Arbeitszufriedenheit bei, die zu den Voraussetzungen für eine gute Qualität der pädagogischen Arbeit mit den Kindern zählen.



III. Frühkindliche, schulische und informelle Bildung

Neben der betrieblichen Gesundheitsförderung ist die Attraktivität des Arbeitsfeldes der Kita-Fachkräfte zu überdenken. Bereits jetzt ist es eine große Herausforderung, aufgrund des Fachkräftemangels alle Stellen in den Kindertagesstätten besetzen zu können. Um diesem Trend entgegenzuwirken, sollten dringend Konzepte zur Nachwuchskräftegewinnung entwickelt werden.

(Kulturelle) Vielfalt als Chance

Die Angebote der frühkindlichen Bildung müssen auf den steigenden Anteil von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte reagieren, deren Potenziale noch weitgehend unerschlossen sind. Insbesondere der frühen Sprachförderung kommt eine hervorzuhebende Bedeutung zu. Denn nur durch eine angemessene Beherrschung der deutschen Sprache kann ein chancengerechter Bildungsverlauf und folglich auch der Zugang zu wirtschaftlicher Teilhabe im Erwerbsleben gesichert werden. Sprachkenntnisse vereinfachen darüber hinaus die Teilhabe an der deutschen Gesellschaft und erschweren das Abdriften in sogenannte Parallelgesellschaften. Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation ist die Dimension dieser Herausforderung stark gestiegen.

Frühkindliche Bildung im Flächenland Niedersachsen – Vernetzung von Einrichtungen (oder Angeboten) der frühkindlichen Bildung

Aufgrund der sinkenden Anzahl von Kindern in einigen Regionen Niedersachsens wird es darauf ankommen, auch hier Angebote der frühkindlichen Bildung weiterhin wohnortnah bereitzustellen. Dadurch kann die Attraktivität ländlicher Räume als Lebensort für Familien erhöht und die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern in diesen Regionen gesichert werden. Eine bessere Kooperation der Angebote der frühkindlichen Bildung mit anderen Bildungseinrichtungen kann dazu wesentlich beitragen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine qualitätsvolle und verlässliche Infrastruktur der frühkindlichen Bildung und Betreuung trägt zu einer besseren Vereinbarkeit von Familienaufgaben und beruflicher Tätigkeit für junge Mütter und Väter bei, die in der „Rushhour des Lebens“ mit der Bewältigung von Aufstieg und Bewährung im Beruf, Aufbau einer tragfähigen Partnerschaft und „Management“ von Kindererziehung und Familienarbeit mehrere zeitintensive Aufgaben zugleich schultern müssen. Zugängliche und bedarfsgerechte Angebote erlauben ihnen, von ihren in Ausbildung oder Studium erworbenen Qualifikationen Gebrauch zu machen, und liefern ihnen positive Argumente für den Entschluss zur Gründung oder Erweiterung ihrer Familie.

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.1.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

1 Projekt „Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) und altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung für ein längeres Verbleiben im Beruf als pädagogische Fachkraft“

Beschreibung

Das vom Landesverband evangelischer Kindertageseinrichtungen e. V. (levtek) und dem Diakonischen Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e. V. (DWiN) im Raum Hannover und Umgebung initiierte Projekt verbindet integriertes betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) mit einer altersgerechten Arbeitsplatzgestaltung.

Es zielt darauf ab, die Gesundheitsrisiken zu minimieren und den pädagogischen Fachkräften einen längeren Verbleib in den Einrichtungen der Kindertagespflege zu ermöglichen. Damit einhergehend sollen Krankenstand und Frühverrentung gesenkt werden. Zentral ist weiterhin, den pädagogischen Fachkräften die Freude an ihrem Beruf zu erhalten, weil sie durch ihre Person wirken und nur dann ihre pädagogische Arbeit mit den Kindern qualitativ ausführen können.

Mithilfe von ausgewählten Instrumenten des betrieblichen Gesundheitsmanagements wie:

- Arbeitsplatzanalyse mittels einer Gefährdungsbeurteilung,
- Altersstrukturanalyse,
- Mitarbeiterbefragung,
- Gesundheitszirkel

werden die berufliche und gesundheitliche Situation des pädagogischen Personals erfasst und ausgewertet, um im nächsten Schritt passgenaue verhaltens- und verhältnisorientierte Maßnahmen zu entwickeln und einzuführen. Die auf diese Weise identifizierten Handlungsfelder werden als strategischer Ansatz in das Leitbild der Organisation und bezüglich der operativen Elemente in das Qualitätsmanagementsystem integriert und regelmäßig evaluiert.

Zur Implementierung der Instrumente in den Einrichtungen werden Moderatorinnen und Moderatoren für Gesundheitszirkel ausgebildet, die Teil des Fachberatungs- und Unterstützungssystems werden.

Der Auftakt erfolgte im Oktober 2014 mit einer „Sensibilisierungsveranstaltung“. Die Projektlaufzeit ist von Oktober 2014 bis Dezember 2015 vorgesehen.



Stefan Heinze



III. Frühkindliche, schulische und informelle Bildung

Begründung

Das Projekt reagiert auf die Herausforderung, erzieherische Fachkräfte aus-, fort- und weiterzubilden, und wirkt mittelbar qualitätsfördernd.

Durch die seit Jahrzehnten gleichbleibend geringe Geburtenrate sinkt der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Gesamtbevölkerung mit entsprechenden Auswirkungen auf den Fachkräftenachwuchs und die Dauer der Erwerbstätigkeit. Durch den gleichzeitigen Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote in den letzten Jahren sind Fachkräfte mancherorts Mangelware.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass in den letzten Jahren körperliche Belastungen und psychischer Stress von pädagogischen Fachkräften im vorschulischen Bereich stark zugenommen haben. In Kombination mit typischen Belastungen, die aus dem Umgang mit jungen Kindern (zum Beispiel Tragen, Wickeln) und Umgebungsbedingungen (zum Beispiel Lärmpegel) resultieren, sowie einer unzureichenden

Erzieherin-/Erzieher-Kind-Relation ergeben sich viele krank machende Konstellationen. Diese beeinträchtigen nicht nur für die Beschäftigten selbst und bei längerer Erkrankung ihre Teamkolleginnen und -kollegen, sondern auch die Kinder, da die Qualität der pädagogischen Arbeit durch die Belastungen negativ beeinflusst wird.

Gesunde und motivierte pädagogische Fachkräfte, die auch im mittleren und höheren Lebensalter (50+) in ihrem Beruf verbleiben und ihren Erfahrungsschatz dort einbringen, können dazu beitragen, dass der bestehende und sich zukünftig noch verstärkende Fachkräftemangel abgeschwächt wird. Dies wird mit dem Projekt, das integriertes Betriebliches Gesundheitsmanagement mit einer altersgerechten Arbeitsplatzgestaltung verbindet, unterstützt.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Träger von Kindertageseinrichtungen anzuregen, eine mögliche Übernahme des Projekts „Betriebliches Gesundheitsmanagement und altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung für ein längeres Verbleiben im Beruf als pädagogische Fachkraft“ zu prüfen.

Diakonisches Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e. V.
Bereich Bildung, Erziehung und Freiwilligendienste
Ebhardtstraße 3 A
30159 Hannover

Landesverband evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder e. V.
Ebhardtstraße 3 A
30159 Hannover
<https://levtek.wir-e.de/aktuelles>

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

2

Projekt „Kultur macht stark – Linden-Süd – ein Stadtteil und seine Kulturbotschafter“

Beschreibung

Qualitätsvolle Angebote der frühkindlichen Bildung beziehen auch die Chancen, die in der kulturellen Vielfalt der Kinder und ihrer Familien liegen, in ihre Konzeption und ihr Handeln ein. Ein Beispiel guter Praxis ist das Familienzentrum St. Vinzenz in Hannover Linden-Süd. 71 Kinder im Alter von 3 bis 10 Jahren aus 18 verschiedenen Herkunftsländern werden in diesem Familienzentrum in zwei Kindergarten- und zwei Hortgruppen betreut. Die Lebenssituation vieler Familien ist in diesem Stadtteil prekär aufgrund von Armut, Gewalt und psychischen Krankheiten. Die Grundversorgung von Körper, Seele und Geist ist bei ca. zwei Dritteln der Kinder nicht gewährleistet. Viele Familien des Stadtteils gehören zu den sogenannten bildungsfernen Familien. Über 80 % der Eltern im Familienzentrum leben in Armut bzw. sind von Armut bedroht. Der Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist hoch und beträgt im Stadtteil Linden-Süd 43,9 %. Der Durchschnittswert anderer Stadtteile von Hannover liegt bei 27,8 %.

Auf vielfältige Weise und mit unterschiedlichsten – zum Teil sehr kreativen – pädagogischen Methoden werden Möglichkeiten geschaffen, um den Kindern und ihren Eltern neue Lebenswelten zu eröffnen, eigene Fähigkeiten und Talente zu entdecken und sich und ihren kulturellen Hintergrund in gemeinschaftliche Projekte einzubringen.



Die Jahresthemenschwerpunkte umfassen für das Jahr 2014 Sinneswahrnehmung/bildende Kunst, für 2015 Musik/Medien, für 2016 Ernährung/Bewegung und für 2017 Literatur/darstellende Kunst. Der Abschluss erfolgt mit einem Musical. Die Angebote finden in den Gruppen nachmittags und in den Ferien statt. Zu jedem Jahresschwerpunkt wird ein bleibendes Symbol auf dem teiloffenen Spielplatz (der Spielplatz ist ab 16.00 Uhr und an den Wochenenden für den Stadtteil geöffnet) des Familienzentrums St. Vinzenz gestaltet. Die Eltern werden aktiv einbezogen und regelmäßig durch Elternbriefe, Gespräche, Elterncafé, Vorführungen, Mitarbeit etc. über die Veranstaltungen und Aktionen informiert. Die Jahresthemenschwerpunkte finden sich in den Wochenendseminaren für die Familien mit passenden Angeboten zu dem jeweiligen Thema wieder.

Fester Bestandteil in jedem Jahr ist ein Projekt der Öffentlichkeitsarbeit. Ein Redaktionsteam setzt sich zusammen aus älteren Hortkindern (3./4.Klasse), einer Erzieherin und Eltern. Die Aufgaben des Redaktionsteams bestehen in der Berichterstattung, der Durchführung von Interviews und der Fotodokumentation der fortlaufenden Angebote. Die Zeitung des Familienzentrums erscheint vierteljährlich und wird von der Redaktion in den Gruppen vorgestellt und der Öffentlichkeit präsentiert. Das Redaktionsteam arbeitet mit dem Radiosender leinehertz 106.5 zusammen. Im Radiosender wird regelmäßig über die Aktionen des Familienzentrums berichtet, Interviews werden geführt und die Öffentlichkeit wird informiert. Offene und feste Gruppen im Familienzentrum können an diesem Projekt teilnehmen, ihre Anliegen kundtun und sich ausprobieren.

Jedes Jahr rücken weitere Kinder nach, sodass ein heute 5-jähriges Kind die Chance hat, im Jahr 2017 Redaktionsmitglied zu werden. Die neuen Mitglieder im Redaktionsteam werden geschult. Kinder und ihre Eltern erhalten – oft gemeinsam – eine Qualifizierung im Fotografieren, in einem PC-Kurs und in einer Schreibwerkstatt.

Bislang sind zwei Zeitungen erschienen. Weitere Informationsschriften wurden herausgebracht. Das Projekt ist auf fünf Jahre angelegt und umfasst die Laufzeit von 2013 bis 2017.



III. Frühkindliche, schulische und informelle Bildung

Begründung

Mit dem Projekt „Kultur macht stark“ sollen Familien im Alltag gestärkt, sie in einzelnen Bereichen qualifiziert und ihnen Gelegenheit zur aktiven Gestaltung des kulturellen Lebens in ihrem Stadtteil gegeben werden. Das Projekt begreift die Herausforderungen der kulturellen Vielfalt als Chance, fördert den interkulturellen Austausch und die Integration von Kindern und Eltern mit Zuwanderungsgeschichte.

Es orientiert sich an den konkreten Gegebenheiten vor Ort und ist auf die Bedarfe und Bedürfnisse der Familien zugeschnitten. Inhalte und Methoden sowie die Einbeziehung von (kreativen) Fachleuten von außen gehen weit über den pädagogischen Rahmen des normalen Kindertagesstätten- und Hortalltags hinaus, sodass das Projekt Vorbildcharakter hat.



Uta Schütz



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Familienzentren und ihre Träger (Kommunen) anzuregen, den interkulturellen Austausch nach dem Vorbild des Projekts „Kultur macht stark – Linden-Süd – ein Stadtteil und seine Kulturbotschafter“ zu pflegen und Kinder und ihre Eltern dabei zu qualifizieren. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten und Bedarfe sollen auch Verbundlösungen zwischen mehreren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen möglich sein, indem mehrere Einrichtungen im Verbund ein gemeinsames Konzept entwickeln.

Katholische Familienbildungsstätte Hannover
Ansprechpartnerin Beata Brod
Goethestraße 31
30169 Hannover
<http://www.kath-fabi-hannover.de/index.php?id=linden-sued-kulturbotschafter>

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3 Projektvorschlag „Fühlen, Denken, Sprechen – alltags- integrierte Förderung von Sprache und Emotionswissen“

Beschreibung

Seit den internationalen Schulleistungstudien ist bekannt, dass die Beherrschung der deutschen Sprache einen wesentlichen Beitrag zum Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen leistet. Kinder, die mehrsprachig aufwachsen und Deutsch als Zweitsprache im Kindergarten erlernen, haben oft Schwierigkeiten mit dem vollständigen Erwerb der deutschen Sprache vor Schuleintritt. Ebenso gibt es auch viele deutschstämmige Kinder (meist aus bildungsfernen Elternhäusern), die über einen beschränkten Wortschatz verfügen und sich nicht differenziert ausdrücken können. Damit werden sie schon von ihren Voraussetzungen her den Anforderungen der Schule (und später der Berufswelt und der Gesellschaft) an die Beherrschung der Bildungssprache Deutsch nicht gerecht. Deshalb sollen mit dem Projektvorschlag Kinder mit nicht altersgemäß entwickelten Deutschkenntnissen (inklusive mehrsprachig aufwachsende Kinder, aber nicht Kinder mit Sprachstörungen) durch die Fachkräfte in der Kita in ihrer Sprachentwicklung alltagsintegriert gefördert werden. Dies geschieht in Kombination mit einer Förderung ihres Emotionswissens. Damit erhalten sie Zugang zu ihrer eigenen Gefühlswelt und der von anderen sowie Unterstützung bei der Verbalisierung ihrer Bedürfnisse, was angesichts der sozialen und emotionalen Turbulenzen im Kita-Alltag für viele Kinder hilfreich ist.

Sprachbildung und Emotionswissen sind eng miteinander verwoben: Für die oft schwierige Aufgabe, eigene und fremde Emotionen sprachlich auszudrücken, wird ein angemessenes Vokabular gebraucht. Sprache stützt hier also den Erwerb von Emotionswissen. Umgekehrt sind die Emotionen der Kinder für die Förderung ihrer sprachlichen Fähigkeiten hoch bedeutsam, weil positive Gefühle als „Wegbereiter“ für sprachbezogene Lernprozesse fungieren. Wichtig scheint der gemeinsame Interessenfokus von Kind(ern) und Erziehungsperson zu sein.

Die Förderung im Kita-Alltag geschieht zum einen dadurch, dass Bilderbücher und andere Medien mit emotionalen Themen als Anlass für Gespräche mit den Kindern genommen werden. Dabei werden die Kinder vertraut gemacht mit den typischen Zuordnungen von Emotionsworten zu Situationen und dem entsprechenden Ausdrucksverhalten von Menschen (im einfachen Fall also mit der Kombination des Worts „Freude“ zur Situation „Geburtstag“ und dem Ausdruck „Lächeln“).¹⁰ Zum anderen werden die Gefühle, die die Kinder in Alltagssituationen zeigen, von den Kita-Fachkräften aufgegriffen, benannt und erklärt. In diesen „Gefühlsbesprechungen“ – oft in Konflikten – lernen nicht nur die Beteiligten, sondern auch die umstehenden Kinder, welche Gefühlskonstellationen der Anlass waren und wie sie sich regeln lassen. Damit leistet der Aufbau des Emotionswissens einen wichtigen Beitrag zum sozialen Lernen in der Gruppe.

Um diese Gelegenheiten optimal nutzen zu können, müssen Kita-Fachkräfte fortgebildet werden. Geplant ist von Frau Prof. Dr. von Salisch, Institut für Psychologie an der Leuphana Universität Lüneburg, eine Fortbildungsreihe, in der neben Input zur Entwicklung von Sprache und Emotionswissen das sprachliche Interaktionsverhalten von Kita-Erziehenden durch Video-Feedback in der Fortbildungsgruppe optimiert wird. Der Einsatz von Rückmeldungen auf Video bei Fortbildungen verbessert nachweislich die Sprachförderung in der Kita, auch auf längere Sicht.¹¹

Im ersten Schritt soll ein Konzept für eine videogestützte Fortbildungsreihe erstellt werden, die auf das sprachliche Interaktionsverhalten von Kita-Erziehenden abzielt. Außerdem ist die Fortbildung von zwei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern im erprobten Heidelberger Training für interaktive Sprachförderung¹² geplant. Materialien zur Förderung des Emotionswissens (Bilderbücher, Rollenspiele etc.) müssen ausgewählt und die Pilotierung von einzelnen Komponenten des Projekts in Kitas geplant werden. Der zweite Schritt umfasst ein Modellprojekt zur Durchführung und Evaluation der Fortbildung. Sie soll in zwei größeren Kitas in sozialen Brennpunkten durchgeführt werden, von denen eine in Lüneburg und eine in Braunschweig liegt. Die Fortbildung wird



III. Frühkindliche, schulische und informelle Bildung

mit Prä- und Post-Befragungen sowie einem Follow-up nach sechs Monaten sowohl auf der Ebene der Fachkräfte als auch auf der Ebene der Kinder (Sprachstand, Emotionswissen, schulische Vorläuferfertigkeiten) evaluiert. Dabei kommen Fragebögen, Interviews, Testverfahren und Interaktionsbeobachtungen zum Einsatz. Außerdem werden die Fachkräfte über ihre Akzeptanz und ihre Verbesserungsvorschläge befragt. Dies fließt in einen Bericht und in eine verbesserte Konzeption der Fortbildungsreihe ein. Angedacht ist, die regionalen Fortbildungen durch eine Plattform für den Austausch unter den Fachkräften, durch Auffrischungssitzungen und „E-Coaching“ mit Videos zu Problemsituationen noch nachhaltiger zu gestalten.

Begründung

Die Fähigkeit, eigene Emotionen zu erkennen und zu benennen, ist für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben notwendig: Sie versetzt die Kinder in die Lage, ihre Gefühle auszudrücken, ermöglicht Aushandlungen und erspart ihnen Frustrationen. Darüber hinaus trägt sie zur Perspektivenübernahme und letztlich zu einer angemessenen Regulation der Emotion bei.

Längsschnittstudien ergeben, dass Vierjährige mit fortgeschrittenem Emotionswissen später seltener aggressives Verhalten¹³ zeigen und Fünfjährige mit ebensolchen Kenntnissen später über besser ausgebildete Fähigkeiten in Mathematik und Deutsch verfügen, auf die der Anfangsunterricht der Schule dann aufbaut. Die kombinierte Förderung von Sprache und Emotionswissen ist auch deshalb wünschenswert, weil mehrsprachig aufwachsende Kinder zwischen drei und sechs Jahren nach der repräsentativen KiGGS-Studie (Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland) – ebenso wie Kinder aus niedrigen Sozialschichten durchweg – insgesamt deutlich häufiger unter Verhaltensproblemen (10,0 % vs. 4,4 %) leiden.¹⁴ Überrepräsentiert bei diesen Kindern sind aggressives und hyperaktives Problemverhalten, das oft mit späteren Problemen in der Schule und vorzeitigem Schulabbruch einhergeht.

Insgesamt erhöht der Projektvorschlag „Fühlen, Denken, Sprechen durch Sprachbildung“ und Emotionsbildung in Kindertagesstätten die soziale Integration und die Chancengleichheit der Kinder und wirkt durch die Fortbildung der erzieherischen Fachkräfte gleichzeitig qualitätsfördernd.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Modellprojekt zum Nachweis der Wirksamkeit der Fortbildung „Fühlen, Denken, Sprechen – Alltagsintegrierte Förderung von Sprache und Emotionswissen“ bei Kita-Fachkräften und bei Kindern durchzuführen.

Prof. Dr. Maria von Salisch
Institut für Psychologie
Leuphana Universität Lüneburg
Scharnhorststraße 1
21335 Lüneburg

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

4

Projekt „KitaMobil“

Beschreibung

Der ländliche Raum steht angesichts des demografischen Wandels vor wachsenden Herausforderungen. Dabei gehören insbesondere die Bereitstellung eines erreichbaren Bildungsangebots sowie die Sicherung einer kompetenten Kinderbetreuung zu den wichtigsten Säulen der Daseinsgrundfunktionen.

Mit dem Projekt „KitaMobil“ möchte die Verbandsgemeinde Beetzendorf-Diesdorf im Altmarkkreis Salzwedel in Sachsen-Anhalt langfristig die Sicherung der Kinderbetreuung als Haltefaktor für junge Familien und Alleinerziehende erreichen.¹⁵

Dazu wurden neue Mobilitätsangebote im ländlichen Raum zur Beförderung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren zu den Kindertagesstätten geschaffen und das ÖPNV-System weiterentwickelt. Es wurde ein umfassender Netzplan erarbeitet, der es jederzeit ermöglicht, den Transport von Kindern zu den 15 Kindertagesstätten und zurück flexibel zu organisieren. Hierzu wurden Fahrpläne auf Basis des bestehenden Rufbus-Systems zur Bedienung aller 15 Kitas entwickelt sowie Beförderungstarife festgelegt. Diese Pläne orientieren sich an den Öffnungszeiten der Einrichtungen und den bisher gewählten Betreuungszeiten der Eltern. Um die Fahrtzeiten für die Kinder zu verkürzen, wurde der Umkreis zur Bedienung der Einrichtungen so gewählt, dass der Bus nicht zu lange unterwegs ist. Dem Leitmotiv „kurze Beine, kurze Wege“ wird dabei Rechnung getragen.

Die Kinder und eine Begleitperson werden von der Haustür bis zur Kita befördert. An der Kita angelangt, wartet der Fahrer auf die Begleitperson, um diese wieder nach Hause zu bringen. Die Fahrpreise sind von der Begleitperson zu entrichten, das Kind selbst wird kostenlos befördert. Ist keine Begleitperson aus der Familie verfügbar, kann, mit einem Serviceaufschlag versehen, auch ein Kitalotse bestellt werden. Für eine sichere Beförderung der Kinder sorgen Kleinbusse, die mit entsprechenden Rückhaltesystemen ausgestattet sind.

Dieses System wurde als ergänzendes und speziell auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern abgestimmtes Dienstleistungsangebot des flächendeckenden ÖPNV im Altmarkkreis Salzwedel eingeführt.

Beetzendorf-Diesdorf liegt in einer Pendelregion. In der Vergangenheit haben Kinder aus angrenzenden niedersächsischen Orten die kommunalen Kinderbetreuungseinrichtungen besuchen können. Derzeit ist dies allerdings aufgrund fehlender Finanzierungssicherheit nicht möglich, denn es gibt keine länderübergreifende Rechts- und damit Finanzierungsgrundlage für die Entsendung der niedersächsischen Kinder in Kindereinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt. Aus diesem Grund musste die Verbandsgemeinde in 2010 erstmals kostendeckende Beiträge von den Eltern erheben. Diese zogen daraufhin ihre Kinder aus den Einrichtungen ab, wodurch insbesondere in den grenznahen Kitas die Auslastung signifikant gesunken ist. Die Verbandsgemeinde hat ein großes Interesse an einer interkommunalen Kooperation auf gesetzlicher Grundlage, um die Auslastung der bestehenden Kitas zu erhöhen und damit letztlich fehlende Kita-Plätze in Niedersachsen zu substituieren.



III. Frühkindliche, schulische und informelle Bildung

Begründung

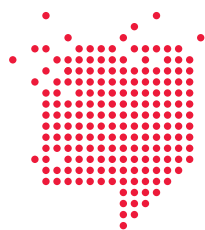
Die Verbandsgemeinde Beetzendorf-Diesdorf hat sich im Jahr 2010 mit dem Projekt „KitaMobil – Systemwechsel in der Finanzierung der Kindertagesstätten“ erfolgreich am Bundeswettbewerb „Daseinsvorsorge 2030 – innovativ und modern – eine Antwort auf den demografischen Wandel“ des Bundesministeriums des Inneren beteiligt. Es handelt sich daher um ein vom Bundesministerium des Inneren (BMI) geschütztes und gefördertes Modellprojekt.

Mit dem Projekt „KitaMobil“ werden innovative Wege beschritten, die auch für andere Kommunen beispielgebend sein können. Das Projekt hat aufge-

zeigt, dass qualitativ hochwertige Angebote der Kinderbetreuung in der Verbandsgemeinde Beetzendorf-Diesdorf nachhaltig in der Fläche gesichert und miteinander vernetzt werden können. Mit einem breit angelegten Beteiligungsprozess konnten innovative und systemübergreifende Lösungsansätze entwickelt sowie akzeptierte und umsetzungsfähige Strategien für die zukünftige Gestaltung der Kinderbetreuung entworfen werden, die nun in einer zweiten Projektphase umgesetzt werden müssen. Diese tragen maßgeblich dazu bei, die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinde als Wohn-, Arbeits- und Lebensstandort von jungen Familien mit Kindern zu sichern.



Verbandsgemeinde Beetzendorf-Diesdorf



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Kommunen und andere Träger der Kindertageseinrichtungen in Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene anzuregen, eine Übertragbarkeit auf die örtliche Situation in Niedersachsen (und ggf. über Ländergrenzen hinweg) zu überprüfen. Zunächst gilt es, die rechtlichen Voraussetzungen und eine mögliche finanzielle Unterstützung durch die Landesregierung zu prüfen. Die Landesregierung soll die Träger der Kindertageseinrichtungen über das Projekt „KitaMobil“ informieren.

Verbandsgemeinde Beetzendorf-Diesdorf
Marschweg 3
38489 Beetzendorf
<http://www.kitamobil.de/>

3. Empfehlungen des Zukunftsforums



„Kindertagesstätte Lindenallee“

Beschreibung

Die Kindertagesstätte Lindenallee des KiB (Kindertagesstätten- und Beratungs-Verband e. V.)¹⁶ im Stadtteil Eversten in Oldenburg verfolgt das Ziel, mit einer Ausweitung der Öffnungszeiten und einem besonderen pädagogischen Ansatz bestmögliche Betreuungsangebote für Eltern und Kinder zu schaffen. Die Einrichtung bietet in vier altersgemischten Kindergartengruppen eine Betreuung von jeweils 21 Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren halb- und ganztägig an.

In der fünften Gruppe, der flexiblen Betreuungsgruppe der „Geckos“, werden bis zu 21 Kinder im Alter von 3 bis 10 Jahren bzw. bis zum Ende der Grundschulzeit betreut. Hier werden Betreuungszeiten von Montag bis Freitag von 14.00 bis 21.00 Uhr und am Samstag ab 07.30 bis 21.00 Uhr angeboten. Die Einrichtung ermöglicht ebenfalls, die Kinder in der Woche flexibel, also an wechselnden Tagen und zu unterschiedlichen Zeiten zu betreuen. Dies kommt Familien entgegen, deren Mitglieder im Schichtbetrieb oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Die Schulkinder der flexiblen Gruppe erhalten neben pädagogischen Angeboten auch eine Betreuung bei den Hausaufgaben.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Kindertagesstätte liegt in der ganzheitlichen Förderung der Kinder, die die Entwicklung jedes einzelnen Kindes und seine besonderen Fähigkeiten unterstützt und ausbaut. Die Einrichtung stellt den Kindern verschiedene Materialien bereit, stärkt das Alltagslernen, bietet Bewegungsmöglichkeiten in und außerhalb der Kindertagesstätte, ermöglicht Projekte und den Wechsel von Spannung und Entspannung im pädagogischen Alltag.

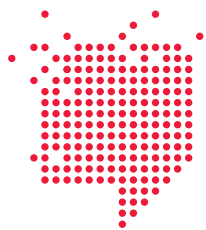
Dadurch wird den Kindern ein vielseitiges Lernfeld angeboten und die Basis für schulisches Lernen gelegt. Einmal wöchentlich finden offene Angebote statt, in denen die Kinder eigenständiges und unabhängiges Handeln ausprobieren und erleben können. Durch gruppengemischtes Arbeiten und gruppenübergreifende Angebote können die Kinder Kontakt zu einem weiteren Kreis von Kindern aufnehmen.

Das Angebot der flexiblen Betreuungsgruppe der „Geckos“ richtet sich an Eltern, die zur Aufnahme einer Beschäftigung und aufgrund ihrer Arbeitszeiten einen Betreuungsplatz für ihre Kinder außerhalb der normalen Öffnungszeiten benötigen. Zwei Drittel der Plätze sind für die Belegung durch das Jobcenter der Arbeitsagentur reserviert.

Begründung

Die Kindertagesstätte Lindenallee ist ein Beispiel des positiven Trends von Kindertagesstätten, flexible Betreuungszeiten anzubieten. Neben einer hochwertigen pädagogischen Arbeit in der Kinderbetreuung wird auch der Dienstleistungsgedanke in der Kindertagesstätte Lindenallee betont. Die Kindertagesstätte geht stärker auf den zeitlichen Betreuungsbedarf von Kindern und Eltern ein, und behält dabei zugleich die pädagogische Bildungsarbeit im Blick.

Außerdem trägt diese gute Infrastruktur der frühkindlichen Bildung und Betreuung zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Die Kindertagesstätte Lindenallee ermöglicht beispielhaft eine größere zeitliche Flexibilität für Kinder berufstätiger Eltern, die gerade für Alleinerziehende, aber nicht nur für sie, ein Segen ist.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Kommunen und andere Träger von Kindertageseinrichtungen zur Gestaltung flexibler Kita-Öffnungszeiten nach dem guten Beispiel der Kindertagesstätte Lindenallee anzuregen.

KiB Kindertagesstätten- und Beratungs-Verband e. V.
Geschäftsstelle
Nettelbeckstraße 22
26131 Oldenburg
http://www.kib-ol.de/Kitas/doc_997104-20.html

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.2 Schulische Bildung

Niedersachsen steht angesichts des demografischen Wandels vor der bildungspolitischen Herausforderung, ein qualitativ hochwertiges und zudem erreichbares schulisches Angebot gewährleisten zu müssen. Die schulische Bildung trägt entscheidend zur Persönlichkeitsentwicklung, zu sozialem Lernen und zur Vorbereitung auf den Eintritt in die Arbeitswelt bei.

Sie ist auch eine Voraussetzung, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Es ist ihre Aufgabe, möglichst allen jungen Menschen einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Schulabschluss zu ermöglichen und den Zugang zu weiterführenden Bildungsangeboten zu eröffnen. Die Erreichbarkeit von schulischen Bildungsangeboten ist eine wesentliche Voraussetzung für gleichwertige Bildungschancen.

Für den Bereich der schulischen Bildung hat die Arbeitsgruppe Bildung I des Zukunftsforums Niedersachsen folgende Schwerpunktthemen identifiziert, denen sich mit Blick auf die Folgen des demografischen Wandels gewidmet werden sollte:

3.2.1 Herausforderungen

Schullandschaft im Flächenland Niedersachsen entwickeln

Die Sicherung eines qualitativ hochwertigen und erreichbaren schulischen Angebots ist gerade im Flächenland Niedersachsen mit seinen ausgeprägten ländlichen Räumen die zentrale Herausforderung. Schulen sind Teil der staatlichen Daseinsvorsorge und ihr Angebot vor Ort sichert die Attraktivität der ländlichen Räume als Lebens- und Arbeitsort.

Wichtige Voraussetzungen dafür, ein solches Angebot vor Ort bzw. mit zumutbaren Schulwegen vorhalten zu können, sind die Förderung der schulform und ggf. auch schulträgerübergreifenden Zusammenarbeit. Dies gilt gleichermaßen für die Kooperation von Schulen mit anderen Bildungsangeboten

Vielfalt als Chance gestalten

Insbesondere die Schülerschaft in den Ballungsräumen ist von einer hohen Anzahl von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte gekennzeichnet. Die Schulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Integration von jungen Menschen mit ganz unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. Das schulische Angebot muss so weiterentwickelt werden, dass die kulturelle Vielfalt eine Chance und Bereicherung des schulischen Alltags wird.

Qualifikationen für die Zukunft fördern

Schülerinnen und Schüler stehen bei ihrem Einstieg in die Arbeitswelt vor deutlich veränderten Qualifikationsanforderungen. Die Vorbereitung auf diese zukünftigen Anforderungen ist ein wichtiger Beitrag, um die Innovations- und Leistungsfähigkeit der Gesellschaft zu erhalten und für die Berufs- und Arbeitswelt von morgen gerüstet zu sein. Lehrkräfte müssen qualifiziert werden, Schülerinnen und Schüler auf diese Herausforderungen vorzubereiten.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen werden – modellhaft ausgewählt aus der Vielzahl der vorgeschlagenen Projekte – folgende Gute-Praxis-Beispiele für den Bereich der schulischen Bildung empfohlen:



Susanne Helfferich-Kuhn

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.2.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

3.2.2.1 Projekte zur Sicherung des schulischen Angebots durch Kooperation von Bildungseinrichtungen:

6

Projekt „Bildungshaus Wischhafen“

Beschreibung

Das Bildungshaus Wischhafen ist ein Kooperationsmodell von Kindertagesstätte und Grundschule, mit dem die im Landkreis Stade gelegene Samtgemeinde Nordkehdingen ihr lokales Bildungsangebot an sinkende Geburtenzahlen anpassen möchte. Mit dem Bildungshaus, in dem Kindertagesstätte und Grundschule unter einem Dach zusammenkommen, soll der Standort für die Kindertagesstätte und die Grundschule gesichert werden. Neben Kita und der Grundschule sollen auch eine Bücherei sowie Beratungsangebote für Familien und Bürgerinnen und Bürger in dem Bildungshaus untergebracht werden.

In der Bildungsregion Landkreis Stade arbeiten die Akteurinnen und Akteure organisationsübergreifend an der Weiterentwicklung der Bildungslandschaft vor Ort zusammen. Es kooperieren die Träger, das Personal und die Leitungsebene der örtlichen Kindertagesstätte, der Grundschule und der Gemeindebücherei. Auch Elternvertreter sowie die Träger der örtlichen Jugendhilfe werden beteiligt. Außerdem sollen die örtlichen Vereine mit ihrem Sport- und Kulturangebot mit einbezogen werden.

Bei dem Projekt werden demografische Aspekte genauso berücksichtigt wie die Verzahnung von formaler, nicht-formaler und informeller Bildung. Das Bildungshaus Wischhafen trägt dem Rückgang der Geburtenraten, den damit einhergehenden rückläufigen Zahlen an Kindergarten- und Schulkindern Rechnung und verfolgt mit seinem integrativen Ansatz aktiv die Verzahnung der drei genannten Bildungsdimensionen. In besonderer Weise fördert das Bildungshaus den Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule. Dadurch sollen praxistaugliche Bildungsansätze für eine gemeinsame multiprofessionell angelegte Förderung von Kindern im Übergang vom Kindergarten in die Grundschule entwickelt, erprobt und evaluiert werden. Die Arbeitsergebnisse des durch das Land Niedersachsen betriebenen Modellprojekts „Kindertagesstätte und Grundschule unter einem Dach“ werden mit bewertet. Dadurch besteht die Möglichkeit, ein ganzheitliches Bildungskonzept zu erstellen. Es wird eine Planungsgruppe installiert, die als Steuerungs- und Entscheidungsgremium die Konzeptentwicklung über zwei Jahre bei externer Moderation begleitet.

Das Projekt ist im Herbst 2014 mit der Konzeptentwicklung gestartet.

Begründung

Das Projekt leistet einen Beitrag, um Infrastrukturen für die Daseinsvorsorge in der Samtgemeinde Nordkehdingen aufrechtzuerhalten und somit zukunftsfähige Raum- und Siedlungsstrukturen zu schaffen. Das Bildungshaus Wischhafen hat innovativen Charakter, da es nicht nur Bildungseinrichtungen miteinander vernetzt, sondern auch konzeptionell zur Weiterentwicklung der Bildungslandschaft beiträgt.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, angesichts rückläufiger Schülerin- und Schülerzahlen Träger von Schulen und Kindertageseinrichtungen zur Zusammenarbeit am Beispiel des Bildungshauses Wischhafen zu motivieren. Das Projektvorhaben könnte eine Vorbildfunktion für die Anpassungserfordernisse in der regionalen Bildungslandschaft entwickeln. Das Land Niedersachsen sollte dieses Angebot unterstützen.

Samtgemeinde Nordkehdingen
Hauptstraße 31
21729 Freiburg/Elbe



Projekt „Schulverbund Wendland“

Beschreibung

Im ländlichen Raum besteht eine Vielzahl von sehr kleinen Grundschulen. In vielen dieser kleinen Grundschulen mit weniger als 50 Schülerinnen und Schülern wird in zwei Kombiklassen jahrgangsübergreifender Unterricht abhängig von der Schülerzahl in verschiedenen Varianten erteilt, beispielsweise in den Klassen 1/2 und 3/4 kombiniert oder 1/2 kombiniert und 3 und 4 getrennt. In den Kombiklassen werden nach Möglichkeit die Fächer Deutsch und Mathematik in einem Teil der Stunden getrennt unterrichtet. Die Klassen/Lerngruppen sind in der Regel zahlenmäßig sehr klein. Die Schulen zeichnen sich alle durch eine starke Einbindung in das regionale Umfeld aus.

Als gutes Praxisbeispiel ist der Schulverbund Wendland (Landkreis Lüchow-Dannenberg) hervorzuheben, der im Jahr 2000 aufgrund der geringen Schülerzahlen die gemeinsame Arbeit gestartet hat. Zum Verbund gehören die Grundschulen in Plate (54 Schülerinnen und Schüler), Trebel (32 Schülerinnen und Schüler), Küsten (31 Schülerinnen und Schüler) und Woltersdorf (30 Schülerinnen und Schüler).

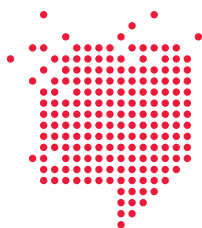
Ziel ist es, durch Schulverbünde ein wohnortnahes Angebot im Grundschulbereich im Wendland sicherzustellen. Ausgehend von einem gemeinsamen Schulprogramm wurden von den Lehrkräften diverse gemeinsame Konzepte entwickelt (Beratungs-, Förder-, Fortbildungskonzept, Konzepte zum Umgang mit Hausaufgaben, zur Arbeitssicherheit, zur Personalentwicklung, Methoden-, Präventions-, Kooperations-, Leitungs-, Vertretungs-, Schulgarten-, Versäumniskonzept) und in den entsprechenden

Gremien mit allen Beteiligten abgestimmt. In gemeinsamen Fachkonferenzen der beteiligten Schulen wurden schuleigene Arbeitspläne, Beurteilungskriterien und verbindliche Übergangskriterien erarbeitet und schulübergreifende Vergleichsarbeiten in den Fächern Deutsch und Mathematik entwickelt. Auch außerschulische Projekte, die sich eine kleine Schule alleine nicht leisten könnte, werden gemeinsam initiiert und organisiert.

Begründung

Das Projekt reagiert auf die Herausforderungen, die Schullandschaft im Flächenland Niedersachsen zu entwickeln und das schulische Angebot durch Kooperation von Bildungseinrichtungen zu sichern. Durch Grundschulverbünde wird ein wohnortnahes und pädagogisch sinnvolles Schulangebot in einer demografisch ausgedünnten Region zur Verfügung gestellt.

2005 hat der Verbund im Rahmen des Projekts „Eigenverantwortliche Schule“ eine Evaluation durch SEIS (computergestütztes Selbstevaluationsinstrument für Schulen) durchführen lassen und daraus die Arbeitsschwerpunkte für die kommenden Jahre abgeleitet. Durch diese Art der konzeptionell verankerten Kooperation hat der Verbund die Zusammenarbeit mit dem Schulträger deutlich verbessert. Mit der sehr klar geregelten und weitgehenden Zusammenarbeit gerade im Bereich der Fachkonferenzen erzielt das Projekt vorbildliche Synergien und sichert die Qualität der fachlichen Arbeit.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, kommunale Schulträger anzuregen, eine Übertragbarkeit des Projekts Schulverbund Wendland auf ihre örtliche Situation zu überprüfen, um Standorte von Grundschulen in ländlichen Räumen im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zu sichern.

Schulträger Samtgemeinde Lüchow (Wendland)
Theodor-Körner-Straße 14
29439 Lüchow (Wendland)

<http://www.schulverbund-wendland.de/049bcd9ba312e660f/index.html>





3. Empfehlungen des Zukunftsforums

8

Projekt „Schulatlas für den Elbe-Weser-Raum“

Beschreibung

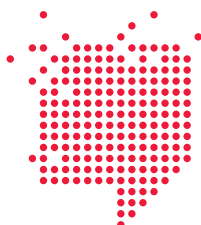
Im Schulatlas für den Elbe-Weser-Raum wurden die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die verschiedenen Schultypen auf Basis geltender Er-lasse simuliert und grafisch aufbereitet. Ziel ist es, die Diskussion anzuregen, indem allgemeine Trends und Herausforderungen aufgezeigt werden. Deshalb wurde für alle Kommunen und alle Schultypen pau-schal ein Rückgang der Schülerzahl um 20 % unter-stellt. Da dies in der Praxis vor Ort so nicht eintreten wird, wird es im Einzelfall stets darauf ankommen, die vorgelegten Ergebnisse mit den realen Entwick-lungen vor Ort abzugleichen. Durch die demografische Entwicklung werden im Elbe-Weser-Raum in den kommenden Jahren auf der Basis dieser Analyse etwa die Hälfte aller Grundschulen nur noch als klei-ne Grundschulen mit allen damit verbundenen Her-ausforderungen geführt werden können. In einigen Regionen wurden bereits Haupt- und Realschulen in Oberschulen umgewandelt. Zahlreiche Standorte können trotz der demografischen Entwicklung auch gehalten werden, wenn integrierte Schulformen (zum Beispiel Oberschule, Gesamtschule) eingerichtet werden.

Auf Basis einer solchen Bestandsaufnahme wurden für den Elbe-Weser-Raum u. a. folgende Handlungs-optionen erkennbar:

- Unabdingbare Voraussetzung für jede Planung ist eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation und eine Analyse der zu erwartenden Entwicklung der Schülerzahlen vor Ort.
- Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort müssen frühzeitig eingebunden werden, hierfür ist notwendige Voraussetzung, Transparenz über die Rahmenbedingungen und die bestehenden rechtlichen Vorgaben herzustellen.
- Die Zusammenarbeit unterschiedlicher Schulträ-ger gewinnt zunehmend an Bedeutung.
- Auch neue Formen des Unterrichts (zum Beispiel virtuelle Klassenzimmer) sollten darauf-hin geprüft werden, ob sie zur Erhaltung eines vielfältigen Schulangebots im ländlichen Raum beitragen können.

Begründung

Die Attraktivität einer Kommune hängt insbesondere bei jungen Familien ganz entscheidend von der vor-handenen Bildungsinfrastruktur ab. Leidet das Ange-bot der allgemein bildenden Schulen vor Ort, dann sinkt die Attraktivität einer Gemeinde. Mit dem Schulatlas wird den Schulträgern ein gutes Beispiel für eine Planungshilfe an die Hand gegeben. Er bietet in modifizierter Form die Möglichkeit, langfristig die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf das vorzuhaltende Angebot aller Schulformen als Pla-nungsgrundlage aufzuarbeiten. Er leistet damit einen Beitrag, um die Schullandschaft im Flächenland Nie-dersachsen weiterzuentwickeln und das schulische Angebot durch Kooperation von Bildungseinrichtun-gen zu sichern.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Kommunen anzuregen, einen Schulatlas zur Weiterentwicklung der eigenen Schullandschaft zu erstellen. Dieser kann auch den Eltern vor Ort als Informationsgrundlage über die bestehenden Bildungsangebote dienen.

Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum
Am Schäferstieg 2
21680 Stade

http://www.stade.ihk24.de/linkableblob/stdihk24/aus_und_weiterbildung/downloads/2344318/3./data/IHK_Schulatlas-data.pdf



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

9

Projekt „School of Distance Learning“

Beschreibung

Im November 2012 wurde am Niedersächsischen Internatsgymnasium (NIG) Esens das zunächst bis 2015 befristete Projekt School of Distance Learning gestartet, bei dem es sich um eine moderne Art des Fernunterrichts handelt. Die Schulen auf den Ostfriesischen Inseln stehen vor der besonderen Herausforderung, für die Insel Schülerinnen und -schüler ein ausreichendes schulisches Angebot in den Mangelfächern wie Naturwissenschaften und Fremdsprachen sicherzustellen.

Durch das Angebot des Live-Unterrichts vom NIG Esens auf dem Festland soll den Insel Schülerinnen und -schülern auch eine längere Verweildauer bei ihren Familien auf den Inseln ermöglicht werden. Der Live-Unterricht findet in den beteiligten Schulen statt. Darüber hinaus ist beabsichtigt, das Internatsgymnasium hinsichtlich der Aufnahme von Insel Schülerinnen und -schülern als Internatsbewohnerinnen und -bewohnern vor ihrem Eintritt in die gymnasiale Ober-

stufe zu entlasten. Die virtuelle Schule stellt dabei ein Zusatzangebot zum regulären Unterricht dar. Das Modellprojekt leistet durch den Einsatz modernster Medien zudem einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Medienkompetenz der beteiligten Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Lehrkräfte. Die Einsparung von Lehrerstellen ist mit dem Projekt ausdrücklich nicht beabsichtigt. Im Rahmen dieses Projekts kooperiert das NIG Esens mit den sieben Insel Schulen der ostfriesischen Inseln über ein hochmodernes Video-Konferenzsystem. Der Unterricht erfolgt vom NIG Esens aus per Video-Übertragung in die beteiligten Insel Schulen. Das System stellt hochwertige Kameras und Mikrofone zur Verfügung, die sich automatisch auf sprechende Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausrichten. Ergänzend wurden über das Konferenzsystem übergreifende Schul- und Fachkonferenzen, Elternabende und sogar Elternratswahlen abgehalten. Das Internatsgymnasium konnte über das System zudem Kooperationsprojekte auf internationaler Ebene durchführen, u. a. eine Schulung in den USA für ein Musical am NIG Esens sowie Bewerbungstraining im Fach Wirtschaftsenglisch mit dem amerikanischen Firmenchef der Firma, die die Technik im NIG Esens bereitgestellt hat. Die Gespräche wurden von London aus geführt.



Barbara Glittenberg

Begründung

Dieses bundesweit einmalige Projekt bietet die Möglichkeit, Unterricht mit einem Videokonferenzsystem dezentral stattfinden zu lassen. Es sichert das schulische Angebot durch innovative und den regionalen Gegebenheiten angepasste Lernformen, die in Flächenländern wie Kanada oder Australien bereits erprobt wurden.

Die langjährige, erfolgreiche Kooperation zwischen den niedersächsischen Inseln und dem Internatsgymnasium in Esens hat sich durch diese zusätzliche Kommunikationsmöglichkeit verbessert. Auch außerhalb des Unterrichts wird mit dem Projekt für die Inselschulen die Möglichkeit geschaffen, Fachkonferenzen, Sitzungen und Besprechungen untereinander und mit dem Gymnasium auf dem Festland ohne aufwendige Reisetätigkeit durchzuführen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Projekt School of Distance Learning bei Schulträgern und Schulen mit vergleichbaren regionalen Voraussetzungen anzuregen.

Niedersächsisches Internatsgymnasium Esens
Auricher Straße 58
26427 Esens
<http://www.sdln.de/index.html>



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.2.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

10

Projekt „Akquisition, Schulung und Begleitung von interkulturellen Elternmoderatorinnen und –moderatoren am Übergang Schule-Beruf“

Beschreibung

Das Projekt zielt auf den Aufbau einer systematischen interkulturellen Elternkooperation mit dem Schwerpunkt des Übergangs von der Schule in den Beruf an drei Standorten in Niedersachsen (Hannover, Braunschweig und Cloppenburg). Gleichzeitig sollen Informations- und Partizipationsdefizite bei Eltern mit Zuwanderungsgeschichte hinsichtlich des niedersächsischen Schulsystems sowie der Berufsorientierung abgebaut werden. Im Fokus steht die Stärkung der Elternkompetenz bei der Begleitung des Bildungs- und Berufsweges der Kinder. Auf diesem Wege soll im Interesse der Zukunftschancen der Kinder von Eltern mit Zuwanderungsgeschichte die Teilhabe der Kinder und Jugendlichen im Bildungsprozess verbessert werden. Hierdurch soll Chancengleichheit erreicht und Ausgrenzung verhindert werden.

Bei dem Projekt vermitteln engagierte Eltern mit Zuwanderungsgeschichte anderen Eltern zentrale Inhalte des Schul- und Berufsausbildungssystems. Interes-

sierte Eltern erhalten dafür vorab eine kostenlose Qualifizierung zur Elternmoderatorin bzw. zum –moderator. Dabei wird über das niedersächsische Schulsystem sowie über die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten im Betrieb oder über Studienwege informiert. Außerdem werden die Eltern darauf vorbereitet, nach der Qualifizierung andere Eltern zu Elterntreffs einzuladen und die Informationen in Deutsch oder ihrer Muttersprache weitergeben zu können. Alle Informationen sind in einem Handbuch enthalten, das die Elternmoderatorinnen bzw. –moderatoren bereits während der Schulung erhalten. Bei der Durchführung der Elterntreffs, die zu festgelegten Themen in zumeist privatem, bei Bedarf aber auch öffentlichem Rahmen stattfinden, werden die Elternmoderatorinnen bzw. -moderatoren begleitet und gecoacht.

Für die Elterntreffs selbst wurden Standards in den Bereichen Organisation, Durchführung und Nachbereitung festgelegt. Die Standards werden im Rahmen der Schulung kommuniziert und finden sich im Handbuch wieder. Ein durchgängiges Qualitätsmanagement (Besuch der Elterntreffs, Feedback-Bögen, Austausch im Rahmen monatlicher Treffen) sichert die Einhaltung dieser Standards.

Die Elterntreffen wurden in den Sprachen Deutsch, Türkisch, Kurdisch, Polnisch, Russisch, Persisch, Chinesisch, Spanisch, Arabisch und Hebräisch durchgeführt. Die Kooperation konnte mit Kommunen, Schulen, Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen und Elternnetzwerken aufgebaut werden.

Begründung

Das Projekt wird auch von der AG Bildung II empfohlen und stellt für die engere Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure des Bildungssystems ein empfehlenswertes Beispiel dar. Aus dem Projekt geht als Impuls hervor, dass insbesondere Elternarbeit unterstützt werden soll. Das Projekt reagiert auf die Herausforderung, Vielfalt als Chance zu gestalten, und trägt zur Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei.

Der steigende Bevölkerungsanteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erfordert konkrete Schritte zu einer angemessenen Teilhabe. Dies gilt insbesondere für den Bildungsbereich, denn trotz positiver Entwicklungen in den letzten Jahren bleiben die Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte noch immer hinter denen ihrer Altersgenossen ohne Zuwanderungsgeschichte zurück.



bnw/A. Braun



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Projekt „Akquisition, Schulung und Begleitung von interkulturellen Elternmoderatorinnen und –moderatoren am Übergang Schule-Beruf“ durch das Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gGmbH auf weitere Orte, Themen (zum Beispiel Übergang Kindertagesstätte – Grundschule) und Zielgruppen auszuweiten.

Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gemeinnützige GmbH
Höfestraße 19–21
30163 Hannover

<http://www.elternmoderatoren.de/em/content/deutsch>
<http://www.sdln.de/index.html>



3. Empfehlungen des Zukunftsforums



Projekt „MigrantenEltern- Netzwerk Niedersachsen“

Beschreibung

Zentrales Ziel des MigrantenElternNetzwerks Niedersachsen (MEN) ist es, die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte in Niedersachsen zu verbessern. Das Projekt verfolgt einen neuen Ansatz: Es richtet sich nicht an die Kinder und Jugendlichen selbst, sondern aktiviert die Eltern, damit sie ihren Erziehungsauftrag selbstbewusst und sicher wahrnehmen. Sie werden motiviert, institutionelle Angebote zu nutzen (zum Beispiel Kindertagesstätten). Mit Unterstützung des MEN engagieren sie sich für den Bildungserfolg ihrer Kinder in Institutionen und Gremien. Damit wird auch der Dialog zwischen Eltern mit Zuwanderungsgeschichte und Bildungseinrichtungen gefördert.

Das MEN organisiert Veranstaltungen von und für Eltern mit Zuwanderungsgeschichte zum niedersächsischen Schulsystem, zur Erziehungskompetenz/Kommunikation, zur Elternmitwirkung in den Schulgremien, zur Rolle der Eltern am Übergang Schule – Beruf, zur Mehrsprachigkeit als Chance im Bildungsverlauf und zur frühen Bildung. Informationen (auch schriftlich und in der Herkunftssprache) werden weitergegeben und erreichen auf diesem Weg ihre Adressaten. Eine weitere Zielgruppe des MEN sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Zudem vertritt das MEN die Interessen der Eltern mit Zuwanderungsgeschichte in der Politik und Verwaltung.

In kurzer Zeit konnte eine zentrale Struktur – Koordinierungsstelle bei der Arbeitsgemeinschaft Migranten, Migrantinnen und Flüchtlinge in Niedersachsen – amfn e. V., das Plenum der Mitglieder und das

Forum der strategischen Partner (zum Beispiel Ministerien, Wirtschaft, Bildungsprojekte, Landeselternrat, Verbände) aufgebaut werden. Ein Zeichen für den Erfolg und die Notwendigkeit des MEN ist, dass die Zahl der Mitglieder ständig wächst. Derzeit sind es 30 Migranten-Selbstorganisationen, Initiativen und regionale Netzwerke, die Menschen aus mehr als 100 Nationen vertreten.

Auch auf regionaler Ebene ist das Interesse am MEN groß. In sieben niedersächsischen Städten (Braunschweig, Oldenburg, Hannover, Peine, Hildesheim, Göttingen und Lüneburg) arbeiten regionale Elternnetzwerke unter Einbeziehung ihres ländlichen Umfelds. Mit diesen Regionalnetzwerken ist die ausbaufähige Grundlage für ein flächendeckendes Netzwerk geschaffen worden.

Die intensive Begleitung des Gründungsprozesses vor Ort durch die zentrale Koordination schafft die Voraussetzungen für eine nachhaltige Absicherung der Regionalnetzwerke.

Die regionalen Netzwerke arbeiten eigenständig. Die Geschäftsstellen sind in der Regel bei den Kommunen angebunden. Die regionalen Netzwerke sind dafür prädestiniert, den Dialog vor Ort zu gestalten, weil Eltern mit Zuwanderungsgeschichte, Akteurinnen und Akteure aus Migranten-Selbstorganisationen, Bildungsinstitutionen und Kommunen hier kooperieren. Die zentrale Koordinierungsstelle ermöglicht den Transfer von Erfahrungen und Informationsangeboten zwischen den Regionalnetzwerken.

Begründung

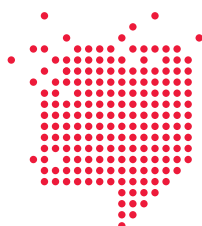
Die Verbesserung der Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. 2012 verließen in Niedersachsen fast doppelt so viele Jugendliche (im Alter von 18 bis 25 Jahren) mit Zuwanderungsgeschichte die Schule ohne Abschluss (8,6 %) wie Jugendliche ohne Zuwanderungsgeschichte (4,4 %). Über keinen beruflichen Abschluss verfügten in der Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen im Jahre 2012 38,3 % der Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte gegenüber 14,7 % der gleichen Altersgruppe ohne Zuwanderungsgeschichte (Integrationsmonitoring Niedersachsen 2014).

Eltern spielen für den Bildungserfolg ihrer Kinder eine zentrale Rolle. Vielen Bildungsinstitutionen gelingt die Einbeziehung der Eltern mit Zuwanderungsgeschichte nicht. Sie beklagen das Desinteresse der Eltern am Bildungserfolg ihrer Kinder. Dass den Eltern mit Zuwanderungsgeschichte die Bildung ihrer Kinder sehr wohl wichtig ist, belegt eine Vielzahl von Studien (zum Beispiel: Zwischen Ehrgeiz und Überforderung, 2012, Studie der Vodafone Stiftung). Viele Eltern sind aber außerstande, ihre Kinder zu unterstützen und

fühlen sich bei den Bildungsinstitutionen nicht willkommen. Auf beiden Seiten fehlen Voraussetzungen für einen Dialog.

Das Projekt MEN setzt an den Kompetenzen und Selbsthilferessourcen der Eltern an (Empowerment). Die Eltern werden aktiviert, ihren Part an Erziehungs- und Bildungsarbeit mitzugestalten. Durch diese gesellschaftliche Partizipation lösen sich die negativen Zusammenhänge von Herkunft und Bildungschancen auf. Durch seine multiethnische und multifunktionale Zusammensetzung verfügt das Netzwerk über eine hohe Integrationskraft von Migrantinnen und Migranten und trägt dazu bei, das Potenzial von Vielfalt als Chance zu nutzen.

Das hohe Integrationspotenzial des Projekts hat zu einer weitreichenden öffentlichen Anerkennung geführt. Kontinuierlich wächst die Nachfrage nach der Mitarbeit des MEN in politischen Arbeitskreisen, Kommissionen und der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren (zum Beispiel Arbeitsagenturen, Schulen, landesweiten Bildungsprojekten). Auch bundesweit wird das MEN zunehmend wahrgenommen und angefragt.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Projekt „MigrantenElternNetzwerk“ Niedersachsen durch die Arbeitsgemeinschaft Migranten, Migrantinnen und Flüchtlinge in Niedersachsen zu verstetigen und weiter auszubauen.

MigrantenElternNetzwerk Niedersachsen MEN
Kurt-Schumacher-Straße 29
30159 Hannover
<http://www.men-nds.de/>



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

12

Projekt „zukunftswerkstatt buchholz“

Beschreibung

Der Fachkräftemangel in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) ist auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Niedersachsen zu spüren. Kleine und mittlere Unternehmen stehen häufig vor der Herausforderung, zu wenig oder keine passenden Bewerberinnen und Bewerber zu haben, da die Jahrgänge in den entsprechenden Altersgruppen immer schwächer besetzt sind und sich gleichzeitig viele Jugendliche für andere Berufsgruppen entscheiden, ohne sich vorher intensiver mit den MINT-Fächern auseinandergesetzt zu haben. Dies gilt insbesondere für weibliche Jugendliche.

Bei der „zukunftswerkstatt buchholz“ (Landkreis Harburg) werden MINT-Themen mit kreativen Ansätzen begreifbar, erlebbar und verstehbar gestaltet und ein Grundverständnis für technologische Zusammenhänge aufgebaut.

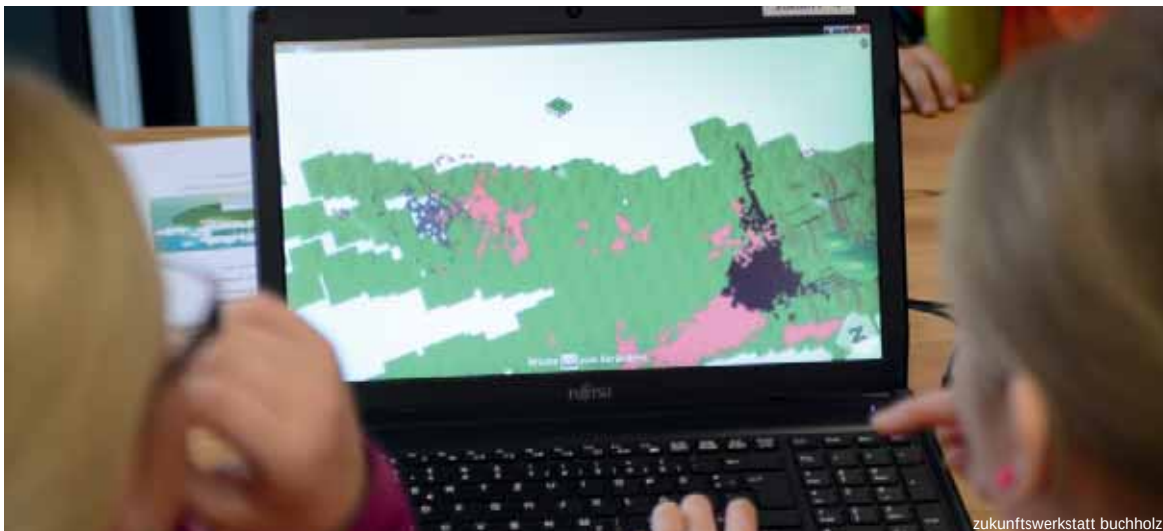
Die Teilnahme erfolgt bereits bei Kindern ab der dritten Schulklasse. Dieser frühe Ansatz wurde bewusst gewählt, um eine Kontinuität während der gesamten Bildungslaufbahn im MINT-Bereich zu gewährleisten. Die Neugier, die Kinder gegenüber der Welt haben und der sie frei nachgehen, soll aufgegriffen werden

– analog zu Interessen im sportlichen oder musischen Bereich. Nur so kann gewährleistet werden, dass sich Jugendliche für die MINT-Fächer interessieren und später Berufe in diesen Sparten ergreifen.

Grundschulkinder kommen während der Grundschulzeit drei bis vier Vormittage im Rahmen eines Schulausflugs in die zukunftswerkstatt. So lernen sie diese Institutionen frühzeitig kennen und finden später als Jugendliche leichter einen Zugang zu den Projekten und Programmen der zukunftswerkstatt. Bei den regelmäßigen und freiwilligen Angeboten für Jugendliche können diese mit didaktischer Begleitung ihr Wissen in den MINT-Themen vertiefen. Um die Anwendungsmöglichkeiten und Umsetzungen zu veranschaulichen, wird intensiv mit Unternehmen, Universitäten und anderen Einrichtungen zusammengearbeitet, um aktuelle Forschungsergebnisse und Wissen aus der Berufspraxis direkt vermitteln zu können.

Durch den frühen Bezug (Kinder aus Grundschulklassen) und die Vermittlung der Schulen kommen auch Kinder mit Zuwanderungsgeschichte direkt mit der zukunftswerkstatt in Kontakt. Außerdem sind erste Projekte speziell für Mädchen und für Jungen in Planung. Generationenübergreifende Projekte werden durch die Mitwirkung von ehrenamtlichen Unterstützern u. a. im Rentenalter ermöglicht.

Das Projekt wird seit 2013 umgesetzt.

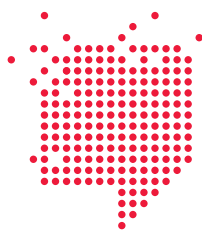


zukunftswerkstatt buchholz

Begründung

Durch die „zukunftswerkstatt in buchholz“ werden Kinder und Jugendliche für MINT-Themen und -Berufe begeistert und es wird ihnen ein Zugang zu technologischen Themenbereichen verschafft. Damit leistet die zukunftswerkstatt über die Schulbildung

hinaus einen innovativen Beitrag zur Stärkung der Region. Das Projekt entspricht in besonderer Weise den von der Arbeitsgruppe gewählten Querschnittsthemen und reagiert auf die Herausforderung, Qualifikationen für die Zukunft zu fördern.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Projekt „zukunftswerkstatt buchholz“ durch den Förderverein zukunftswerkstatt buchholz e. V. und die Stiftung zukunftswerkstatt buchholz zu verstetigen und weiter auszubauen; dies gilt insbesondere für die genderspezifischen, interkulturellen und generationsübergreifenden Aspekte des Projekts.

Förderverein zukunftswerkstatt buchholz e. V.
und Stiftung zukunftswerkstatt buchholz
Sprötzer Weg 33 f
21244 Buchholz i. d. Nordheide
<http://www.zukunftswerkstatt-buchholz.de/>



III. Frühkindliche, schulische und informelle Bildung

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.3 Informelle Bildung

3.3.1 Herausforderungen

Bildung wird nicht nur in formellen Zusammenhängen des Lebens erworben. Kinder und Jugendliche finden außerhalb der Schule Orte und Institutionen, in denen sie Wissen und Können erwerben können. Sozialkompetenz beispielsweise erwirbt man am besten im gemeinsamen Erleben und Handeln; Organisationsfähigkeit bei der Planung und Durchführung eigener Projekte. In den Erziehungswissenschaften hat sich längst die Erkenntnis durchgesetzt, dass nur im Zusammenspiel der verschiedenen Bildungsformen und Bildungsorte ganzheitliche Bildung erworben werden kann. Gleichmaßen befördert durch den gesellschaftlichen wie durch den technologischen Wandel kann von einer Entgrenzung der Bildungsorte und -modalitäten gesprochen werden.

Charakteristisch für informelles Lernen ist, dass der Lernzuwachs nicht geplant ist, sondern quasi nebenbei erworben wird. Informelles Lernen findet somit als Mittel zum Zweck statt. Dieser Zweck ist – im Unterschied zum Lernen in formellen Zusammenhängen – nicht das Lernen selbst, sondern zum Beispiel die bessere Lösung einer außerschulischen Aufgabe oder einer sonstigen Situationsanforderung. Die im Wege des informellen Lernens erworbenen Kompetenzen erweitern zugleich die Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven im zukünftigen Ausbildungs- und Erwerbskontext. Durch die organisierten Angebote u. a. im Bereich der Kultur, der Jugendarbeit und des Sports werden hervorragende Orte und Gelegenheiten des informellen Lernens eröffnet.

Doch auch diese Angebote sind vielerorts von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen. Die zurückgehende Zahl von Kindern und Jugendlichen, Mobilität und Abwanderung von engagierten jungen Erwachsenen in Richtung der Ballungszentren sowie die kulturelle und zum Teil auch sprachliche Heterogenität der Zielgruppen sind wichtige Faktoren mit Auswirkungen auf die Angebotsstruktur vor Ort. Darüber hinaus sind die außerschulischen Orte des informellen Lernens durch die Ausweitung des Ganztagschulangebots und durch ein verändertes Freizeitverhalten junger Menschen herausgefordert.

Wesensmerkmal der informellen Bildung ist die Freiwilligkeit der Teilnahme und das bürgerschaftliche Engagement. Insbesondere das freiwillige Engagement junger Menschen ist eine wichtige gesellschaftliche Weichenstellung: Wer sich als junger Mensch nicht engagiert hat, wird dies mit hoher Wahrscheinlichkeit auch als Erwachsener nicht tun – für die gesamte Bürgergesellschaft ist daher ein guter Start junger Menschen in das Ehrenamt von zentraler Bedeutung.

3.3.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

Die Arbeitsgruppe Bildung I des Zukunftsforums hat es sich zum Ziel gesetzt, für den Bereich der informellen Bildung junger Menschen Projekte zu benennen, die die verschiedenen Fragestellungen (zum Beispiel Vielfalt als Chance, Qualifizierung, landesweite Angebote sicherstellen) im Querschnitt aufgreifen, da ein allgemeiner Unterstützungs-, Vernetzungs- und Qualifizierungsbedarf der dem Bereich der informellen Bildung zuzuordnenden Projekte festgestellt wurde.



Landesjugendring Niedersachsen e. V.



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

13

Projekt „Jugend- koordination im ländlichen Raum“

Beschreibung

In vielen ländlichen Regionen stehen die Träger der informellen Bildung angesichts des demografischen Wandels vor besonderen Herausforderungen: Angebote der Jugendarbeit und des Jugendsports werden zu über 95 % von Ehrenamtlichen gewährleistet. Etwa 50 % der Engagierten sind jünger als 20 Jahre, nur 30 % der Ehrenamtlichen sind älter als 25 Jahre. Diese Engagierten ermöglichen und prägen die Angebote der Jugendarbeit sehr stark: Sie gewährleisten die wöchentlichen Gruppenstunden, das Training bzw. die Übungsstunde, sie organisieren und begleiten die Wochenendseminare und Ferienfreizeiten und übernehmen zum Beispiel den Thekendienst in Jugendzentren und Jugendräumen. Durch den Wegzug vieler junger Menschen für Studium oder Ausbildung sind junge Engagierte zwischen 15 und 18 Jahren häufig auf sich gestellt und müssen einen ganzen Verein bzw. eine Jugendgruppe alleine organisieren. Ihre Verweildauer ist angesichts dieser Herausforderungen oftmals gering. Dies führt dazu, dass Erfahrungswissen nicht mehr oder nicht ausreichend von erfahreneren Jugendleiterinnen und Jugendleitern an Jüngere weitergegeben werden kann. Hieraus ergibt sich ein besonderer spezifischer Unterstützungs- und Qualifizierungsbedarf, der bislang in Niedersachsen kaum abgedeckt werden kann, da es auch kaum hauptamtliche Mitarbeitende bei den freien Trägern der Jugendarbeit und des Jugendsports gibt.

Im Land Brandenburg wurde dieser Herausforderung durch die Einrichtung von „Jugendkoordinatoren im ländlichen Raum“ begegnet. Diese Jugendkoordinatorinnen und -koordinatoren sind jeweils in einer Region tätig und unterstützen die Ehrenamtlichen trägerübergreifend.

Zu den Aufgaben der Jugendkoordination gehört u. a.:

- Anleitung Ehrenamtlicher und junger Menschen, Motivation zu ehrenamtlichem Engagement, Hinführen zur Juleica-Ausbildung (Jugendleiter-Card),
- Organisation bzw. Koordination von Fortbildungen und Praxisberatung für Ehrenamtliche sowie das Setzen von Impulsen für die Weiterentwicklung der Angebote (zum Beispiel interkulturelle Öffnung, Inklusion,...),
- Unterstützung der Engagierten bei der Wahrnehmung von jugendpolitischer Interessenvertretung, bei der Gremienarbeit und bei der regionalen Vernetzung,
- Trägerübergreifende Vernetzung der Ehrenamtlichen und die Koordination der verschiedenen Angebote der Träger sowie das Anregen von Kooperationen,
- Hilfestellungen bei der Arbeit mit auffälligen Teilnehmenden und die Vermittlung zu speziellen Angeboten der Jugendsozialarbeit, der Hilfen zur Erziehung und zu Beratungsstellen.

Das Projekt der Jugendkoordination sollte über die bestehenden Informations- und Vernetzungswebsites für engagierte junge Menschen, (zum Beispiel Jugendserver Niedersachsen (<http://www.jugendserverniedersachsen.de/>) oder myjuleica.de (<http://myjuleica.de/>) hinaus um Module der Online-Unterstützung und -Beratung für Ehrenamtliche ergänzt werden.

Eine solche Online-Plattform könnte beispielsweise enthalten:

- Tutorial-Videos zu häufigen Fragen des Engagements,
- Webinare oder andere Formen des Long-Distance-Learnings,
- Online-Checklisten für die Vorbereitung von Maßnahmen,
- Digitales Kassenbuch für die Vereinskasse,
- Musteranträge/Formbriefe, die online an die zuständige Behörde geschickt werden können (zum Beispiel Plakatgenehmigungen, Ausschankgenehmigungen ...),
- Ein Modul, das es ermöglicht, Förderanträge an die jeweiligen Kommunen für Maßnahmen der Jugendarbeit online zu stellen bzw. Verwendungsnachweise online zu führen.



Landesjugendring Niedersachsen e. V. / Mark Mühlhaus



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

Begründung

Die Träger im Land Brandenburg machen seit dem Jahr 2000 sehr positive Erfahrungen mit der Arbeit der Jugendkoordinatorinnen und -koordinatoren. Es gelingt dadurch, auch in Regionen mit einem starken Wegzug junger Erwachsener Angebote der Jugendarbeit aufrechtzuerhalten sowie junge Menschen für das ehrenamtliche Engagement zu begeistern und bei der Tätigkeit zu unterstützen.

Dieses Beispiel guter Praxis gibt auf mehrere der eingangs formulierten Leitfragen Antwort:

- In Niedersachsen befinden sich derzeit zahlreiche Migrantenjugendselbstorganisationen im Aufbau – für die Entwicklung eines eigenen Angebots der Jugendarbeit bedarf es vor Ort Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.¹⁷
- Ehrenamtliche (auch ohne Zuwanderungsgeschichte) können durch die Jugendkoordinatorinnen und Jugendkoordinatoren dabei unterstützt werden, ihre Angebote kultur- oder geschlechtssensibler zu gestalten und Inklusion vermehrt umzusetzen.
- Die Vernetzung der verschiedenen Träger der Jugendarbeit – auch in die kommunalen Bildungsregionen – ist mit einem zeitlich nicht unerheblichen Aufwand verbunden, auch hier können Jugendkoordinatorinnen und -koordinatoren Ehrenamtliche entlasten.

- Insbesondere im ländlichen Raum gibt es eine geringe Dichte hauptamtlicher Kräfte der Jugendarbeit: Hauptamtliche Mitarbeitende bei freien Trägern gibt es kaum. Die Mitarbeitenden der öffentlichen Träger sind angesichts der großen Räume, der Vielzahl an Gruppen und einer breiten Aufgabenpalette in der Regel nicht in der Lage, dem Unterstützungsbedarf der Ehrenamtlichen gerecht zu werden. Daher ist dieses Konzept speziell für ländliche Räume entwickelt worden, um der Unterversorgung zu begegnen.

Darüber hinaus wäre die o. g. Online-Plattform eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Angebote und würde jungen Menschen den Einstieg in das Engagement erleichtern. Der hohe Bekanntheitsgrad und die Reichweite bisheriger Jugendinformationsangebote und Plattformen der Jugendarbeit wie der Jugendserver Niedersachsen oder myjuleica.de unterstreichen das große Interesse und den Bedarf an einem solchen Austausch.

Den kommunalen Zuschussgebern wird außerdem vorgeschlagen, durch einheitliche Förderbedingungen und geringere Mindest-Teilnahmezahlen die Durchführung von Angeboten (zum Beispiel Freizeiten, Juleica-Ausbildungen, Seminare) mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus unterschiedlichen Kommunen zu erleichtern. Damit würden bürokratische Hürden abgebaut und Interessierten eine Teilnahme an Angeboten der informellen Bildung ermöglicht, die auch in anderen Kommunen stattfinden.



Landesjugendring Niedersachsen e. V. / Mark Mühlhaus



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Konzept der Jugendkoordination in einigen Regionen Niedersachsens zu erproben und dabei die bestehenden Informations- und Vernetzungswebsites für engagierte junge Menschen um Module der Online-Unterstützung und -Beratung für Ehrenamtliche zu erweitern.

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Landesjugendring Niedersachsen e. V.
Geschäftsführer Björn Bertram
Zeißstraße 13
30519 Hannover



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

14

Projekt „100+X J-Teams für Niedersachsen“

Beschreibung

Die „100+X J-Teams für Niedersachsen“ sind eine Initiative der Sportjugend: Sie sind – das „J“ steht für Jugend – ein Zusammenschluss von mindestens vier jungen Menschen im Alter bis 27 Jahre. Diese engagieren sich in einem J-Team auf freiwilliger Basis für einen Verein, einen Verband oder eine Sportjugend, realisieren Projekte und setzen sportpolitische Impulse. Die Teams arbeiten in flexibler und projektorientierter Form und bilden eine Brücke zwischen dem kurzfristigeren, projekthaften Engagement – für das es eine sehr hohe Bereitschaft gibt – und dem „klassischen“ Ehrenamt im Verband (Wahlämter, langjährige Mitarbeit gewünscht). Damit erleichtern J-Teams projekthaftes Engagement in bestehenden Vereins- und Verbandsstrukturen. Hintergrund des Projekts der Sportjugend ist der Wandel im Ehrenamt, der insbesondere das Ehrenamt junger Menschen betrifft: Durch den demografischen Wandel und die Veränderung von weiteren Rahmenbedingungen müssen immer weniger ehrenamtlich Engagierte immer mehr leisten.

Inhaltlich handelt es sich um eine konzeptionelle Weiterentwicklung der „Juniorteams“, mit denen die Sportjugend Niedersachsen bereits gute Erfahrungen gemacht hat. J-Teams schließen die Lücke zwischen dem praktischen Engagement im Sport und Führungsaufgaben. Sie bieten jungen Menschen die Möglichkeit, sich projektbezogen zu engagieren.

Die Arbeit der J-Teams steht inhaltlich auf zwei Säulen: Neben der praktischen Projektarbeit, der Durchführung von Maßnahmen und Aktionen wie zum Beispiel der jugendgemäßen Gestaltung von Meisterschaften, der Organisation eines Ehrenamtsfests oder eines Kindersportwochenendes steht die zweite Säule für sportpolitische Impulse, Interessenvertretung und Verantwortungsübernahme in der Organisation.



Begründung

Als ein Förderprogramm für junges Ehrenamt kann das Konzept der J-Teams zu einer langfristigen Bindung an die Sportorganisation beitragen. Auch andere Verbände und Organisationen befassen sich mit der Herausforderung, wie Vereinsstrukturen und die dabei notwendige Kontinuität von Ehrenamtlichen zum Beispiel im Vereinsvorstand mit dem Wunsch vieler potenziell Engagierter nach einem kurzfristigen und weniger verbindlichen Engagement verbunden werden können. Durch die explizite Anbindung der J-Teams an den jeweiligen Vorstand, beispielsweise

durch eine feste Ansprechperson, wird auch in den Vereinsstrukturen die Sensibilität für den Wandel im Ehrenamt gestärkt. Zugleich sollen die Aktiven in den J-Teams durch Einbindung in die Strukturen diese Kontinuität erleben können, um dadurch Anreize für ein längerfristiges Engagement zu geben.



Sportjugend Niedersachsen



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung darauf hinzuwirken, das Projekt „100+X J-Teams für Niedersachsen“ auch auf andere Organisationen zu übertragen, die über eine ausreichende Vereinsstruktur vor Ort verfügen.

Sportjugend Niedersachsen
im LandesSportBund Niedersachsen e. V.
Ferdinand-Wilhelm-Fricke-Weg 10
30169 Hannover



3.3 Informelle Bildung

15

„Vernetzung der informellen Bildungsangebote mit den Bildungslandschaften“

Beschreibung

Die Vernetzung der verschiedenen Bildungsanbieter in einer Region im Rahmen von Bildungslandschaften spielte sowohl in der AG Bildung I als auch in der AG Bildung II und in den verschiedenen thematischen Unterarbeitsgruppen eine Rolle. Dies spiegelt den hohen Stellenwert des Themas wider. Der aufeinander abgestimmten Zusammenarbeit der verschiedenen Bildungsträger kommt insbesondere in den Regionen mit stark zurückgehenden Bevölkerungszahlen junger Menschen eine besondere Bedeutung zu. Die regionale Bildungsplanung und -koordination muss die Lebenswelten und Bildungsorte junger Menschen verzahnen, die oftmals durch weite Fahrstrecken zwischen Schulstandorten, Wohnort und außerschulischen Bildungs- und Freizeitorten sowie durch kleiner werdende Zielgruppen geprägt sind.

Bildungsregionen bieten die Chance, Synergien zu nutzen, bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen und im Zusammenspiel der verschiedenen Anbieter ein regional und zeitlich abgestimmtes Bildungsnetzwerk zu etablieren. Aus Sicht der Träger von Angeboten der informellen Bildung ist festzustellen, dass diese Angebote bislang sehr unterschiedlich in Bildungsregionen eingebunden sind. Angesichts der Vielzahl der Träger, der unterschiedlichen Bildungs- und Sozialisationsleistungen und der unterschiedlichen Lebenslagen junger Menschen, die in einer Bildungslandschaft berücksichtigt werden müssen, bedarf es geeigneter Strukturen, die die Kooperation aller und die Wahrung der unterschiedlichen Belange von Trägern und jungen Menschen sicherstellen. Diese Strukturen müssen auch die Spezifika der Orte informeller Bildung berücksichtigen (zum Beispiel die hohe Zahl der ehrenamtlich Tätigen, die

vergleichsweise hohe Fluktuation, den geringen Anteil hauptamtlicher Mitarbeitender sowie – nicht zu unterschätzen – die Vielzahl der vorhandenen Angebote). Dem „Bildungsbüro“ kommt daher die Aufgabe zu, die verschiedenen Partner der Bildungslandschaft zu koordinieren, die gerechte Verteilung der Ressourcen zu gewährleisten, die (Weiter-)Entwicklung der Bildungslandschaft zu steuern und kontinuierlich zu evaluieren.

Als gutes Praxisbeispiel ist die Bildungsregion Wolfsburg zu benennen. Hier ist der Stadtjugendring von Beginn an in die Entwicklung der Bildungsregion eingebunden, vertritt die Interessen der jungen Menschen und der Träger in den Gremien und übernimmt eine koordinierende Funktion zur Einbindung der freien Jugendarbeit in die Bildungsregion.

Dieses gute Beispiel gibt auf mehrere der eingangs formulierten Leitfragen Antworten:

- Die Integration von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte hängt maßgeblich von deren Bildungschancen und eng damit verbunden der Zugehörigkeit zu bestimmten Milieus ab. Ziel in Bildungsregionen muss es daher sein, für alle Milieus informelle Bildungsangebote zu schaffen bzw. zu verstetigen, die kultursensibel gestaltet sind. Zudem sollten zum Beispiel Moscheegemeinden und Migranten- (jugend)-Selbstorganisationen gezielt in Bildungsregionen eingebunden werden.
- Die Vernetzung mit anderen Bildungsträgern kann den Trägern der informellen Jugendbildung Zugang zu Know-how und Wissen anderer Organisationen geben, die Vernetzung bietet die Gelegenheit, zur Zusammenarbeit mit ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden anderer Träger in allen Generationen.

Begründung

Eine Zusammenarbeit der Bildungslandschaften mit den bestehenden Netzwerken von Trägern informeller Bildung ist notwendig, um Doppelstrukturen, insbesondere mit Blick auf die zeitliche Belastung von Ehrenamtlichen, zu vermeiden. Die Vernetzung der verschiedenen ehrenamtlich arbeitenden Träger von Angeboten der informellen Bildung in kommunalen Bildungslandschaften wird auf rein ehrenamtlicher Basis nicht möglich sein. Bildungslandschaften führen zu einem erhöhten fachlichen Austausch zwischen den Trägern, erhöhen den Kommunikationsaufwand und benötigen an vielen Stellen personelle Verbindlichkeit und Kontinuität.

Bei der Etablierung kommunaler Bildungslandschaften sollten unnötige Doppelstrukturen auch mit Blick auf die Schullandschaft vermieden werden. Dies betrifft insbesondere die Kooperation von Ganztagschulen mit außerschulischen Bildungsträgern. Zurzeit koordinieren die Ganztagschulen in der Regel auch dort, wo es Bildungslandschaften gibt, ihre Angebote von außerschulischen Trägern in Eigenregie. Zu prüfen ist, ob alle Anbieter in Bildungslandschaften ihre Angebote bei einer zentralen Stelle einbringen und Ganztagschulen dann diese Angebote – zum Beispiel auch als Angebote an außerschulischen Lernorten – in ihr Ganztagsportfolio integrieren können.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, kommunale Jugendringe oder vergleichbare Netzwerke in die Lage zu versetzen, die Netzwerkfunktion für die freien Träger der Jugendarbeit und des Jugendsports in den Bildungsregionen wahrzunehmen und die Angebote der Träger der Jugendarbeit in der Bildungsregion zu koordinieren. Dies betrifft zum Beispiel auch die Kooperation von Ganztagschulen mit außerschulischen Bildungsträgern.

Landesjugendring Niedersachsen e. V.
Geschäftsführer Björn Bertram
Zeißstraße 13
30519 Hannover



IV. Berufliche Bildung und Berufsorientierung, hochschulische Bildung, Lebenslanges Lernen

1. Aktuelle Herausforderungen in der Aus- und Weiterbildung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels¹⁸

Die aktuellen demografischen Entwicklungen stellen das Bildungssystem vor vielfältige Herausforderungen und bieten gleichzeitig Chancen für die Qualitätsverbesserung von Bildungsangeboten und -inhalten. Die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer wird in allen Bereichen – außer der Weiterbildung – langfristig abnehmen. Die steigende Lebenserwartung und die sinkende Geburtenrate verändern die Altersstruktur der Bevölkerung. Die Zuwanderung aus dem Ausland wird diese Entwicklung mittel- und langfristig voraussichtlich nicht aufhalten. Im Zuge schrumpfender Alterskohorten nimmt die Konkurrenz zwischen alternativen Bildungswegen zu – insbesondere an den Übergangsstellen zwischen den Bildungssystemen. Für die Bildungs- und Arbeitsmarktentwicklung werden Frauen eine immer bedeutendere Gruppe. Der Qualifikationsdruck auf die nachwachsende Generation nimmt zu, sodass sich die Weiterbildung auf lange Sicht zum expansiven Teil des Bildungssystems entwickeln wird.

Im Mittelpunkt des Bildungsgeschehens stehen somit folgende zentrale Herausforderungen:

Kontinuierlicher Wandel in der Bildungsbeteiligung

Der kontinuierliche Wandel in der Bevölkerungsstruktur wirkt sich unmittelbar auf die Bildungsbeteiligung und das Bildungssystem aus. Folgende Trends in der Bildungsbeteiligung sind gegenwärtig im Ausbildungs-, Hochschul- und Weiterbildungssystem zu beobachten und stellen die Basis für die zukünftigen Herausforderungen dar:

- Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen beruflicher Ausbildung wird künftig demografisch und bildungswahlverhaltenbedingt zurückgehen. Darüber hinaus sind vor allem Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte beim Zugang zur Berufsausbildung benachteiligt.
- Der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger steigt seit Jahren und liegt mittlerweile bei über 50 % eines Altersjahrgangs. Es ist zu erwarten, dass sich diese tiefgreifende Veränderung hin zur akademischen Bildung auch in Zukunft fortsetzt.
- Die Geringqualifizierten gehören weiterhin zu den Verlierern auf dem Arbeitsmarkt und sind vergleichsweise oft von Arbeitslosigkeit betroffen.
- Der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger mit einer beruflichen Qualifikation stagniert in den letzten Jahren auf niedrigem Niveau. Innerhalb dieser Gruppe wächst der Anteil Studierender mit beruflicher Qualifikation ohne schulische Studienberechtigung.
- Die individuelle Weiterbildung wird häufiger von Erwerbstätigen mit hoher Qualifikation wahrgenommen als von Personen mit niedrigem Bildungsniveau. Informelle Weiterbildungs- und informelle Lernmöglichkeiten, die im Zusammenhang mit dem Beruf stehen, erhalten stärkeres Gewicht. Die Nutzung der individuellen Weiterbildung liegt hinter dem Bedarf zurück.

Anhaltender Qualifikationsstrukturwandel

Die Qualifikationsnachfrage unterliegt einem starken Wandel: Es werden immer mehr höhere Bildungsabschlüsse gefordert. Somit steigt auch das Bildungsniveau der Bevölkerung. Gleichzeitig werden die Ungleichheiten in individuellen und regionalen Bildungszugängen und -übergängen deutlich. Hauptschulabsolventinnen und -absolventen erreichen den Zugang zu einem vollqualifizierenden Ausbildungsverhältnis (duales oder Schulberufssystem) seltener als Absolventinnen und Absolventen mit mittleren Schulabschlüssen. Die berufliche Ausbildung hängt oftmals vom regionalen Umfeld ab, allerdings sind die Nachfrage nach und das Angebot von Ausbildungsplätzen regional stark unterschiedlich. Die Folgen können ebenso Nachwuchsempässe für Betriebe sein wie Mobilitätsdruck für junge Erwachsene.

Soziale Polarisierung in der Bildungsteilhabe

Problemlagen in Lebensläufen werden ebenso vielfältiger wie die Bildungsbedürfnisse. Die qualifikations-spezifische Arbeitslosigkeit bei Personen ohne Berufsabschluss ist neun Mal höher als bei Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Die Teilnahmequote an Weiterbildungen ist bei Personen ohne Berufsabschluss halb so hoch wie bei Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Bei Personen mit niedrigem Bildungsniveau besteht ein erhöhtes Armutsrisiko. Angesichts eines steigenden Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund muss den besonderen Fähigkeiten und Anforderungen dieser Personengruppe Rechnung getragen werden; beispielsweise beim Spracherwerb für Zugewanderte sowie bei der sprachlichen Kompetenzstärkung und Zertifizierung für bilingual aufgewachsene Menschen mit Migrationshintergrund, beim Angebot von Vorbereitungskursen und bei der Erleichterung von Anerkennungsverfahren im Ausland erworbener Berufsabschlüsse. Insbesondere Jugendliche, die derzeit tendenziell vom Ausbildungsmarkt ausgeschlossen sind, stellen – bei entsprechender Förderung und Nachqualifizierung – ein erhebliches Potenzial speziell für eine duale Ausbildung dar.

Übergangsgestaltung in den Bildungssystemen

Angesichts der vorangestellten Herausforderungen ist die Organisation des Übergangs von den allgemein bildenden Schulen in die Berufsausbildung und die Hochschulbildung sowie von der Berufspraxis in die Hochschule entscheidend. Vor dem Hintergrund einer demografisch bedingt sinkenden Ausbildungsnachfrage und einer Vielzahl junger Erwachsener im Übergangssystem müssen sich die Bildungsakteurinnen und -akteure auf die inhaltliche Systematisierung und die Gestaltung von fließenden Bildungsübergängen konzentrieren

Die Durchlässigkeit zwischen der Berufs-, Hochschul- und Weiterbildung muss weiter ausgebaut werden. Hierfür müssen gemeinsame Bildungskonzepte entwickelt werden, welche die institutionellen Vernetzungen und Kooperationen fördern, die Engpässe an den zentralen Übergangsstellen abbauen, die Ungleichheiten aller Art reduzieren und die mit einer Erwerbstätigkeit vereinbar sind.

Auf Grundlage dieser zentralen Herausforderungen haben sich die drei Unterarbeitsgruppen „Berufliche Bildung“, „Hochschulische Bildung“ und „Lebenslanges Lernen“ gebildet, in denen Vertreterinnen und Vertreter der relevanten Bildungsbereiche spezifische Herausforderungen und mögliche Lösungsstrategien in ihrem Bereich diskutiert haben. Bei diesen Diskussionen wurden durchgehend folgende drei Dimensionen als Querschnittsthemen berücksichtigt: Welchen Beitrag können mögliche Lösungsansätze im Hinblick auf a) die regionale Fachkräftesicherung, b) die Nutzung der Potenziale einer vielfältigeren Gesellschaft (Diversity und Integration) und c) die Geschlechtergerechtigkeit (Gender) leisten?



IV. Berufliche Bildung und Berufsorientierung, hochschulische Bildung, Lebenslanges Lernen

2. Laufende Projekte der Landesregierung

Die Niedersächsische Landesregierung reagiert mit folgenden Bildungsvorhaben auf die aktuellen Aufgaben:

Zur Steigerung der Ausbildungsfähigkeit und der Berufswahlkompetenz der Schülerinnen und Schüler ist es Aufgabe der Schulen, gemäß ihrem schulformspezifischen Bildungsauftrag (mit Partnern wie Kammern, Wirtschaft, Gewerkschaften, Bundesagentur für Arbeit usw.) zielgerichtete Studien- und Berufsorientierungsmaßnahmen durchzuführen. Dazu wird vor allem das Konzept der Haupt- und Realschulen, der Oberschulen sowie der Gymnasien und Gesamtschulen weiterentwickelt. Bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde wurde mit einer Fachberatung Berufsorientierung ein Unterstützungssystem für die Schulen eingerichtet. Darüber hinaus hat das Kultusministerium gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit eine Koordinierungsstelle Berufsorientierung 2011 ins Leben gerufen, die den allgemein bildenden Schulen ein Angebot von Modulen zur vertieften Berufsorientierung macht.

Zusätzlich hat die Landesregierung gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden, den Gewerkschaften, den Kammern, der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit, den kommunalen Spitzenverbänden und weiteren gesellschaftlichen Gruppen die „Fachkräfteinitiative Niedersachsen“ gestartet. Das Land wird ressortübergreifend für diverse Maßnahmen rund 200 Millionen Euro ESF-Mittel für die Fachkräftesicherung einsetzen. Die Fachkräfteinitiative ist bis 2018 ange-

legt.¹⁹ Das „Bündnis Duale Berufsausbildung“ ist ein Beitrag des Niedersächsischen Kultusministeriums im Rahmen der Fachkräfteinitiative Niedersachsen. Es hat zum Ziel, in Zusammenarbeit mit den Akteurinnen und Akteuren der beruflichen Bildung die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu steigern und Jugendliche ohne Ausbildungsplatz schneller in eine betriebliche Ausbildung zu bringen. Im Bündnis werden gemeinsame Handlungsempfehlungen erstellt und verabschiedet.²⁰

Eine weitere Maßnahme stellt der Ausbau von Studienplätzen an den niedersächsischen Hochschulen dar: Dort entstehen zwischen 2011 und 2015 rund 49.000 zusätzliche Plätze für Studienanfängerinnen und -anfänger. Angesichts der stark steigenden Studierendenzahlen hatten der Bund und die Länder bereits 2007 einen Hochschulpakt geschlossen. Dieser beinhaltet, dass jeder zusätzliche Platz für Studienanfängerinnen und -anfänger für vier Jahre finanziert wird. Dafür werden bis 2018 etwa 583 Millionen Euro an zusätzlichen Bundesmitteln nach Niedersachsen fließen. Die gleiche Summe wird das Land bereitstellen.²¹ Mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm stellt Niedersachsen bis 2020 mehr als 480 Millionen Euro bereit. 3.400 „temporäre Studienanfängerplätze“, die im Rahmen des Hochschulpakts aufgebaut wurden, können nun in „reguläre Studienanfängerplätze“ umgewandelt werden. Die Grundkapazität wird damit dauerhaft um mehr als ein Drittel angehoben.²²



Auch die jüngsten Vorhaben zur Öffnung des Hochschulzugangs für Studieninteressierte ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung²³, die Einrichtungen von Bildungsberatungsstellen in Niedersachsen²⁴, die Einrichtung eines niedersachsenweiten Weiterbildungsportals²⁵, die Erarbeitung eines lan-

desweiten Konzeptes für die Bildungsregionen²⁶ und die niedrigschwelligen Grundbildungsangebote für Erwachsene²⁷ sind Beispiele, wo bereits an unterschiedlichen Schnittstellen die Bildungsübergänge und -zugänge ermöglicht werden.



IV. Berufliche Bildung und Berufsorientierung, hochschulische Bildung, Lebenslanges Lernen

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.1 Berufliche Bildung und Berufsorientierung im demografischen Wandel

3.1.1 Herausforderungen

Die Tatsache, dass 14,2 % der jungen Menschen von 20 bis unter 30 Jahren und 15,2 % der jungen Menschen von 30 bis unter 35 Jahren in Niedersachsen über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen²⁸ und nicht als Fachkräfte zur Verfügung stehen, stellt eine der größten Herausforderungen für die berufliche Bildung dar. Darüber hinaus hält das „Übergangssystem“, also diejenigen schulischen und „Maßnahme“-Qualifikationsangebote, die nicht eine Ausbildung, sondern eine andere Form der Qualifizierung zum Inhalt haben, noch zu viele Jugendliche mit Hauptschul- oder Realschulabschluss vom Direkteinstieg in eine (duale) Ausbildung ab. Der hohe Anteil von Studienabbrüchen und vorzeitigen Vertragslösungen bei der dualen Berufsausbildung zeigt deutlich, dass Handlungsbedarf bei der Berufsorientierung der Jugendlichen in den allgemein bildenden Schulen besteht. Wenn die jungen Menschen besser zu reifen Berufswegentscheidungen geführt werden, können Umwege vermieden (Übergangssystem) und Abbrüche verringert werden. Wenn die Angebote des Übergangssystems konsequent auf die für schwächere Schülerinnen und Schüler notwendigen Angebote konzentriert werden und eine angemessene Zuganglenkung erfolgt, dann steigt der Anteil der Jugendlichen, die direkt in eine duale Berufsausbildung bzw. in eine anders geregelte Berufsausbildung einmünden.

Im Bereich berufliche Bildung und Berufsorientierung sind es zusammengefasst vier wesentliche Herausforderungen, derer man sich in Bezug auf den demografischen Wandel annehmen muss:

Systematische Berufsorientierung an allen allgemein bildenden Schulen

Noch immer verlassen eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern ihre Schulen ohne eine reife Berufswahl.

Die Berufsorientierung erfolgt von Schule zu Schule höchst heterogen. In den meisten allgemein bildenden Schulen sind konsistente Konzepte für die Berufsorientierung möglich und vieles wird schon getan. Insbesondere Gymnasien haben hier Nachholbedarf. Es gibt einen Konsens im Land, dass es flächendeckend und verpflichtend in jeder allgemein bildenden Schule ein Berufsorientierungskonzept geben muss. Durch die bisherige Situation gehen der niedersächsischen Wirtschaft jedes Jahr viele ausbildungsreife Schülerinnen und Schüler für eine duale Berufsausbildung und somit zukünftige Fachkräfte verloren. Um dem entgegenzuwirken, muss die Berufsorientierung an allen Schulformen der allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen verbessert werden. Es empfiehlt sich, hierfür die regionalen und schultypischen Gegebenheiten zu berücksichtigen und eine gewisse Vielfalt zuzulassen.

Neuausrichtung Übergangssystem

Das sogenannte Übergangssystem mit seiner Vielzahl von berufsschulischen Angeboten, die nicht zu einem Ausbildungsabschluss führen, wurde in Zeiten des Ausbildungsplatzmangels vor allem für diejenigen Schülerinnen und Schüler geschaffen, die mit einem schwachen oder gar keinem Schulabschluss geringe Chancen auf dem Ausbildungsmarkt hatten. Das Übergangssystem hatte in den vergangenen Jahren quantitativ immer noch eine große Bedeutung. Dies auch deshalb, weil sich hier auch leistungsstärkere Haupt- und Realschüler fanden, für die es eigentlich nicht gedacht war. Inzwischen hat sich die Situation gedreht: Die Lehrstellensituation ermöglicht auch schwächeren Schulabgängerinnen und Schulabgängern einen Direkteinstieg in die (duale) Ausbildung. Deshalb ist es unstrittig, dass das Übergangssystem zunächst auf seine Kernaufgaben im Sinne der Herstellung der Ausbildungsreife zurückgeführt werden muss. Es sollte zukünftig anstelle des Übergangssystems ein Einstiegssystem in die Berufsausbildung geben.

Engere Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure der beruflichen Bildung zur Qualitätssicherung

Wenn die Entscheidungsvorbereitung der Berufswahl und der Übergang in die Ausbildung gelingen sollen, dann muss es eine Zusammenarbeit aller beteiligten Akteurinnen und Akteure im Sinne von guter Information und Interaktion geben. Akteurinnen und Akteure sind die Jugendlichen, ihre Eltern, Ausbilderinnen und Ausbilder, Betriebs-, Personalräte und Jugendauszubildendenvertretungen in den Betrieben und Lehrerinnen und Lehrer an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen sowie die zuständigen Behörden, Schulträger, Arbeitsagenturen, Gewerkschaften, die Wirtschaft sowie Kammern und Wirtschaftsverbände. In dem der beruflichen Bildung vorgelagerten Bereich ist es bedeutsam, dass berufliche Bildung und Berufsorientierung auch Gegenstand der Lehrerbildung ist. Auch wenn das Duale System im Ausland als Garant des Erfolgs der deutschen Wirtschaft gesehen wird, erfordert die Dualität zweier Lernorte (Betrieb und Schule) eine enge Kooperation und Abstimmung der Beteiligten. Dies betrifft vor allem die betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder und die Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen.

Nachwuchsgewinnung

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Nachwuchsgewinnung in bestimmten Branchen bzw. Regionen ist evident: Fehlen die Fachleute und Expertinnen und Experten, können Aufträge nicht bearbeitet werden. Mittelfristig hieße dies Standortverlagerung oder Schließung. Um diesen vier in der Arbeitsgruppe identifizierten spezifischen Herausforderungen der Berufsbildung gerecht zu werden, müssen sich geeignete Maßnahmen an folgenden Kriterien messen lassen:

- Ist eine überregionale Umsetzung möglich?
- Werden vorhandene (regionale) Ressourcen und Strukturen einbezogen?

- Ist ein Projekt zielgruppenspezifisch, adressaten- und bedarfsgerecht?
- Stehen die Effekte in einem angemessenen Verhältnis zum zu leistenden Aufwand?
- Können über die Maßnahmen nachhaltige Strukturen geschaffen werden?
- Haben die Maßnahmen einen engen Bezug zur betrieblichen Praxis bzw. sind sie mit ihr verknüpft (Fachpraxisnähe)?

Unter Berücksichtigung der erarbeiteten Herausforderungen und Kriterien wurden insgesamt 50 Projekte, Maßnahmen bzw. Vorhaben benannt, die geeignet sind, in den Bereichen „Berufliche Bildung“ und „Berufsorientierung“ dem demografischen Wandel entgegenzuwirken. Aus diesen Vorschlägen wurden insgesamt vier beispielhafte Ansätze ausgewählt.

Auswahlkriterien waren auf der einen Seite die generelle Umsetzbarkeit in den Regionen, auf der anderen Seite wurden auf Dauer angelegte, umfassendere Ansätze, kleineren und sehr spezifischen Vorschlägen vorgezogen. Insofern ist die Auswahlliste kein Urteil über die Qualität der im Folgenden nicht aufgeführten nominierten Vorschläge. Es lohnt sich im Gegenteil, diese eher individuellen und oft für spezifische Zielgruppen entwickelten Projekte im Einzelnen anzuschauen. Diese Projekte können als Bausteine für regionale Initiativen dienen. Sie sind in der Datenbank des Zukunftsforums im Einzelnen beschrieben.

Vorab nicht in die weitere Auswahl einbezogen wurden Projekte und Angebote, die schon jetzt Teil der Infrastruktur des Landes sind bzw. die nicht multipliziert werden müssen. Prominente Beispiele sind die IdeenExpo, die nach Ansicht der Arbeitsgruppe ein bundesweit ausstrahlender Leuchtturm der Berufsorientierung ist, bzw. die Koordinationsstelle Berufsorientierung (Kobo) beim Kultusministerium.



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.1.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

3.1.2.1 Projekte zur systematischen Berufsorien- tierung an allen allgemein bildenden Schulen

16

„Trilaterale Kooperative Berufsorientierung“

Beschreibung

Trilaterale Kooperative Berufsorientierung ist eine Überschrift über fünf verschiedene etablierte Projekte in unterschiedlichen Regionen Niedersachsens, die systematische Vorbereitung auf den Übergang von der Schule in den Beruf zum Gegenstand haben. Partner dieser Kooperationen sind regelmäßig allgemein bildende Schulen, berufsbildende Schulen sowie die Unternehmen aus den jeweiligen Regionen. Diese Zusammenarbeit hat sich vielerorts bewährt und sollte verbreitet werden. In welcher genauen Form die systematische Berufsorientierung im Rahmen einer trilateralen Kooperation umgesetzt werden kann, hängt von den regionalen Bedingungen ab. Wichtig für einen reibungslosen Übergang von der Schule in den Beruf ist eine rechtzeitige Einbindung von Unternehmen aus der regionalen Wirtschaft.

Grundsätzlich geht es bei allen Kooperationen dieser Art um die systematische Förderung der Ausbildungsreife und Vermittlung der Ausbildungsfähigkeit im Sinne einer breit angelegten und zielorientierten Berufsorientierung. Schülerinnen und Schüler der allgemein bildenden Schulen ab Jahrgangsstufe 8 sammeln fachpraktisch und theoretisch erste Erfahrungen in verschiedenen Berufen. Dabei wird sichergestellt, dass die Schülerinnen und Schüler mindestens drei Berufsfelder kennenlernen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten eine Bescheinigung mit den erlangten Kompetenzen, die für die teilnehmenden Unternehmen des Verbunds wichtige Hinweise darstellen.

Als gute Beispiele werden hierzu die eingereichten Projekte „SchulBetrieb“ in Südniedersachsen, die „Systematische BO CLP“, die „BBS II Emden“, das „Neustädter Modell“ von KGS und BBS Neustadt und die „BBS Syke“ benannt. Die Vielfalt der benannten Modelle zeigt, dass die systematische Zusammenarbeit der jeweils drei beteiligten Akteurinnen und Akteure so flexibel handhabbar ist, dass sie auf alle Schulformen, Regionen und alle Berufe im Prinzip übertragbar ist.

SchulBetrieb:

Koordinierungsstelle Bildung-Beruf, Landkreis Osterode am Harz, Herzberger Straße 5, 37520 Osterode am Harz, <http://www.bildung-beruf-oha.de/projekte/schulbetrieb>
Bildungsregion Göttingen, Regionalverband Südniedersachsen e. V., Barfüßerstraße 1, 37073 Göttingen, http://www.bildungsregion-goettingen.de/projekte_schulbetrieb

Systematische Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen im Südkreis Cloppenburg:

BBS am Museumsdorf, Museumstraße 14, 49661 Cloppenburg, <http://www.bbsam.de/>
BBS Technik Cloppenburg, Lankumer Feldweg, 49661 Cloppenburg, <http://www.bb-st-clp.de/>

Berufliche Orientierung für Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen der Stadt Emden und der angrenzenden Gemeinden:

BBS II Emden, Steinweg 25, 26721 Emden,
<http://www.berufsbildendeschulen2-emden.de/index.php?id=440>

Das „Neustädter Modell“ – ein präventives Übergangssystem. Doppelqualifikation durch Kooperation von allgemeinbildenden Schulen mit berufsbildenden Schulen:

BBS Neustadt am Rübenberge, Bunsenstraße 6, 31535 Neustadt am Rübenberge, <http://www.bbs-nrue.de/bildungsangebote/besondere-schulprojekte-schulversuche/neustaedter-modell.html>
KGS Neustadt, Leinstraße 85, 31535 Neustadt am Rübenberge,
<https://kgs-neustadt.org/profile/das-neustaedter-model>

Berufsorientierung:

BBS Syke Europaschule in Niedersachsen, An der Weide 8, 28857 Syke, <http://www.bbs-syke.de/>



Susanne Hübner



Susanne Hübner

17

„BONA SZ und weitere BONA Konzepte“

Beschreibung

Als zweite Maßnahme wird ein curriculares System der Berufsorientierung benannt, das für alle Schulformen und Jahrgangsstufen ab Klasse 8 entwickelt worden ist und flexibel genug ist, um auf teilräumliche Handlungsbedarfe einzugehen. Das Grundkonzept ist ein Gemeinschaftsprodukt von Schulen, Landesschulbehörde, Schulträgern, Arbeitsagentur, Wirtschaft sowie Kammern und Wirtschaftsverbänden. Entwickelt wurden alle bestehenden curricularen Systeme zur Berufsorientierung von der Allianz für die Region GmbH aus Braunschweig. Als Beispiel dient hier das Best-Practice-Beispiel BONA SZ – Berufsorientierung und Nachwuchssicherung unter veränderten demografischen Bedingungen in Salzgitter und der Region Braunschweig: BONA SZ besteht aus vier aufeinander aufbauenden Modulen. Die Schülerinnen und Schüler durchlaufen ab der 8. Klasse vier aufeinander aufbauende Module.

Nach dem Start mit dem Modul „Interesse wecken“, wo es u. a. an den BONA-Techniktagen (BO-NA-TT) die betriebliche Anwendung physikalischen Schulwissens zu entdecken gilt, folgt „Berufsorientierung ermöglichen“ mit einem ausführlichen Berufseignungstest, der seit 2009 an Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien Salzgitters durchgeführt wird. An der Schnittstelle zum dritten Modul „Entscheidungshilfe

geben“ findet zudem die BONA-Ausbildungsmesse und der Marktplatz der Möglichkeiten mit den führenden Wirtschaftsunternehmen Salzgitters statt, die der Anbahnung von Praktika und/oder Auszubildenden dienen. Das Programm endet nach vier Schulhalbjahren mit dem Modul „Interesse erhalten“. Hier ist auch das Konzept Bewerbung angesiedelt, das zusammen mit Personalverantwortlichen (weiter-)entwickelt wird. (Weiter-)entwickelt und evaluiert wird das Programm beteiligungsorientiert von Verantwortlichen aus Wirtschaft, Lehrer- und Elternschaft, Verwaltung und Regionalentwicklung. Die Umsetzung organisiert die Allianz für die Region GmbH. Die entscheidende Rahmenbedingung zum erfolgreichen Gelingen des Konzepts ist ein Kreis von Initiatoren, der über politisches Gewicht verfügt sowie über die Möglichkeit, eine Basisfinanzierung sicherzustellen.

Die Erfahrungen aus verschiedenen Landkreisen haben gezeigt, dass Projekte dieser Art sehr erfolgreich verlaufen, wenn alle Akteurinnen und Akteure aus dem Bereich Berufsorientierung – insbesondere die regionale Wirtschaft – aktiv mitwirken und die Schulen sich an das vorgeschriebene Konzept halten.

Begründung

Beide Maßnahmen wurden bereits landesweit erprobt und hinlänglich evaluiert. Systematische Berufsorientierung in Form einer trilateralen Kooperation der aufgeführten Partner findet man an über 60 Schulstandorten in Niedersachsen. Das hinter dem Beispiel BONA SZ stehende Berufsorientierungskonzept befindet sich aktuell in acht Landkreisen in der Umsetzung.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, im Sinne des Projekts BONA SZ zur Berufsorientierung bei den Gymnasien und Gesamtschulen die Curricula um das Thema Berufsorientierung ab den Jahrgängen 8 bzw. 9 zu erweitern. Der Zugang zur beruflichen Bildung darf den Schülerinnen und Schülern mit Blick auf ihre Chancengleichheit und die Erziehung zur Emanzipation und Selbstbestimmung nicht länger erschwert werden.

BONA SZ – Berufsorientierung und Nachwuchssicherung für gewerblich-technische und naturwissenschaftliche Berufe unter veränderten demografischen Bedingungen in Salzgitter und der Region Braunschweig

Allianz für die Region

Frankfurter Straße 284

38122 Braunschweig

[http:// www.bona-sz.de/](http://www.bona-sz.de/)



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.1.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

18

Projekt zur Neuausrichtung des Übergangssystems: „Dualisierte Berufsfachschule (BFS Dual)“

Beschreibung

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gilt es, auch die jungen Menschen einer zukunftsorientierten dualen Berufsausbildung zuzuführen, die bisher trotz Bemühungen um einen Ausbildungsplatz im Übergangssystem verweilen. Auf der Grundlage des Curriculums der gewählten Projekt-Schulform (BFS) stellen die berufsbildenden Schulen einen Bildungsgang sicher, der eine Beschulung bzw. eine praktische Ausbildung in Partnerbetrieben an fünf Tagen der Woche von jeweils acht bzw. neun Stunden vorsieht.

Dabei werden die Fächer des berufsübergreifenden Lernbereichs sowie die fachtheoretischen Inhalte der Lernfelder und die fachpraktischen Inhalte der Ordnungsmittel an drei Tagen erteilt. Somit findet der Berufsschulbesuch an drei Tagen, die betriebliche Praxisphase an zwei Tagen in der Woche statt. In der Praxisphase orientieren sich die Inhalte ebenfalls an denen der jeweiligen BFS.

Der Umfang der betrieblichen Praxisphasen kann dabei in Abhängigkeit von den regionalen Gegebenheiten und den Besonderheiten des jeweiligen Ausbildungsberufs variieren. Die in der dualen Ausbildung

üblichen Ausbildungs- bzw. Arbeitszeiten sind in der dualisierten Berufsfachschulklasse einzuhalten, um den Schülerinnen und Schülern die Erfahrung der betrieblichen Arbeitswelt zu ermöglichen.

Die Auswahl der Schülerinnen und Schüler erfolgt mit Beginn des Anmeldezeitraums für die Vollzeit-schulformen der noch schulpflichtigen Schülerinnen und Schüler, also ab Februar eines Jahres. Der Aufnahme in eine dualisierte Berufsfachschulklasse soll ein Screening vorgeschaltet werden. Das Ziel eines solchen Screenings, das von den berufsbildenden Schulen durchzuführen ist, besteht zunächst in einem weiteren Vermittlungsversuch in eine duale Berufsausbildung. Danach soll auf Grundlage von Unterlagen der Schülerinnen und Schüler die weitere Auswahl, zum Beispiel durch die Ergebnisse der Kompetenzanalyse in Verbindung mit der Dokumentation im Berufswahlpass erfolgen. Das Auswahlgremium könnte zum Beispiel eine Übergangskonferenz sein. Sie setzt sich zusammen aus Lehrkräften der abgebenden allgemein bildenden und der aufnehmenden berufsbildenden Schulen. Diese sehr selektive Zugangssteuerung ist erforderlich, um ein unerwünschtes Aufwachsen der BFS Dual zu vermeiden.

An den zwei Tagen Betriebspraktikum pro Woche erfolgt eine Betreuung durch beauftragtes Lehrpersonal (Ausbilderinnen und Ausbilder), das die Verbindung zwischen den beiden Lernorten sicherstellt.

Die notwendigen Praktikumsplätze der Ausbildungsunternehmen müssen im Vorfeld feststehen. Berufsbildende Schulen und Kammern sind behilflich bei der Ansprache von Unternehmen.

Begründung

Zu viele ausbildungsreife Haupt- und Realschüler, die sich im Übergangssystem befinden, stehen dem Ausbildungsmarkt augenblicklich nicht zur Verfügung. Ziel des Vorhabens ist es, Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz die Fachpraxis in der regionalen betrieblichen Wirklichkeit zu vermitteln, ihnen zu helfen, einen Ausbildungsplatz zu finden und somit dem regionalen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Junge Menschen werden so einer (dualen) Berufsausbildung zugeführt, die bisher im Übergangssystem verweilen. Ein Übergang in eine (duale) Berufsausbildung ist zu jeder Zeit möglich und erwünscht.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung eine Erprobung der dualisierten Berufsfachschulen an ausgewählten berufsbildenden Schulen in Niedersachsen. Vor Ort ist die enge Abstimmung aller Beteiligten, insbesondere der berufsbildenden Schulen und der beteiligten Unternehmen, erforderlich. Die notwendige Evaluierung der Modellversuche soll aussagekräftige Daten zum Verbleib der Schülerinnen und Schüler, insbesondere zum Übergang in die (duale) Berufsausbildung liefern. Bei der Evaluierung ist weiterhin auf die Wirksamkeit der Zugangssteuerung zu achten. Erste Pilotprojekte sind bereits an den Standorten Gifhorn, Hannover, Leer, Uelzen und Verden gestartet oder befinden sich im Aufbau

Duale Berufsausbildungsvorbereitung

BBS I Uelzen, Berufsbildende Schulen I, Wilhelm-Seedorf-Straße 5, 29525 Uelzen

[http:// www.bbs1-uelzen.de/](http://www.bbs1-uelzen.de/)

BBS II Gifhorn, I. Koppelweg 50, 38518 Gifhorn

<http://www.bbs2-gifhorn.de/>

Dualisierte Berufsfachschule (BFS Dual)

BBS 6 der Region Hannover, Goetheplatz 7, 30169 Hannover

<http://www.bbs6-hannover.de/>

BFS Modell Leer

BBS II Leer, Blinke 39, 26789 Leer

<http://www.bbs2leer.de/>

Dualisierte Berufsfachschule – Elektrotechnik

BBS Verden, Neue Schulstraße 5, 27283 Verden

<http://www.bbsverden.de/>



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

19

Projekt zur engeren Zusammenarbeit der Akteure der beruflichen Bildung zur Qualitätssicherung:

„Lernortkooperative Fortbildung von Lehrern/Lehrerinnen und Ausbildern/Ausbilderinnen in der dualen Ausbildung von Mechatronikern/Mechatronikerinnen (LekoMech)“

Beschreibung

Ziel des Projekts ist eine nachhaltige Förderung der Qualität der Berufsausbildung durch gemeinsame fachliche sowie methodisch-didaktische Fortbildung von Lehrkräften (Berufsschule) und Ausbildern und Ausbilderinnen (Ausbildungsbetriebe). Die enge Zusammenarbeit der dualen Partner in der Berufsausbildung wird im Hinblick auf die Verknüpfung bzw. Verzahnung der betrieblichen und schulischen Lerninhalte zur Vermittlung der beruflichen Handlungsfähigkeit der Auszubildenden optimiert. Die Lernorte Berufsschule und Unternehmen sollen dadurch noch besser kooperieren. Im Rahmen der Fortbildung setzen sich die Teilnehmer mit Inhalten aus allen Berei-

chen der Mechatroniker-Ausbildung auseinander. Zu Beginn ermittelt eine lernortübergreifende Planungsgruppe bestehend aus Lehrkräften, Ausbilderinnen und Ausbildern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kammern für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer den bestehenden Fortbildungsbedarf. Dazu müssen die Lehrerinnen und Lehrer und Ausbilderinnen und Ausbilder zuerst ihre eigenen Kompetenzen im Hinblick auf vorgegebene Themenbereiche einschätzen, die Relevanz dieser Themen für den Ausbildungsberuf bestimmen und mögliche Schwerpunkte für die Fortbildungsveranstaltungen benennen. Abhängig davon, wie groß das mechatronische Kompetenzspektrum der Projektpartner ist, müssen die Projektpartner nach geeigneten Fortbildungsanbietern zusätzlich suchen. Alle lernortkooperativen Fortbildungen werden in zwei thematische Abschnitte gegliedert und an drei Tagesveranstaltungen durchgeführt. An zwei Tagen werden die fachlichen Schwerpunkte der Themen erarbeitet und an einem daran anschließenden Tag ihre didaktisch-methodische Umsetzung im Unterricht beziehungsweise in der Ausbildung.

Das Pilotprojekt ist inzwischen beendet und im Rahmen einer Begleitforschung von der Leibniz Universität Hannover evaluiert.



BBS Neustadt a. Rbge.

Begründung

Das Fortbildungskonzept eignet sich besonders, um den Ausbildungspartner besser zu verstehen, Impulse für die eigene Arbeit zu erhalten, andere Ausbildungsbetriebe bzw. die Berufsschule besser kennenzulernen, ein Gefühl der Gruppenzugehörigkeit zu entwickeln und eine offene angenehme Gesprächsatmosphäre zu schaffen.

Im Laufe des Projekts haben sich die lernortkooperativen Fortbildungen zu einer festen Größe in der dualen Ausbildung zum Mechatroniker und zur Mechatronikerin etabliert. Sowohl die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer als auch Ausbilderinnen und Ausbilder befürworten das Fortbildungskonzept, nehmen mit großem Interesse an den Fortbildungen

teil und sprechen sich durchgehend für ihre Weiterführung aus. Besonders begrüßt wird, dass im Kontext der lernortkooperativen Fortbildungen ein intensiveres Kennenlernen der Ausbildungsbetriebe und der Berufsschule erfolgt, die fachlichen und didaktisch/methodischen Kompetenzen bedarfsgerecht verbessert werden, die Lehrerinnen und Lehrer erhöhten Zugang zu betrieblichen Realitäten erhalten und die bestehende gute Lernortkooperation noch intensiviert und ausgeweitet wird.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die lernortkooperative Fortbildung zum festen Bestandteil der Lernortkooperation im Rahmen der dualen Berufsausbildung zu entwickeln, da die lernortkooperative Fortbildung flächendeckend auf alle Berufe übertragbar ist. So kann sichergestellt werden, dass Lehrkräfte (Berufsschule) und Ausbilderinnen und Ausbilder (Ausbildungsbetriebe) den stetig steigenden Anforderungen und Herausforderungen in der dualen Berufsausbildung gerecht werden und die notwendige Qualitätssicherung der Berufsausbildung gewährleistet wird. Für die Koordination und Organisation von gemeinsamen Fortbildungen und lernortübergreifenden Treffen ist die Einrichtung von Kooperationsstellen notwendig.

LekoMech

BBS Neustadt am Rübenberge
Bunsenstraße 6, 31535 Neustadt am Rübenberge
<http://www.bbs-nrue.de/>

IHK Hannover,
Schiffgraben 49, 30175 Hannover
<http://www.hannover.ihk.de/>

Continental AG Standort Hannover-Stöcken
Jädekamp 30, 30419 Hannover-Stöcken
<http://www.conti-online.com/>

Leibniz Universität Hannover,
Institut für Berufspädagogik und Erwachsenenbildung
Schloßwender Straße 1, 30419 Hannover
<http://www.ifbe.uni-hannover.de/5458.html>



IV. Berufliche Bildung und Berufsorientierung, hochschulische Bildung, Lebenslanges Lernen

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.2 Hochschulische Bildung

3.2.1 Herausforderungen

Hochschulen sind, anders als Kitas und Schulen, kein Spiegel der demografischen Entwicklung. Die Studierendenzahlen – das war zweifellos eine der größten bildungspolitischen Überraschungen der letzten Jahrzehnte – entwickeln sich nicht parallel zu den (kleiner werdenden) nachwachsenden Kohorten junger Menschen, sondern haben sich davon fast komplett abgelöst. Dafür sind mehrere Faktoren verantwortlich. Am wichtigsten ist der Megatrend größerer Bildungsbeteiligung und des Strebens nach immer höheren schulischen und hochschulischen Qualifikationen. Noch vor zwanzig Jahren schien es in Deutschland unerreichbar, die vor allem von der OECD formulierte Vorgabe für eine Akademikerquote von ca. 50 % in den jüngeren Kohorten zu realisieren. Inzwischen ist sie erreicht und die Hochschulen verzeichnen zum Wintersemester 2014/15 mit 2.698.000 die höchsten Studierendenzahlen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Insofern sind die demografischen Herausforderungen für Hochschulen komplett anders als für die meisten anderen öffentlichen Einrichtungen: Es geht nicht darum, Schrumpfung zu bewältigen, sondern Wachstum zu steuern. Schon jetzt deuten alle Prognosen darauf hin, dass die Studierendenzahlen dauerhaft hoch bleiben werden.²⁹ Deshalb ist eine auch in der Zukunft auskömmliche Hochschulfinanzierung die wichtigste Voraussetzung für die niedersächsischen Hochschulen, um mit angemessenen Infrastrukturen und guter Lehre ihren Beitrag zur Bereitstellung künftiger Fachkräfte leisten zu können. Eine wissensbasierte Gesellschaft und Wirtschaft wie die deutsche ist darauf angewiesen, dass die Talente und Fähigkeiten jeder nachwachsenden Generation optimal entwickelt und ausgeschöpft werden.

Eine so viel höhere Studierendenquote bedeutet aber auch eine qualitativ völlig anders zusammengesetzte Studierendenschaft als vor zwanzig Jahren. Sie wird, wie die gesamte Gesellschaft, älter und bunter und ist bereits zu mehr als 50 % weiblich. Studierende kommen auf unterschiedlichen Zugangswegen, über das allgemein bildende oder das Fachabitur, über eine Berufsausbildung mit anschließender dreijähriger Berufspraxis oder nach längerer beruflicher Tätigkeit, an Hochschulen; sie tragen häufiger als früher Pflegeverantwortung in Familien; sie haben häufiger eine andere Herkunftssprache als Deutsch. Willkommenskultur und Rekrutierung spezifischer Studierendengruppen (mit beruflicher Qualifikation und Erfahrung, mit Pflegeverantwortung, ohne akademischen Hintergrund, mit Einschränkungen) können die mögliche Magnetwirkung der Hochschulen für Zuwanderung und ihre Haltekraft gegen Abwanderung verstärken.

Hochschulen müssen sich insbesondere durch Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität in der Lehre auf diese veränderten Herausforderungen einstellen. Die Verstärkung der Studienqualitätsmittel in Niedersachsen ist hierfür ein wichtiger Beitrag der Landesregierung gewesen. Eine geringe Studienabbrecherquote ist bereits zu einer zentralen Kennzahl für die Bemessung von Studienqualität in Niedersachsen geworden.

Wenn das Ziel ist, unter den Bedingungen des demografischen Wandels alle Potenziale auszuschöpfen, genügt es jedoch nicht, innerhalb der Hochschule optimale Bedingungen für Studium, Lehre und Forschung zu schaffen und regionale Disparitäten zu vermeiden. Vielmehr müssen auch die Übergänge in den Blick genommen werden: Wie kann es gelingen, alle Studieninteressierten so zu unterstützen, dass sie den für sie passenden Studiengang idealerweise in Niedersachsen finden? Wie kann der Übergang aus Schule und Berufsausbildung in das Studium mit möglichst gerin-

gen Reibungsverlusten gestaltet werden, aber ebenso der Übergang nach abgeschlossenem Studium in den – so gewünscht – regionalen Beschäftigungsmarkt? Und wie können junge Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen ihr Studium nicht abschließen, den Weg in eine geeignete Berufsausbildung und damit wiederum in den regionalen Beschäftigungsmarkt finden? Letztlich braucht es ein professionelles Übergangsmanagement von der Schule in die Hochschule, damit verhindert wird, dass zu viele junge Leute dem Bildungssystem durch falsche Studienwahl oder Studienabbruch verloren gehen. Zugleich müssen die Übergänge von der Hochschule (besonders der Universität) mit und ohne Abschluss ins regionale Beschäftigungssystem systematisch flankiert werden.

Universitäten und Fachhochschulen können allerdings nur dann ihre gesellschaftliche Aufgabe als Wissensgeneratoren und Innovationsgeber erfüllen, wenn sie ihre Autonomie wahren und einen Raum für freie Forschung und Lehre bieten, der sich gegen eine arbeitsmarktorientierte sowie jede andere Instrumentalisierung sperrt. Dieses Spannungsfeld zwischen Bildungs- und Beschäftigungsorientierung kann nie ganz aufgelöst werden; es spiegelt sich in der intensiven „Bologna“-Debatte über den Gegensatz zwischen rascher Praxisorientierung und einem ganzheitlichen Wissenschaftsverständnis. Insofern darf die Rolle der Hochschulen im demografischen Wandel nicht reduziert werden auf die Qualifizierung von Fachkräften, sondern geht weit darüber hinaus. Insbesondere die Forschung in ihrer Vielfalt sichert einerseits die Konkurrenzfähigkeit der regionalen Wirtschaft und führt zu Ausgründungen, übt aber andererseits eine Magnetwirkung für junge Menschen aus und schafft Strahlkraft für eine Region.

Es wurden im Zuge der Beratungen spezifische Herausforderungen und Handlungsfelder identifiziert, die im Rahmen einer demografieorientierten Politik der

Landesregierung adressiert werden können. Diese Maßnahmen und Projekte sollten nicht den Kernbereich hochschulischer Tätigkeit (und Autonomie) in Forschung, Studium und Lehre betreffen. Denn zum einen sind hier die Handlungsmöglichkeiten der Landesregierung beschränkt, zum anderen weist jede Hochschule und Universität unterschiedliche disziplinäre, organisatorische und regionale Besonderheiten auf, auf die ihre Maßnahmen zugeschnitten sein können.

Deshalb hat die Arbeitsgruppe alle Maßnahmen, die innerhalb der Hochschule im Bereich Studium, Lehre und Weiterbildung realisierbar sind, nicht weiter erörtert, sondern sich auf solche Maßnahmen konzentriert, die von Hochschulen allein nicht umzusetzen sind, sondern nur oder aber besser und wirksamer durch das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure und ggf. ein landesweites Vorgehen. Dabei wurde der Schwerpunkt auf Empfehlungen gelegt, die einen klaren Demografiebezug und vor allem regionalen Bezug haben und die Rolle der Hochschulen als regionale Entwicklungsmotoren im demografischen Wandel stärken.



IV. Berufliche Bildung und Berufsorientierung, hochschulische Bildung, Lebenslanges Lernen

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

Vor diesem Hintergrund wurden als drei wichtigste Schnittstellenbereiche identifiziert:

Professionelles Übergangsmanagement von der Schule oder aus dem Beruf in die Hochschule

Ziel muss sein, dass Studieninteressierte dem Bildungssystem nicht durch falsche Studienwahl verloren gehen und dass möglichst viele Studieninteressierte für sie passende Studienangebote im Bereich der regionalen Arbeitsmärkte identifizieren und wählen.

Systematische Flankierung der Übergänge von der Hochschule ins regionale Beschäftigungssystem

Eine systematische Flankierung der Übergänge von der Hochschule ins regionale Beschäftigungssystem findet insbesondere im Bereich der Fachhochschulen schon statt. Hier ist die Durchführung von Praktika und die Anfertigung von Abschlussarbeiten bei regionalen Unternehmen Standard und durch die Praxisnähe der Studienangebote auch leicht realisierbar. Die Arbeitsgruppe hat jedoch festgestellt, dass in zwei Bereichen die Übergänge erheblich verbessert werden müssen: Zum einen der Übergang ohne Studienabschluss in das regionale Beschäftigungssystem; und zum anderen der Übergang von weniger praxisnahen universitären Studiengängen in den regionalen bzw. landesweiten Arbeitsmarkt. Hier setzen die Maßnahmenvorschläge an.

Willkommenskultur

Hochschulen können mehr als bisher als Magneten der Bevölkerungsentwicklung wirken, wenn sie nicht nur deutsche, sondern auch nicht deutsche Studierende systematisch anziehen und ihnen Bleibechancen eröffnen. Nach Auffassung der Arbeitsgruppe sollte sich das Land Niedersachsen für eine entsprechende Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen einsetzen.

Die nachfolgend vorgeschlagenen Maßnahmen führen zu einem klaren Mehrwert für Gesellschaft und Wirtschaft, und ihre Wirkung dauert über einen etwaigen Förderzeitraum hinweg an, d. h. sie wirken nachhaltig. Sie erfüllen darüber hinaus die Kriterien der Effizienz, d. h. sie lassen sich mit im Vergleich zu dem erzielten Nutzen relativ geringen Kosten umsetzen.

3.2.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

20

Projektvorschlag „Wege in die Hochschule – verbesserte Kooperation regionaler Berufs- und Studienorientierungseinrichtungen mit den Hochschulen vor Ort“

Beschreibung

Die erste Schnittstelle, an der sich entscheidet, ob junge Menschen den richtigen Weg in die Hochschule (oder in berufliche Ausbildungen) einschlagen, ist die Berufs- und Studienorientierung. Insofern wird hier auch auf die Darlegungen zur Berufsorientierung an anderer Stelle dieses Berichts verwiesen³⁰. Grundsätzlich sind in Niedersachsen flächendeckend Einrichtungen mit der Berufs- und Studienorientierung betraut, vor allem in den Schulen, wobei in den Gymnasien diesem Thema insgesamt zu wenig Raum gegeben wird, darüber hinaus in der Bundesagentur für Arbeit und durch zahlreiche andere Akteurinnen und Akteure.

Die Unterarbeitsgruppe Hochschulische Bildung hat ein zweistufiges Projekt entwickelt, um die Kooperation regionaler Berufs- und Studienorientierungseinrichtungen mit den Hochschulen vor Ort zu verbessern:

In einem ersten Schritt soll ausgehend von vorhandenen Primärdaten und damit kostengünstig analysiert werden, welche Informationskanäle und welche Entscheidungskriterien für Studienanfängerinnen und -anfänger in Niedersachsen am wichtigsten sind und ob sie über regionale Angebote informieren. Hierfür sollen die an allen Hochschulen vorhandenen Erstsemesterbefragungen für eine Sekundäranalyse genutzt werden.

Verlässlicher und genauer, aber wesentlich aufwendiger wäre die Durchführung einer gesonderten Erstsemesterbefragung in Niedersachsen. Dies kann durch die Ausschreibung einer entsprechenden kleinen Expertise realisiert werden.

Ausgehend von diesen Ergebnissen wird in einem zweiten Schritt empfohlen, eine geeignete Struktur zur systematischen Vernetzung und Information aller regionalen Akteurinnen und Akteure inklusive der Hochschulen in der Berufs- und Studienorientierung sowie der Studienfinanzierung zu schaffen. Diese zu strukturieren, könnte ebenfalls Teil der o. g. Ausschreibung sein. Zentraler und neuer Baustein soll dabei die flächendeckende Ausrichtung von Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen für die regionalen Akteure der Berufs- und Studienorientierung an den Hochschulen des jeweiligen Einzugsgebiets sein. Dies ist mit einem geringen Kosten- und Koordinationsaufwand möglich, zum Beispiel der Beauftragung einer vorhandenen Vernetzungsstelle wie zum Beispiel der KFSN (Koordinierungsstelle für Studieninformation und -beratung in Niedersachsen), die ohnehin gerade neu strukturiert und mit einem verbesserten Aufgabenportfolio betraut wird, und der Zurverfügungstellung geringer Sachmittel für jede Hochschule zur Ausrichtung der entsprechenden Veranstaltungen. Die Bereitschaft der Hochschulen zur Mitwirkung kann vorausgesetzt werden, da sie alle daran interessiert sind, geeignete Studierende zu gewinnen.

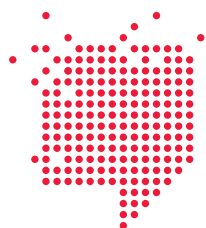


3. Empfehlungen des Zukunftsforums

Begründung

Das Zukunftsforum hat den Eindruck gewonnen, dass diese vielfältigen Akteurinnen und Akteure zu wenig mit den Hochschulen vor Ort und ihren Studienangeboten vertraut sind, neuere Entwicklungen nicht immer kennen und daher Studieninteressierte nicht immer zielführend beraten können. Das betrifft sowohl Studieninhalte (neue Technologien, neue Berufsbilder) als auch Studienorganisation (Teilzeitstudium, berufsbegleitende Studienangebote, Studium mit Anteilen von Blended Learning etc.) und Studienfinanzierung (zum Beispiel Stipendienprogramme für spezielle Zielgruppen wie Studierende der ersten Generation, beruflich qualifizierte Studierende) sowie weiteren speziellen Unterstützungsbedarf (zum Beispiel Beratung bei Kooperation oder Vertragsgestaltung mit einem Arbeitgeber, Beratung bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen).

Insbesondere wäre es wichtig, die wohnortnahen Studienangebote bekannter zu machen, da die Mehrheit der Studieninteressierten eine nicht zu weite Entfernung des Studienorts von ihrem Wohnort anstrebt. Wenn umgekehrt – vielleicht wegen ungenügender Beratung – ein weit vom Elternhaus entfernter Studienort gewählt wird, lässt sich diese Abwanderungsentscheidung des jungen Menschen häufig nicht mehr rückgängig machen. Niedersachsen verzeichnet unter allen Bundesländern den größten negativen Wanderungssaldo von Studierenden, der zudem noch von Jahr zu Jahr größer wurde und sich im Wintersemester 2011/12 auf 45.800 Studierende belief. Insofern ist sowohl aus demografischer Sicht zur Vermeidung von Abwanderung als auch zur Ausschöpfung von Talenten eine möglichst optimale Beratung über die jeweiligen regionalen Studienangebote dringend geboten. Ziel muss sein, dass allen Studieninteressierten eine transparente Information über die in ihrer Region vorhandenen Studienangebote zur Verfügung steht.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das zweistufige Projekt „Wege in die Hochschule – verbesserte Kooperation regionaler Berufs- und Studienorientierungseinrichtungen mit den Hochschulen vor Ort“, umzusetzen.

21

Projektvorschlag „Übergänge in die berufliche Bildung bei vorzeitigem Studienausstieg“

Beschreibung

Als zweiter wichtiger Übergangsbereich wurde von der Arbeitsgruppe der Übergang Studierende/Arbeitsmarkt identifiziert, und zwar insbesondere dann, wenn das Studium nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Auch dieses Thema ist nur akteursübergreifend lösbar und bedarf einer zentralen Unterstützung.

Das Zukunftsforum schlägt die Einrichtung regionaler Koordinierungs- und Beratungsstellen als eindeutige und kompetente Anlaufstelle für Studierende, die ihr Studium abbrechen wollen oder bereits abgebrochen haben, vor. Sie können eine Neuorientierung in Richtung auf berufliche Bildung unter Anerkennung der im Studium erworbenen Kompetenzen ermöglichen. Es sollten Unternehmen als Ausbildungsbetriebe für Studienabbrecherinnen und -abbrecher sowie regionale Hochschulen, Kammern, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen und andere regionale Bildungsträger als Kooperationspartner gewonnen werden. Durch diese Vernetzung könnte eine Orientierungsberatung der Studienabbrecherinnen und -abbrecher sowie die Weiterleitung an das Beratungsangebot, welches ihrer jeweiligen Problemlage entspricht, gewährleistet werden. Eine landesweite Durchführung entsprechender Projekte könnte in die Operationellen Programme der neuen ESF-Förderperiode integriert werden, wobei sowohl die durch das Land zu verantwortende zentrale Öffentlichkeitsarbeit als auch die regionalen, möglichst flächendeckenden Projekte gefördert werden könnten.

Begründung

Nach wie vor verlassen durchschnittlich 28 % der Bachelor-Anfänger ohne Abschluss die Hochschule. Diese Studienaussteigerinnen und -aussteiger sind viel zu oft für eine qualifizierte Berufstätigkeit verloren, weil sie nicht den Weg in alternative berufliche Ausbildungsgänge finden. Seitens der Hochschulen allein kann das Thema Studienabbruch nur schwer adressiert werden. Denn die Studienaussteigerinnen und -aussteiger verlassen die Hochschule, haben meist auch zuvor schon keine Beratungsangebote wahrgenommen und wollen anschließend von der Hochschule auch nicht mehr kontaktiert werden. Eine „präventive“ Information der Studienanfängerinnen und -anfänger über alternative Wege bei Studienausstieg ist durch die Hochschulen selbst ebenfalls nicht zu leisten, denn sie steht dem Ziel der möglichst geringen Abbrecherquoten diametral entgegen und spielt deshalb zwangsläufig eine sehr untergeordnete Rolle.

Vor allem aber ist das Thema Studienabbruch tabuisiert; es wird, wie der Begriff „Studienabbruch“ schon andeutet, ausgesprochen negativ gesehen, als individuelles und institutionelles Versagen gedeutet, und nicht als das, was es ist: einer von vielen Übergängen in der Berufsorientierung junger Erwachsener. Um diese negative Konnotation zu bekämpfen, ist daher zentrales Handeln vonnöten, zum Beispiel eine gezielte Kampagne zum „Reframing“ des Studienabbruchs als Studienausstieg und Chance zur Neuorientierung – auf die berufliche Bildung hin oder auch auf alternative Studiengänge oder Hochschulformen. Eine solche landesweite Öffentlichkeitsarbeit kann zu einem notwendigen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel beitragen, damit Studienausstieg nicht als Scheitern, sondern als beruflicher Neustart konnotiert wird. Wenn dies gelingt, könnten dem Ausbildungsmarkt jährlich Tausende gut qualifizierte junge Leute zugeführt werden und diesen wiederum attraktive berufliche Perspektiven eröffnet werden.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Übergänge in die berufliche Bildung bei vorzeitigem Studienausstieg durch die Einrichtung regionaler Koordinierungs- und Beratungsstellen sowie durch eine gezielte Kampagne zum „Reframing“ des Studienabbruchs als Studienausstieg und Chance zu unterstützen.



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

22

„Übergänge von den Universitäten in das regio- nale Beschäftigungssystem verbessern“

Beschreibung

Im Allgemeinen und auch in Niedersachsen finden Hochschulabsolventinnen und -absolventen weitgehend problemlos ihren Weg in den – auch regionalen – Arbeitsmarkt. Das gilt in praktisch allen wirtschaftsnahen und technischen Studiengängen unabhängig

von der Hochschulform sowie generell an den Fachhochschulen. Aber in den wirtschaftsferneren Fächern (Kunst-, Kultur-, teilweise Sozialwissenschaften) der Universitäten gibt es in aller Regel kaum oder nur zufällige Verbindungen zu regionalen Unternehmen. Die Hemmnisse zur Kontaktaufnahme sind beiderseitig – weder gibt es in diesen Fächern eine Tradition des Kontakthaltens zu Unternehmen der Region noch haben die betreffenden Unternehmen eine Vorstellung, welche Aufgaben diese jungen Akademikerinnen und Akademiker bei ihnen übernehmen könnten.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung die Initiierung eines Pilotprojekts, um die oben beschriebenen Hemmnisse zur Kontaktaufnahme zu beseitigen: Ein Praktikumsprogramm im Mittelstand für die Absolventinnen und Absolventen nicht so wirtschaftsnaher Studienrichtungen. Empfohlen wird, hierzu ein bis zwei (kostengünstige) Pilotprojekte für Universitäten auszuloben, anschließend zu evaluieren und ggf. die Ergebnisse in künftige Zielvereinbarungen einfließen zu lassen.

23

Projektvorschlag „Entwicklung von Studium Generale/Schlüsselkompetenz-Modulen zur

Erleichterung und Beförderung des Praxisdialogs und im Hinblick auf die zukünftige Verantwortung der Absolventinnen und Absolventen für ein demografiegerechtes Personalmanagement“

Beschreibung

Schon vor dem Eintritt ins Berufsleben sollte Studierenden ein erweiterter Einblick in die Arbeitswelt eröffnet werden. Im Austausch mit Betriebs- und Personalräten und Tarifvertragsparteien können im Studium Kenntnisse zu Arbeitsbeziehungen, Mitbestimmung etc. an konkreten Beispielen vermittelt werden. Ebenso sollten dabei die Kompetenzen jener Studierenden aufgegriffen werden, die bereits über eine betriebliche Ausbildung bzw. Erfahrungen aus ihrer beruflichen Tätigkeit verfügen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Teilfächer zu definieren, in denen Praxisdialoge in jedem Studiengang an den niedersächsischen Hochschulen realisiert werden können. Dazu bedarf es auch der Förderung von Modellprojekten durch das Land. Das Zukunftsforum empfiehlt, geeignete Akteurinnen und Akteure mit der Entwicklung und Durchführung solcher Module wie beispielsweise „Arbeitsbeziehungen“ zu betrauen. Ebenso sollte ein Modul zum Thema „Demografiegerechtes Personalmanagement“ entstehen, das – u. U. auch als Blended-Learning-Modul oder durch Vermittlung von Lehrbeauftragten – an allen niedersächsischen Hochschulen im Rahmen des jeweiligen Studium generale – oder Schlüsselkompetenzen-Studienbereichs angeboten werden kann.

Begründung

Die niedersächsischen Hochschulabsolventinnen und -absolventen sind zugleich potenzielle zukünftige Führungskräfte der niedersächsischen Unternehmen. Sie werden dann die Verantwortung dafür tragen, in ihren Unternehmen und Organisationen Fach- und Führungskräfte zu gewinnen, zu halten und auch mit alternden Belegschaften produktive und innovative Arbeitsweisen zu verstetigen.



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

24

„Verbesserte akademische Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs“

Beschreibung

Niedersachsen muss gute Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs schaffen, um wissenschaftlich konkurrenzfähig und innovativ zu bleiben und die besten Talente im Land zu halten oder ins Land zu ziehen. Die niedersächsischen Hochschulen (insbesondere die Universitäten) müssen in die Lage versetzt werden, sich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und im verschärften internationalen Wettbewerb um herausragende junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu behaupten. Die Karrierewege sind derzeit allein auf das Ziel „Professur“ ausgerichtet. Während die Zahl der Stellen für eine wissenschaftliche Qualifizierung in den vergangenen Jahren kräftig angestiegen ist, blieb die Zahl der Dauerstellen auf dem gleichen Niveau. Ein hoher Anteil an befristeten Arbeitsverträgen ist die Folge. Die Vereinbarkeit von Studium bzw. Beruf und Familie ist nicht gegeben; eine entsprechend niedrige Geburtenrate unter Akademikerinnen die Folge. Für Karrieren mit dem Ziel Professur haben sich damit die Chancen insgesamt deutlich verschlechtert. Da die Berufung auf eine unbefristete Professur in Deutschland im Durchschnitt derzeit erst im fünften Lebensjahrzehnt erfolgt, erweisen sich wiederholte und längerfristige Tätigkeiten auf befristeten Haushaltsstellen und Drittmittelstellen häufig erst sehr spät als Sackgassen.

Das hat auch Nachteile für den außeruniversitären Arbeitsmarkt, der ein Interesse daran hat, qualifizierte Personen frühzeitig im Verlauf ihrer Berufsbiografie zu gewinnen, insbesondere in Bereichen mit Fachkräftemangel.

Begründung

Deshalb begrüßt das Zukunftsforum Niedersachsen die „Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten“ des Wissenschaftsrats vom 11.07.2014³¹ sowie den „Orientierungsrahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nach der Promotion und akademischer Karrierewege neben der Professur“ der Hochschulrektorenkonferenz.³²

Durch die Verstetigung der Hochschulpaktmittel bietet sich jetzt die Chance, die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse in Niedersachsen nachhaltig zu verringern. Zentrale Maßnahmen sind im Koalitionsvertrag bereits benannt: die Stärkung der Juniorprofessur als Karriereweg und der Ausbau der Option des Tenure Track, die Aufhebung der Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz, verbindliche Vereinbarungen mit den Hochschulen über Qualitätsstandards zur Betreuung von Doktorandinnen und Doktoranden (ist bereits geschehen), eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung der Hochschulen, um finanzielle Spielräume für die Schaffung unbefristeter Stellen für Daueraufgaben in Forschung und Lehre zu schaffen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, sich bei der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung an den oben genannten Empfehlungen des Wissenschaftsrats und der Hochschulrektorenkonferenz zu orientieren; sowohl an Universitäten wie an Fachhochschulen und für alle Statusgruppen.³³

25

„Hochschulen als Bevölkerungsmagneten durch erweitertes Bleiberecht“

Beschreibung

Der vermehrte Zustrom von Flüchtlingen nach Europa und Deutschland und der schon vorhandene oder absehbare zukünftige Mangel an Fachkräften haben die Diskussion um eine gesteuerte Zuwanderung nach Deutschland belebt. Aber schon jetzt funktionieren die niedersächsischen und deutschen Hochschulen als „Bevölkerungsmagneten“ und gewinnen gezielt Talente aus dem Ausland. Diese Funktion von Hochschulen könnte bedeutend gestärkt (und auf die berufliche Bildung ausgeweitet) werden, wenn das Bleiberecht für ausländische Studierende erweitert werden würde. Denn um in einem deutschsprachigen Studiengang einer niedersächsischen Hochschule regulär eingeschrieben zu werden, müssen bereits erhebliche Hürden überwunden werden: eine anerkannte Studienzugangsberechtigung und ein Sprachtest auf hohem Niveau. Wer an einer niedersächsischen Hochschule erfolgreich studiert, hat damit optimale Integrationschancen in den deutschen Arbeitsmarkt. Im günstigsten Falle könnte die Eröffnung eines breiten und attraktiven Zugangswegs „Bildung“ nach Deutschland an die Stelle anderer, illegaler und lebensgefährlicher Zugangswege treten.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, alle landesrechtlichen Möglichkeiten zur Arbeitsmarkteinmündung für internationale Studierende auszuschöpfen und sich zusätzlich im Wege einer Bundesratsinitiative für ein erweitertes Bleiberecht ausländischer Studierender und Absolventinnen und Absolventen einer dualen Berufsausbildung einzusetzen.

Begründung

Auf diese Weise könnte Deutschland gezielt qualifizierte Fachkräfte mit guten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration auf den regionalen Arbeitsmärkten gewinnen und zugleich das Studium an deutschen Hochschulen für ausländische Studierende attraktiver machen.

Eckpunkte eines erweiterten Bleiberechts könnten sein: Die Regelung gilt nur für deutschsprachige Studiengänge und Einschreibung auf Basis eines in Deutschland oder bei einem Goetheinstitut absolvierten Sprachtests. Ein befristetes Bleiberecht mit Arbeitserlaubnis wird bereits durch ein erfolgreich absolviertes Studienjahr an einer deutschen staatlichen Hochschule erworben, wobei der Erfolg durch den Erwerb von mindestens 60 Credits definiert wird. Ein unbefristetes Bleiberecht mit Arbeitserlaubnis kann ohne weitere Bedingungen nach erfolgreichem Bachelor- oder Master-Abschluss oder nach einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung gewährt werden.



IV. Berufliche Bildung und Berufsorientierung, hochschulische Bildung, Lebenslanges Lernen

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.3 Lebenslanges Lernen

3.3.1 Herausforderungen

Insbesondere im Bereich des Lebenslangen Lernens ist ein multidimensionales Verständnis von Bildung essenziell, das die unterschiedlichen Perspektiven von Individuen, Arbeitgebern und Gesellschaft sowie deren differenzierten Bedürfnisse, Bedarfe und Anforderungen berücksichtigt. Ausdrücklich unterstreicht die Arbeitsgruppe die Bedeutung nicht nur einer beruflichen Weiterbildung, sondern auch einer kulturellen, sozialen und gemeinwohlorientierten Bildung, die sowohl informell³⁴ als auch nicht formal sein kann.³⁵

Der folgende Absatz verdeutlicht das gemeinsame Grundverständnis der Unterarbeitsgruppe Lebenslanges Lernen:

Grundlage für Freiheit und Gleichheit in einer demokratischen Gesellschaft sind aufgeklärte und gebildete Menschen. Zukünftiges friedvolles Sein menschlicher Gemeinschaften, regional, national und global betrachtet, wird im Wesentlichen bestimmt sein von umfassender Bildung aller Generationen. Die Entwicklung der Gesellschaft ist von raschem Wandel und Komplexität gekennzeichnet. Gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen spiegeln sich in allen gesellschaftlichen Systemen wider.

Unter Bildung versteht die Unterarbeitsgruppe „Lebenslanges Lernen“ den lebensbegleitenden Entwicklungsprozess des Menschen, in dem er seine geistigen, seelischen, körperlichen, kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten sowie seine personalen und sozialen Kompetenzen erweitert. Bildung heißt, sich ein „Bild“ von seinem Leben, d. h. ein Verständnis von der Welt und der eigenen Stellung in ihr, zu machen, dieses zu entwickeln und weiterzureichen. Ziel von Bildungsmaßnahmen ist, Menschen zu begleiten, als selbst-

ständige, problemlösungsbereite und entscheidungsfähige Persönlichkeiten ihre gegenwärtigen und zukünftigen Lebenssituationen zu bewältigen und selbstverantwortlich zu gestalten.

Im Bildungsverständnis der Unterarbeitsgruppe „Lebenslanges Lernen“ ist Bildungsarbeit immer den Werten sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Gemeinwohl verpflichtet. Deshalb steht die Bildungsarbeit für menschenwürdiges Miteinander, für Toleranz und Fairness, Respekt und gegenseitige Wertschätzung, Vertrauen und Ermutigung. Die Zukunftsfähigkeit menschlicher Gemeinschaften wird abhängig sein von den „umfassend gebildeten“ Möglichkeiten seiner Individuen. Bildung macht handlungsfähig: Wer die Systeme, in denen er sich bewegt, versteht, kann diese verändern.

Auf Basis dieses Grundverständnisses lassen sich die wesentlichen Herausforderungen, um das Weiterbildungssystem für den demografischen Wandel zu rüsten, in vier Bereiche fassen:

Übergänge und Strukturen

Der Anspruch eines Lebenslangen Lernens ist, eine lange und vor dem Hintergrund der Alterung der Gesellschaft immer länger werdende Zeitspanne zu gestalten und vielfältigen Bildungsbiografien Rechnung zu tragen. Dies erfordert koordinierte Strukturen, also die Koordinierung von Akteurinnen und Akteuren, Themen, Zielsetzungen und Bestätigungssystemen. Diese Koordinierung soll auch dazu beitragen, bestehende Unübersichtlichkeiten des Angebots zu reduzieren, Anerkennungssysteme zu systematisieren und neue Modelle für die Weiterbildung zu entwickeln (zum Beispiel Offene Hochschule).

Regionale Strukturen

Ein entscheidender Standortfaktor wird sein, wie es Regionen gelingt, junge Menschen mit guten Startbe-

dingungen in das Erwerbsleben zu führen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Herausforderungen ihres Erwerbslebens bei Bedarf weiterzubilden. Da Bildung „vor Ort“ stattfindet, ist die Kooperation sämtlicher regionaler Akteurinnen und Akteure (Bildungs- und Beratungseinrichtungen, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen) notwendig, denn die regionalen Verantwortlichkeiten sind breit gefächert – gerade bei einem breit verstandenen Bildungsbegriff. Um diese regionale „Bildungsinfrastruktur“ zu schaffen, sind ein qualifiziertes Bildungsmanagement und -monitoring Voraussetzung.

Neue Gruppen für die Weiterbildung erreichen

Bei sinkenden Bevölkerungszahlen und vielfältigerer Zusammensetzung der Gesellschaft muss die Zugänglichkeit zu Weiterbildungsreinrichtungen für alle Bevölkerungsgruppen erleichtert und die Durchlässigkeit der Säulen des Bildungssystems ermöglicht werden. Hierzu bedarf es Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie Informations- und Finanzierungsmöglichkeiten für Personenkreise, die die bestehenden Angebote bislang wenig nutzen. Dabei stellt sich auch die Frage nach geeigneten Anreizstrukturen. Gleichzeitig sollten Weiterbildungsangebote verstärkt so gestaltet werden, dass sie einen zeitlich und räumlich flexiblen Zugang ermöglichen (digitales und Distanzlernen), um besser an den Bedürfnissen in unterschiedlichen Lebensphasen (zum Beispiel Menschen in Elternzeit) oder Wohnorten (ländliche Räume bzw. räumlich immobile Personen) orientiert zu sein. Zudem gilt es, differenzierte Weiterbildungsangebote anzubieten, die an unterschiedlichsten Bildungsbedürfnissen ausgerichtet sind (zum Beispiel Grundbildung, spezialisierte Fachkenntnisse). Gleichzeitig müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden, um solche differenzierten Angebote vorhalten zu können (zum Beispiel Verfügbarkeit von Breitband-Internetzugang in ländlichen Regionen, Regeln zur Lehrdeputatsanrechnung bei hochschulischen Weiterbildungsmaßnahmen etc.).

Qualität der Einrichtungen und Angebote

Um ihrer (steigenden) Bedeutung besser gerecht werden zu können und den zuvor benannten Herausforderungen des demografischen Wandels gewachsen zu sein, bedarf es einer weiteren Qualifizierung und Modernisierung von Weiterbildungs- und Fortbildungseinrichtungen sowie eines klaren Qualitätsbekenntnisses (Selbstverständnis) der Bildungsanbieter. Auch ist es im Hinblick auf zunehmende räumliche Mobilität und Vielfalt der Angebote notwendig, die Zertifizierung, Akkreditierung, Anerkennung und Anrechenbarkeit von Weiterbildungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Unter Berücksichtigung der erarbeiteten Herausforderungen und Kriterien wurden insgesamt 30 Projekte, Maßnahmen bzw. Vorhaben benannt, die geeignet sind, in dem Bereich „Lebenslanges Lernen“ den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden. Aus diesen Vorschlägen wurden insgesamt drei beispielhafte Ansätze ausgewählt.

Basis für diese Auswahl waren eine Reihe von selbstdefinierten Leitfragen (Kriterien):

- Verfolgt der Lösungsansatz eine individuelle Perspektive?
- Ist eine überregionale Umsetzung möglich?
- Werden alle (regionalen) Ressourcen mobilisiert und vorhandene Strukturen einbezogen?
- Schafft die Maßnahme Mitverantwortlichkeit und erreicht sie Legitimität?
- Wie zielgruppenspezifisch, adressaten- und bedarfsgerecht ist eine Maßnahme? Sind Erreichbarkeit und Reichweite angemessen?
- Existieren spartenspezifische Qualitätsstandards und Qualitätsmanagementkonzepte?
- Erleichtert die Maßnahme den Transfer erworbener Kompetenzen?



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.3.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge



Projekt „Ausweitung der Projektidee Mint 2.0“

Beschreibung

Ziel dieses Pilotprojekts MINT 2.0 ist die berufliche Reintegration von Menschen nach der Familienphase, insbesondere in MINT-Berufe. Diese Maßnahme soll die regionale Fachkräftesicherung unterstützen und adressiert somit die Herausforderung Übergänge und Strukturen mit einer Genderperspektive.

Die Zielgruppe des Vorhabens sind Berufsrückkehrende mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss aus dem bautechnischen Bereich oder mit kaufmännischer oder naturwissenschaftlich-technischer Ausbildung. In 15 Monaten absolvieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – je nach Fachlichkeit – Unterrichts- bzw. Studieneinheiten der Kreisvolkshochschule Holzminden und der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminden/Göttingen (HAWK). Ergänzend werden die Teilnehmenden durch ein individuelles Coaching begleitet. Den Abschluss findet die Weiterbildung in einer betrieblichen Praxisphase. Nach abgeschlossener Prüfung sind die Teilnehmenden somit wieder auf dem aktuellen Stand ihres Wissensgebiets.

Das Pilotprojekt lief vom 01. Dezember 2013 bis 31. Juli 2014, die reguläre Maßnahme läuft von September 2014 bis November 2015.

Das Projekt verfolgt einen innovativen Ansatz, um Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrern das nötige aktuelle Fachwissen und damit Selbstsicherheit für

den Wiedereinstieg zu vermitteln. Mit seinem Fokus auf MINT-Berufe adressiert das Vorhaben einen äußerst relevanten Fachbereich des aufgrund des demografischen Wandels erwarteten regionalen Fachkräftemangels. Dabei wird mit der Zielgruppe „junge Eltern“ im MINT-Bereich vielfach immer noch junge Mütter – zudem eine bislang zu wenig berücksichtigte Gruppe anvisiert.

Die Teilnehmenden nehmen im Rahmen der Maßnahme zu maximal 10 % auch am regulären Studienangebot der Hochschule teil, d. h., sie besuchen dann mit jungen Schulabsolventinnen und -absolventen gemeinsam die Vorlesungen und Übungen, was zu einem produktiven und geschätzten Austausch untereinander führt.

Alle Teilnehmenden durchlaufen ein spezifisches Studienprogramm mit den dann seitens der Hochschule geforderten Prüfungsleistungen. Im Vorläufer-Projekt „Perspektive MINT“ haben alle Teilnehmenden – zum Teil entgegen der Vermutung der Lehrenden – die Prüfungsleistungen bestanden. Damit baut dieses Projekt Vorurteile von Lehrenden gegenüber der Leistungs- sowie Durchhaltefähigkeit älterer und berufserfahrener Studierender ab.

Durch die betriebliche Praxisphase ist ein Einsatz des vorhandenen und erworbenen Wissens in der Praxis möglich. Während dieser Phase können Unternehmen die Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit der Teilnehmenden kennenlernen. Neben einem Vorurteilsabbau gegenüber dem Vorhaben, in so kurzer Zeit, Wissen zu aktualisieren, kann hier auch für Teilzeitarbeitsmodelle geworben werden, also für flexible Arbeitszeitmodelle in beiderseitigem Interesse.

Begründung

Insgesamt trägt das Projekt dazu bei, die in der Region vorhandenen „Schätze“ (gut ausgebildete Menschen in bzw. nach der Familienphase) zu heben und in der Region zu halten.

Durch die Kooperation eines Bildungsträgers (VHS) mit einer Hochschule ist das Vorhaben beispielhaft

und überall dort umsetzbar, wo eine enge personelle, inhaltliche und räumliche Zusammenarbeit eines Bildungsträgers mit einer Hochschule erreicht werden kann – auch in eher ländlich geprägten Räumen. Gerade diese Zusammenarbeit ermöglicht zudem eine Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Hochschul- und Erwachsenenbildung.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung die Ausweitung der Projektidee Mint 2.0 auf andere Standorte zu unterstützen. Darüber hinaus könnten weitere Zielgruppen anvisiert werden, wie zum Beispiel Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer weiterer Berufsrichtungen (MINT-Feld oder anderer Bereiche) oder ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wichtig ist die Erstellung eines Finanzierungskonzepts, das die Kosten für die Durchführung der Weiterbildung, die Anpassungskosten bei den Bildungsträgern und der Hochschulen sowie den Aufwand der Lernenden berücksichtigt.

Für den Transfer der Maßnahme an andere Orte ist ein Zusammenbringen der wesentlichen Akteurinnen und Akteure (Bildungsträger, Hochschule, Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften, Agentur für Arbeit etc.) im Vorfeld sinnvoll.

MINT 2.0

Kreisvolkshochschule Holzminden, Neue Straße 7, 37603 Holzminden

<http://www.kreisvolkshochschule.de/projekte/perspektive-mint>

Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminden/
Göttingen, Hohnsen 4, 31134 Hildesheim

http://www.hawk-hhg.de/holzminden/193461_203923.php#faq



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

27

Projekt „Bildung trifft Wirtschaft – KomBi-Land- schaft Hildesheim: die öffentliche Verantwortung für Bildung, zukunftsfähige Ausbildung und Berufsperspektiven“

Beschreibung

Das Projekt (KomBi = kommunale Bildungslandschaft) will einen Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zukunftssicherung der Region leisten, indem eine umfassende Bildungs- und Beratungsstruktur geschaffen wird, die alle relevanten Akteurinnen und Akteure vernetzt, Verantwortlichkeiten und Engagement stärkt, Ressourcen gemeinsam nutzt, Parallelstrukturen abbaut und bislang ungenutzte Potenziale weckt. Damit fokussiert das Vorhaben die Herausforderung regionaler Strukturen und insbesondere das Querschnittsthema regionale Fachkräftesicherung, wobei die integrierten Maßnahmen auch geeignet sind, Diversity-/Integrations- und Genderaspekte zu adressieren.

Das Kernziel des Vorhabens liegt in der Förderung einer kommunalen Daseinsvorsorge und einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zukunftssicherung, die räumlich gebunden ist, Lebensweltnähe hat, Bürgersinn und Engagement unterstützt und die regional agierenden Akteurinnen und Akteure in die Verantwortung nimmt.

Dabei gilt es, Unterstützungs- und Förderungsmöglichkeiten in Bildungs- und Beschäftigungsbereichen zu entwickeln, lokale Übergangssysteme aufeinander abzustimmen und somit nachhaltig den Strukturaufbau von Fachkräften zu fördern sowie Informations- und Interaktionsflüsse gezielt zu organisieren und zu steuern. Kommunale Haushalte können durch die Freisetzung von Synergieeffekten entlastet werden, denn wo Akteurinnen und Akteure verantwortlich miteinander agieren, werden überflüssige Parallelstrukturen abgebaut und ungenutzte Potenziale mit einem effizienten Einsatz von Mitteln ausgeschöpft.

Dabei sollen vor allem inklusive Sozialräume geschaffen werden, die Kinder und Jugendliche von der Kita bis in den Berufseinstieg begleiten und formale wie

informelle Bildungsangebote bieten. Unter Einbindung schulischer und außerschulischer Träger sowie von Akteurinnen und Akteuren der kommunalen Gebietskörperschaft werden Übergänge in Form eines pluralen lokal-regionalen Nebeneinanders von Übergangswegen gestaltet, die zum Beispiel in den Aufbau einer Willkommenskultur, einer stetigen berufsbegleitenden Weiterbildung mit neuen Lernformaten und einer Fachkräftesicherung für die Region münden.

Die dafür notwendige Transparenz wird über die Erstellung einer Datenbank erreicht, die unterschiedliche Bildungsangebote, Bildungs- und Wirtschaftsinitiativen, Kita- und Schuldaten, Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen etc. vereint und für alle Akteurinnen und Akteure zugänglich ist. Der Nutzwert der Datenbank liegt vor allem in der Möglichkeit fundierter Analysen des regionalen Handlungsbedarfs (strategische Situationsanalysen, SWOT-Analysen etc.), um das gesicherte Wissen in gute und brauchbare Formen und Verfahren für die kommunale Koordinierung und lokale Verantwortung zu bringen.

Mit dem zeitgleichen Aufbau eines „Zentrums für selbstgesteuertes Lernen“, dessen Lern- und Informationsformate die Möglichkeit bieten, sich berufsbegleitend weiterzubilden und zu qualifizieren, ältere Menschen in der Region zu erreichen oder junge Menschen für digitale Lernformate zu interessieren, wird ein Instrument für Bürgerbeteiligungsverfahren geschaffen, in dem die Zivilgesellschaft motiviert wird, ihre Interessen zu vertreten.

Zusammenfassend soll die gemeinsame Nutzung von Ressourcen aller Kooperationspartner der KomBi-Landschaft die Chance bieten, auf individuelle Bedarfe und spezifische regionale Problemlagen zu reagieren. Hierzu zählen u. a. niedrigschwellige Bildungs- und Ausbildungsangebote, die den inklusiven Bildungsansatz berücksichtigen, verbesserte Maßnahmen zur Erreichung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Familien sowie Angebote zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Koordinierte Formen der Berufsorientierung und berufsbegleitenden Weiterbildung zwischen den Akteurinnen und Akteuren sollen ermöglicht werden, um eine verbesserte Fachkräftesicherung vor Ort zu erreichen. Dazu zählen die Verbesserung der Bildungsberatung mit Blick auf die eigene Steuerung individueller Bil-

dungs- und Handlungskompetenzen genauso wie passgenauere Vermittlungsmöglichkeiten auf dem regionalen Arbeitsmarkt aufgrund von Analysen, die die konkreten Fachkräftebedarfe in den Unternehmen vor Ort erhoben haben.

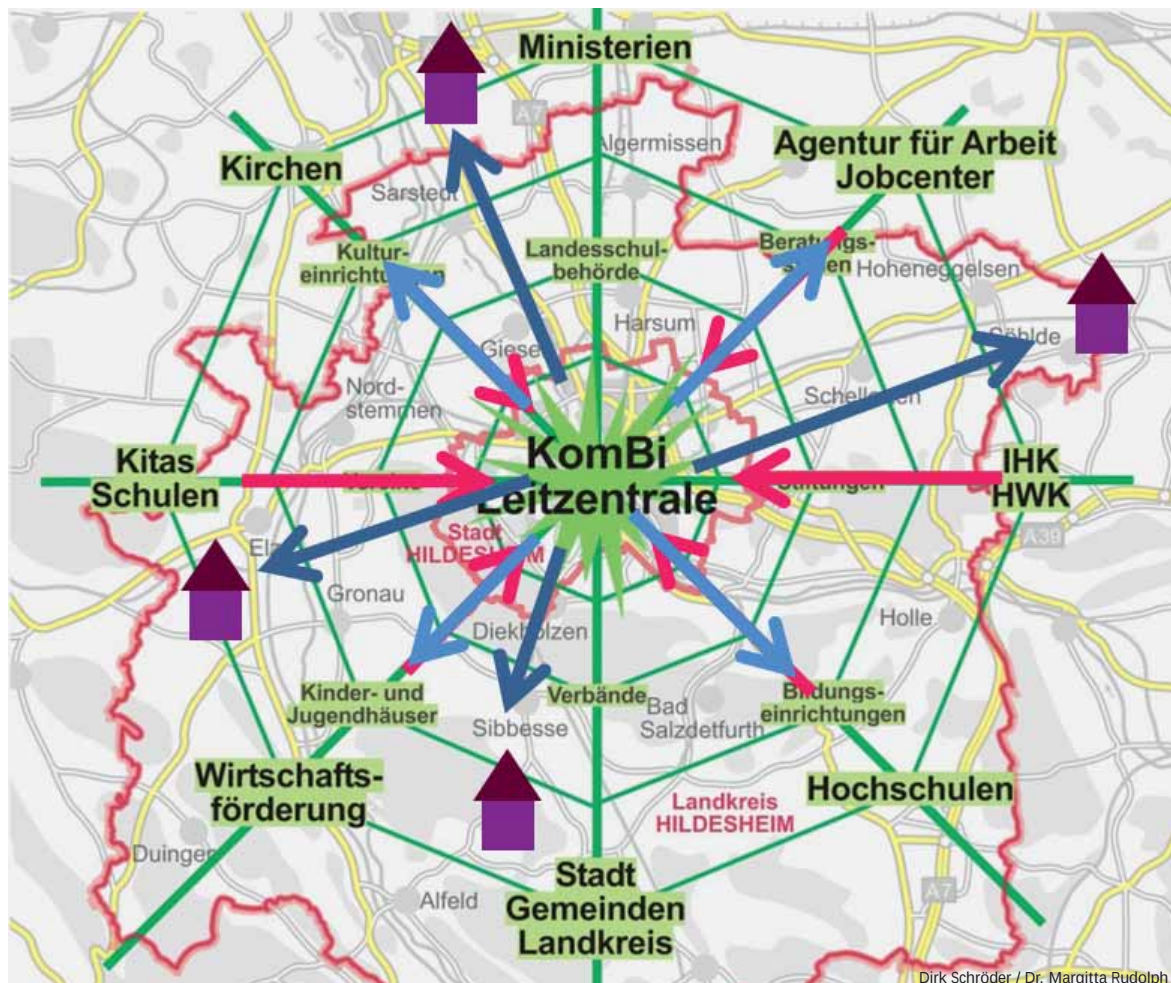
Die Entwicklungs- und Handlungsstrukturen im regionalen Raum sind durch die hohe eigenverantwortliche Beteiligung der Akteurinnen und Akteure nachhaltig angelegt.

Das Pilotvorhaben ist zunächst auf 3 Jahre (2015-2018) angelegt.

Begründung

Das Projekt verfolgt einen umfassenden übergeordneten und strukturellen Ansatz der regionalen Entwicklung vor dem Hintergrund der demografischen Verän-

derungen. Ziel ist die Aktivierung und Integration weiterer Bevölkerungsteile in das Konzept des lebenslangen Lernens durch einen koordinierten und verantwortungsvollen Ansatz aller beteiligten Akteurinnen und Akteure. Es gelingt dabei, Bildungs- und Wirtschaftsinteressen so zu verzahnen, dass Persönlichkeitsbildung (individuelle Kompetenzen und Entwicklungspotenziale) und wirtschaftlicher Nutzen (Fachkräftesicherung) vereinbar sind. Das Kernziel ist eine kommunale Daseinsvorsorge und eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunftssicherung, die an die Region gebunden ist, Lebensweltnähe hat sowie Bürgersinn und Engagement fördert. Dabei werden Unterstützungsinstrumente und Fördermöglichkeiten entwickelt (lokale Übergangssysteme) und aufeinander abgestimmt, um Informations- und Interaktionsflüsse zu organisieren und zu steuern.





3. Empfehlungen des Zukunftsforums

Das Projekt ist flächendeckend umsetzbar. Die entwickelten Strukturen und Prozesse können auf andere Regionen übertragen werden. Dabei entscheidet jede Region individuell, welche Inhalte und regionalspezifischen Aspekte in das Netzwerk eingespeist werden. Die zum Teil stark divergierenden demografischen Veränderungen in den Regionen Niedersachsens können in dieser Struktur von den Bildungs- und Wirtschaftsakteuren berücksichtigt werden. Bevölkerungszuwächse in den Städten und schrumpfende Kommunen liegen oft nahe beieinander, sodass Kommunen mit dieser großen Heterogenität umgehen müssen. Unabhängig gilt für alle Kommunen, dass sie sich einem zunehmenden Wettbewerb um Einwohner, Arbeitsplätze und gute Lebensbedingungen stellen müssen. Die tief greifende Veränderung der Altersstrukturen, die Internationalisierung der Bevölkerung und die heterogenen so-

zioökonomischen Bedingungen bezogen auf u. a. Arbeitsplatzentwicklung und Bildungsniveau sind wichtige Entwicklungstrends, die identifiziert, analysiert und bearbeitet werden müssen.

Für die Ausgangsfragen des Projekts „Warum sollen sich junge Menschen, Familien, Berufstätige, Senioren/Seniorinnen entscheiden, in einer bestimmten Region wohnen und arbeiten zu wollen? Was bietet diese Region an attraktiven Standortfaktoren in den Bereichen Bildung und Wirtschaft?“ stellt die Zentralisierung von Bildungs- und Wirtschaftsdaten eine Grundvoraussetzung für kommunale und branchenspezifische Analysen dar, die zu gelingenden Handlungsansätzen und inhaltlichen bzw. kooperativen Initialzündungen für Zukunftsreflexionen in den Regionen führen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, vergleichbare Vorhaben wie die KomBi-Landschaft Hildesheim – auf der Basis regionsspezifischer Analysen und Anpassungen unter Berücksichtigung der Empfehlungen zur Vernetzung der informellen Bildungsangebote mit den Bildungslandschaften – in anderen Regionen zu fördern, wenn das kürzlich gestartete Pilotprojekt die definierten Ziele erfüllt.

Die derzeit von der Landesregierung geförderten Bildungsregionen und die größer angelegten und um andere Aspekte ergänzten KomBi-Landschaften sollten konzeptionell verzahnt und wenn sinnvoll verschmolzen werden.

KomBi-Landschaft Hildesheim

VHS Hildesheim gGmbH, Pfaffenstieg 4-5, 31134 Hildesheim

<http://www.vhs-hildesheim.de/>

Kooperationspartner:

Handwerkskammer Südostniedersachsen
Braunschweiger Straße 53, 31134 Hildesheim

IHK Hannover, Geschäftsstelle Hildesheim
Hindenburgplatz 20, 31134 Hildesheim

Agentur für Arbeit Hildesheim
Am Marienfriedhof 3, 31134 Hildesheim

Jobcenter Hildesheim
Am Marienfriedhof 3, 31134 Hildesheim

Stiftungsuniversität Hildesheim
Universitätsplatz 1, 31141 Hildesheim

HAWK
Hohnsen 4, 31134 Hildesheim

28

Projektvorschlag „Unterstützung der Zuordnungen nicht-formal³⁶ und informell³⁷ erworbener

Kompetenzen im Rahmen des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR)“

Beschreibung

Die Maßnahme adressiert die Herausforderung Qualität der Einrichtungen und Angebote. Ziel ist eine strukturierte Vorbereitung von Zuordnungen nicht-formal und informell erworbener Kompetenzen im Rahmen des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR). Dabei sollen alle Bildungsbereiche (Kultur, außerschulische Bildung und Jugend, Soziales, Sport, Gesundheit, betriebliche Weiterbildung) einbezogen werden und so der Transfer erworbener Qualifikationen und Kompetenzen ermöglicht werden (Mobilität).

Ein Verfahren für die Zuordnung nicht-formal und informell erworbener Kompetenzen gibt es in Deutschland bislang nicht. Zwar arbeitet eine Expertenarbeitsgruppe an Vorschlägen für Kriterien und Verfahrensweisen einer möglichen Zuordnung im Bereich der nichtformal erworbenen Qualifikationen und hat diesbezüglich dem AK DQR bereits Vorschläge für sieben Weiterbildungsmaßnahmen vorgelegt. Jedoch erscheint es unrealistisch, dass für die Vielzahl von Weiterbildungsmaßnahmen, die im nichtformalen Bereich angeboten werden, diese Expertengruppe dauerhaft und flächendeckend Empfehlungen entwickeln kann.

In Niedersachsen gibt es eine Vielzahl von Bildungsanbietern (Kultur, außerschulische Bildung und Jugend, Soziales, Sport, Gesundheit, berufliche Weiterbildung, Erwachsenenbildung), die einen großen Anteil am

nicht-formal Bildungsangebot ausmachen, deren Angebote bislang jedoch nicht zugeordnet wurden. Zugleich steigt das Interesse von Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, ihre nicht-formal und informell erworbenen Kompetenzen im Rahmen des DQR klassifizieren zu lassen, da diese Klassifizierung die Anrechenbarkeit auf andere Bildungs- und Studieninhalte sowie die internationale Transferierbarkeit ermöglichen würde. Darüber hinaus muss der Bereich außerschulischer Bildung mit seinen Bildungsangeboten im Ehrenamt- und Kulturbereich im EQR/DQR angemessene Berücksichtigung finden und unter anderem bereits etablierte Bildungsmaßnahmen wie zum Beispiel Juleica³⁸ einbeziehen.

Eine zentrale DQR-Zuordnung bei gegebener Vielzahl von Bildungsmaßnahmen im nicht-formalen und informellen Bereich wird nicht realisierbar sein – allein aufgrund der sehr unterschiedlichen Weiterbildungssysteme, Bildungsorte und länderspezifischen Trägerstrukturen. Jedoch könnte dem Bund/dem DQR-Büro ein Vorschlag unterbreitet werden, Kontaktstellen in den Ländern – hier in Niedersachsen – einzurichten, die den Prozess der Zuordnung begleiten und entsprechende Entscheidungen vorbereiten (ggf. kostenpflichtig). Durch die Anbindung der Kontaktstellen an das DQR-Büro und die jeweils zuständigen Länderministerien würde der Austausch von Validierungs- und Zuordnungsprozessen gewährleistet und mögliche Doppelarbeit (Doppelzuordnungen) vermieden. Eine Entscheidung über die Zuordnung der jeweiligen (Weiterbildungs-)Maßnahme würde die Bund-Länder-Koordinierungsstelle DQR im Zusammenwirken mit dem Arbeitskreis DQR treffen, wie dies im formalen Bereich bereits gängige Praxis ist.

Das Ziel der Maßnahme ist es somit, die DQR-Zuordnung von nicht-formal und informellen Weiterbildungen mittels einer Servicestelle zu erleichtern.



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

Begründung

Die Vorlage für diese Maßnahme ist ein erprobtes und international beachtetes Modell aus den Niederlanden. Der „Charme“ der Maßnahme liegt darin, dass sie für alle Formen der Weiterbildung geeignet ist (formal, nicht-formal, informell) und somit einem breiten Bildungsbegriff Rechnung trägt. Unterschiedlichste Formen der Weiterbildung könnten (beruflich) genutzt und (international) transferiert werden. Zudem ist sie mit bestehenden Zertifizierungsmodellen (zum Beispiel LQW sowie weiteren) kombinierbar. Somit stellt diese Maßnahme ein übergreifendes Modell zur

Transparenz und Transferierbarkeit von nicht-formal und informell erworbenen Kompetenzen dar.

Eine solche Kontaktstelle wäre auch ein Beitrag dazu, die im Kontext der Bologna-Reform an den Hochschulen selbstverständlichen Begrifflichkeiten zur Beschreibung von Studienangeboten wie Modul, Learning-Outcome, Prüfungsleistung, Workload und weitere auch im außerhochschulischen Bildungsbereich zu etablieren und damit einen Schritt in Richtung gemeinsam verstandener Begrifflichkeiten zu gehen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, einen Dialogprozess zur Entwicklung eines bereichsübergreifenden Konzepts in Niedersachsen anzustoßen und parallel dazu Kontakt mit dem zuständigen Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie mit dem DQR-Büro aufzunehmen. Die niedersächsische Idee soll dort vorgestellt werden, um die aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene einzubeziehen. Am Dialog und an der Konzeptentwicklung (Ziele, Aufgaben, Finanzierungsstruktur etc.) sollen die betreffenden Bildungsbereiche beteiligt werden und sich auf eine gemeinsame Unterstützungsplattform verständigen.



Weitere benannte Projekte

Beschreibung

Folgende Maßnahmen wurden als besonders beispielgebend benannt:

Das Praxisbeispiel „Lernbegleiter im Zweiten Bildungsweg“ der Volkshochschule Wilhelmshaven beeindruckt im Bereich der Herausforderung „Übergänge und Strukturen“ durch seine Philosophie des individuellen Coachings. Hintergrund ist, dass die Volkshochschule Kurse des sogenannten „zweiten Bildungswegs“ anbietet, um denjenigen eine Weiterbildungschance zu geben, die beim ersten Anlauf keinen (angemessenen) Schulabschluss erreicht haben. Dabei zeigt sich jedoch, dass vielen dieser Jugendlichen entweder die finanziellen Möglichkeiten fehlen, um die Kursgebühr aufbringen zu können und/oder dass eine zusätzliche Unterstützung in Form einer Lernbegleitung notwendig ist, um die Lehrgänge erfolgreich bewältigen zu können. Hierfür hat die VHS einen Bildungsfonds eingerichtet, der sich aus Spenden speist.

Hinsichtlich „Regionaler Strukturen“ wurde das Projekt „Dorfmoderation – Mobile soziale Wohnberatung“ (Freie Altenarbeit Göttingen e. V.) mit seinem ganzheitlichen Ansatz der Aktivierung von Selbsthilfepotenzialen gewürdigt. Dieses werde u. a. den Herausforderungen des ländlichen Raums und seinen spezifischen Anforderungen im demografischen Wandel gerecht. Die Fortbildungen Wohnberatung und Dorfmoderation umfassen dabei drei Perspektiven:

- a) individuelles Wohnen in einer barrierearmen/-freien Wohnung, womit die selbstständige Lebensführung im Alltag gesichert wird;
- b) gemeinschaftliches Wohnen in alternativen Wohnformen, die ganz neue Lebensperspektiven aufzeigen, und

- c) soziales Wohnen in einer guten Nachbarschaft, wodurch das Quartier oder Dorfleben belebt wird. Beide Fortbildungen führten zu Unterstützungsstrukturen, die professionelle Angebote ergänzen.

Ebenso beeindruckte das Projekt „Arbeitsmarkt 50“ (Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven), das die Beschäftigungschancen älterer Langzeitarbeitsloser in der Jade-Weser-Region verbessern will. Das Projekt besteht aus acht Einzelprojekten, die die Bereiche Arbeit, Gesundheit und Bildung verbinden, so zum Beispiel „Arbeitsgelegenheiten für Ältere“, „Existenzgründung 45+“ oder „Schlüsselqualifikationen für ein lebenslanges Lernen“.

Der Herausforderung, „Neue Gruppen für die Weiterbildung zu erreichen“ wird beispielhaft begegnet in den Projekten „Tandem“ (Katholische Familienbildungsstätte Hannover), bei dem Lerngemeinschaften von deutsch-türkischen Seniorinnen und Senioren gebildet werden, und „Willkommen in Lingen – Integrationslotsen“ (Volkshochschule Lingen)³⁹, bei dem ehrenamtliche Integrationslotsen ausgebildet und betreut werden, die Zuwanderern – so gewünscht – Orientierungshilfen anbieten. Beide Projekte verfolgen eine beispielhaft individuelle Perspektive.

Des Weiteren sollen Projekte hervorgehoben werden, die Kinder und Jugendliche als neue Zielgruppe anvisieren: So bietet das Projekt „Aufbau Junge VHS“ (VHS Wilhelmshaven) gezielte außerschulische Bildungsangebote an, die den Bedürfnissen und Interessen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Die Projekte „Polnisch“ bzw. „Türkisch mehrsprachig erfolgreich sein“ (Landesverband VHS Nds., gefördert vom Land Niedersachsen) ermöglichen bilingualen und bikulturellen Schülerinnen und Schülern, die Kompetenzen in ihrer Herkunftssprache zu stärken und mit einem international anerkannten Sprachenzertifikat auch für berufliche Zwecke zu dokumentieren. Bei diesen Projekten wird die Orientierung auf die individuelle Lernbiografie und die Motivierung junger Menschen gewürdigt.



V. Mobilität

1. Mobilität im demografischen Wandel

Mobilität ist Grundbedürfnis und Motor unserer Gesellschaft. Sie gewährleistet gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration und Teilhabe und ermöglicht den Ausdruck persönlicher Autonomie und Freiheit. Die individuelle Entscheidung zwischen verschiedenen Zielen, Zeiten und unterschiedlichen Arten der Fortbewegung wählen zu können, stellt einen Teilaspekt von Lebensqualität dar.⁴⁰ Folgerichtig ist die Mobilität aller Menschen ein Garant für wirtschaftlichen Erfolg und soziale Integration in unserer Gesellschaft. Mobilität und Infrastruktur sichern Familien die nötige Flexibilität um verschiedenste Anforderungen zu verbinden.

Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es daher, Mobilität mit der benötigten Infrastruktur für alle Bevölkerungsgruppen und Generationen nachhaltig zu sichern. Dieses stellt gerade in Anbetracht des demografischen Wandels für das Flächenland Niedersachsen eine komplexe und vielschichtige Herausforderung dar. Mit einer rückläufigen und alternden Bevölkerung verändern sich die Mobilitätsbedürfnisse und -gewohnheiten der Einwohnerinnen und Einwohner signifikant und in vielfältiger Hinsicht. Zudem wandelt sich durch einen Rückgang der Bevölkerungszahlen die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur. Auf der anderen Seite versprechen technische Innovationen (teil- und vollautomatisierte Fahrzeuge, intelligente Verkehrsleitsysteme) weitreichende Mobilitätsverbesserungen.

Wo liegen die Risiken und Chancen für eine sichere Mobilität der Zukunft? Auf welche Veränderungen müssen wir uns künftig einstellen?

Diesen Fragen ist die Arbeitsgruppe Mobilität nachgegangen und hat sich durch fachliche Beiträge externer Partnerinnen und Partner und eigene Expertise über die Herausforderungen einer sicheren und zukunftsfähigen Mobilität im demografischen Wandel informiert. Zur Strukturierung ihrer Arbeit hat sie drei Unterarbeitsgruppen gebildet:

- Mobilität auf dem Land/Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
- Mobilität für alle Generationen
- Forschung und Entwicklung zur Unterstützung der Mobilität

Im nächsten Schritt sollen die folgenden Vorschläge aus der Praxis für Verkehrsträger und Mobilitätsverantwortliche als Anregung für die Entwicklung eigener, maßgeschneiderter Lösungen dienen.

Folgende Kriterien wurden dabei von der Arbeitsgruppe zugrunde gelegt:

- Demografierelevanz
- Innovationsgrad
- Umsetzbarkeit
- Finanzierbarkeit
- Effizienz
- Übertragbarkeit

Es wurden Handlungsempfehlungen für die Landesregierung abgeleitet, die aus Sicht der Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Mobilität in den jeweiligen Themenschwerpunkten führen.

Die Mitglieder der Unterarbeitsgruppen haben Vorhaben aus der Praxis (Beste Beispiele) identifiziert und bewertet, die sich als Erfolg versprechend erweisen, Mobilität im demografischen Wandel zu erhalten und zu verbessern.

Ein weiterer Fokus lag in der Entwicklung und Initiierung eigener Projektideen. Diese konnten zum Teil bereits während der Arbeitsphase der Gruppe starten (Projekt: „Sicher und gut unterwegs“) oder werden zeitnah nach der letzten Arbeitsgruppensitzung beginnen. Diese Vorhaben werden auch nach Abschluss des ersten Arbeitszyklus vom Zukunftsforum weiter begleitet.

2. Laufende Projekte der Landesregierung

Die Enquete-Kommission des Niedersächsischen Landtags zum demografischen Wandel hat im Bereich Verkehr zwei zentrale Handlungsfelder benannt: Die Sicherung der Mobilität auf dem Land und die Verkehrssicherheit.⁴¹

Zur „Mobilität in ländlichen Räumen in Niedersachsen“ haben das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in einer Studie aus 2012 besonders betroffene Räume identifiziert. Im Jahre 2013 wurde das Modellprojekt „Demografischer Wandel – Sicherung der Mobilität auf dem Land“ mit dem Heidekreis und dem Landkreis Schaumburg durchgeführt. Die Ergebnisse des Projekts wurden 2014 in das Zukunftsforum eingebracht. Ein wesentliches Ergebnis dieses Projektes war ein strukturierter Entscheidungskatalog für regionale Mobilitätszentralen zu entwickeln.

Um die Mobilität auf dem Land zu sichern und auszuweiten, fördert das Land seit 1997 Bürgerbusse als sogenannte flexible Bedienformen, wenn sie als Linienverkehre genehmigt sind. Das Fördervolumen beläuft sich bis Mitte 2014 auf insgesamt 2,64 Millionen Euro.

Im schienengebundenen Verkehr wurden von 2004 bis 2014 mit den ersten beiden Auflagen von „Niedersachsen ist am Zug (NiaZ I und II)“ insgesamt rd. 200 Millionen Euro (Bundes- und Landesmittel) für die Modernisierung von 70 Bahnhöfen bereitgestellt. Das erfolgreiche Programm wird als NiaZ III fortgesetzt.

Um alle Regionen bedarfsbezogen in den öffentlichen Nahverkehr einbeziehen zu können und an die überregional bedeutsamen Bahnknotenpunkte anzubinden, prüft das Land – über die Reaktivierung von Schienenstrecken hinaus – die Einrichtung eines Landesbuslinienetz.

Parallel wird gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Verbandes der Verkehrsunternehmen, des Gesamtverkehrsverbandes Niedersachsen, der Landesnahverkehrsgesellschaft und der kommunalen Spitzenverbände eine Neuregelung für die Ausgleichszahlungen im Ausbildungsverkehr nach § 45a Personenbeförderungsgesetz erarbeitet. In die Überlegungen werden auch die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft einbezogen.

Zur weiteren Erhöhung der Verkehrssicherheit wurde unter Einbindung aller relevanten Landesministerien (Wirtschafts-, Innen- und Kultusministerium) und Träger der Verkehrssicherheitsarbeit ein Arbeitskreis bei

der Landesverkehrswacht Niedersachsen e. V. (LVW) mit dem Ziel der Vernetzung der Unfallpräventionsarbeit eingerichtet. Im Rahmen des Programms „Forum: Innovativ und verkehrssicher in Niedersachsen“ sind auch die kommunalen Spitzenverbände und die Polizeidirektionen eingebunden.

Für Seniorinnen und Senioren halten die Verkehrswachten bereits eine Vielzahl von Angeboten vor, um ältere Menschen als Autofahrerinnen und Autofahrer, Radfahrerinnen und Radfahrer oder Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV weiter zu sensibilisieren und „fit zu machen“ (zum Beispiel Verkehrssicherheitstage, Sicherheitstrainings, „Fit mit dem Fahrrad“, Seniorenberaterinnen und Seniorenberater).

Im Bereich der Fahrradmobilität unterstützt das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr die Weiterentwicklung der „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK)“ zu einem Verein. Mit einer Zertifizierung zur „Fahrradfreundlichen Kommune“ durch die AGFK wird für die Kommunen ein Anreiz geschaffen, die Fahrradmobilität nachhaltig zu verbessern.

Innovationen im Bereich Mobilität und Verkehr werden vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr unter Einsatz erheblicher Fördermittel zusammen mit der Landesinitiative Mobilität vorangetrieben.

Bei der bundesweiten Einführung des automatischen Notrufsystems eCall in 2015 ist Niedersachsen federführend.

Eine Richtlinie zur flächenhaften Ausstattung der Verkehrsunternehmen in Niedersachsen mit rechnergestützten Betriebsleitsystemen (RBL) ist seit 2014 in Kraft. RBL ermöglichen eine zeit- und ortsgenaue Erfassung der Verkehrssituation, eine präzise und kostengünstige Steuerung sowie verlässliche Auskünfte.

Weiter wird die gezielte Entwicklung von Fahrerassistenzsystemen für ältere Menschen unterstützt (zum Beispiel Navigationssysteme zur Umfahrung risikoreicher Kreuzungen; Müdigkeitsassistenten zur Vermeidung nachlassender Aufmerksamkeit; Autobahnassistenten für halbautonomes Fahren; Kreuzungsassistenten zur Eindämmung des Überfahrens von roten Ampeln oder lichtgesicherter Bahnübergängen).



V. Mobilität

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.1 Mobilität auf dem Lande/ÖPNV

3.1.1 Herausforderungen

Für die meisten ländlichen Regionen in Niedersachsen wird in den nächsten 20 Jahren ein Bevölkerungsrückgang prognostiziert. Differenziert man diese Betrachtung auf die ÖPNV-relevanten Altersgruppen im ländlichen Raum, so ergibt sich, dass:

- a) die mit einem Anteil von 75 % bis 85 % größte ÖPNV-Fahrgastgruppe im ländlichen Raum – die Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildenden (= 6- bis 18-jährige) - überproportional abnehmen wird und
- b) der Anteil älterer und hochbetagter Bürgerinnen und Bürger, die dann nicht mehr über einen Pkw verfügen, stark ansteigen wird.

Die wegfallenden Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildenden fehlen als Nachfragegruppe und Finanzierungskomponente im ländlichen Busverkehr. Als Folge dieser Entwicklung werden die Busfahrpläne noch weiter ausgedünnt werden.

Bezüglich der Grundversorgung ist als Folge der abnehmenden Bevölkerung davon auszugehen, dass sich private und öffentliche Dienstleistungen (Lebensmitteleinzelhandel etc.) immer mehr aus der Fläche zurückziehen und diese sich auf die Zentren konzentrieren werden. Dies gilt insbesondere für die Ärzteversorgung auf dem Land, wobei es immer schwieriger wird, insbesondere Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner sowie Fachärztinnen und -ärzte zur Übernahme einer Praxis sogar in den Mittelzentren zu gewinnen.⁴²

Diese Entwicklungen haben großen Einfluss auf die Mobilitätsbedürfnisse auf dem Land und die zu de-

ren Befriedigung notwendigen Mobilitätsangebote. Durch die Zentralisierung von Dienstleistungen (Einzelhandel, Ärzteversorgung) wachsen tendenziell die Weglängen, was in der Regel eine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs bedeutet. Personen, die den eigenen Pkw benötigen, ihn aber nicht oder nicht mehr nutzen können, sind zunehmend auf Angebote des ÖPNV angewiesen.⁴³ Dies kann auch zu neuen Herausforderungen bei der Wahrnehmung von (außerschulischen) Bildungs- und Freizeitangeboten sowie Vereinsaktivitäten führen.

Die bisherige Bedienung unter dem überwiegenden Einsatz von Linienverkehren mit Standardlinienbussen kann nicht mehr in allen Regionen aufrechterhalten werden. Hiergegen sprechen wirtschaftliche Kriterien wie auch die Mobilitätsbedürfnisse außerhalb des Schülerverkehrs.

Neue betriebliche Möglichkeiten und Kommunikationslösungen ebnen den Weg für flexible Bedienungsformen, welche Mobilitätsangebote geeigneter und wirtschaftlicher abbilden und ergänzend zum herkömmlichen ÖPNV Anwendung finden können. Gerade deshalb ist es zukünftig wichtig, auf Konzepte der differenzierten Bedienung zu setzen. Zum Beispiel zeigt erfolgreiches ehrenamtliches Engagement, dass Mobilitätslösungen – unter anderem in Form von Bürgerbussen – dort möglich sind, wo öffentlichem Handeln Grenzen gesetzt sind.

Ausschlaggebend ist jedoch, dass den betroffenen Akteurinnen und Akteuren die vorhandenen Möglichkeiten hinreichend kommuniziert werden.⁴⁴ Es wird eine zentrale Herausforderung sein, angesichts des demografischen Wandels eine Balance zwischen Linien- und Bedarfsverkehr im ländlichen Raum zu finden.





3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.1.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

29

„Einrichtung einer landesweiten zentralen Informations- und Beratungsstelle für Mobilität im ländlichen Raum (MobiZentral)“

Beschreibung

Für alle Regionen ist ein integrierter Ansatz geboten, bei dem die Mobilitätsbedürfnisse einer Region zu bestimmen und mit abgestuften und örtlich angepassten Angeboten zu befriedigen sind. Es bietet sich daher an, eine zentrale Informations- und Beratungsstelle einzurichten, um betroffene Akteurinnen und Akteure für ein verstärktes Engagement für Mobilität im ländlichen Raum zu sensibilisieren und zu mobilisieren, den Informationsbedarf der Körperschaften und Unternehmen zu decken und ggf. Regionen übergreifende Aktivitäten zu koordinieren.

Mit der Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle sollen folgende Aufgaben zusammengefasst werden:

- Information und Beratung von Akteurinnen und Akteuren aus Kommunen sowie Initiativen (z. B. Bürgerbusvereinen),
- Vernetzung der Akteurinnen und Akteure (Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen, Genehmigungsbehörden, Bürgerbusvereine etc.)
- Vorhalten von Musterverträgen, Best-Practice-Lösungen und Vernetzung der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie speziellen Softwarelösungen, Pflichtenheften und Unterlagen zur Personalauswahl und zum -management

Begründung

Auch wenn der Schülerverkehr in den kommenden Jahren in den meisten Regionen zahlenmäßig weiterhin die meisten Fahrgäste stellen wird, wächst der Bedarf, öffentliche Mobilitätsangebote an den Bedürfnissen weiterer Fahrgastgruppen wie zum Beispiel Patienten-, Einkaufs- und Berufsverkehren auszurichten. Angebote, welche den bisherigen liniengebundenen Verkehr ergänzen, spielen in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle. Sie füllen zeitliche und räumliche Lücken, die im Linienverkehr nicht geschlossen werden können; sie erweitern gleichzeitig dessen Wirkungsradius und führen damit zu einer zusätzlichen Fahrgastnachfrage für Verkehrsverbindungen auf denen bis jetzt überhaupt noch kein ÖPNV-Angebot bestand.

Deutschlandweit gibt es ca. 500 Anwendungsfälle für flexible bzw. alternative Bedienformen. Weil es keine standardisierte Ideallösung gibt, muss jeder Aufgabenträger und jedes Verkehrsunternehmen einen eigenen „Maßanzug“ entwickeln. Dieser muss an die vor Ort vorhandenen räumlichen Strukturen, die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung sowie die Entwicklung der Funktionen der Daseinsvorsorge (Ärztinnen und Ärzte, Einzelhandel) und die sich daraus ergebenden Bedarfe im ÖPNV-Angebot angepasst werden.

Eigens zu diesem Zweck hat das Bundesverkehrsministerium im Jahr 2013 ein Forschungsvorhaben in Auftrag gegeben, womit es möglich ist, die Nachfrage- und die Kosten- und Erlösdaten für die jeweilige Angebotsform zu prognostizieren und damit den erforderlichen kommunalen Zuschussbedarf vorab zu ermitteln. Diese Tools wurden als Ergebnis des Forschungsvorhabens im Rahmen einer Fachtagung am 18./19. März 2015 in Hameln erstmalig vorgestellt und können interessierten Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen auf Anfrage kostenlos zur Verfügung gestellt werden.⁴⁵

Nähere Auskünfte erteilt dazu der Projektpartner des Forschungsvorhabens und Mitglied im UAG 1 „Mobilität auf dem Land/ÖPNV“.

Dipl.-Ing. Gerhard Löcker
Consulting für flexible ÖPNV-Systeme
und Lehrbeauftragter für den ÖPNV
Bannensieker Straße 8
31787 Hameln

Allerdings benötigen noch viele Akteurinnen und Akteure in den Regionen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Informationen, die zum Handeln anregen. Auch ist zu wenig über die Handlungs- und Finanzierungsspielräume bekannt. Die Vermittlung von persönlichen Kontakten und der Austausch zwischen Personen, die aktiv an ähnlichen Themen

arbeiten, fördert die Kreativität und steigert die Effizienz von Lösungen. Dabei gilt es, Hemmschwellen zur Kontaktaufnahme abzubauen, zum Beispiel dadurch, dass Kontaktdaten, Informationen und Arbeitsergebnisse aktiv durch die Netzwerkpartnerinnen und -partner kommuniziert werden. Dazu können offene Veranstaltungen, gegenseitige Besuche oder ein regelmäßiger Informationsaustausch dienen.

Da die Kommunen bei der Entwicklung von Mobilitätsdiensten, die den Linienverkehr ergänzen, eine wachsende Rolle spielen werden bzw. müssen, sind diese in die Vernetzung einzubeziehen. In Niedersachsen sind dies gut 1.000 Städte und Gemeinden, davon 713 in Samtgemeinden. Die Vernetzung muss aktiv moderiert werden, um eine große Wirkung zu entfalten.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, eine landesweite zentrale Informations- und Beratungsstelle für Mobilität im ländlichen Raum (MobiZentral) mit den beschriebenen Aufgaben einzurichten.



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

30

„Unterstützung und Erprobung von Mobilitätszentralen in weiteren Regionen“

Beschreibung

Neben der Einrichtung der landesweiten Informations- und Beratungsstelle sollen auch in den Regionen zentrale Auskunftsstellen mit folgenden Funktionen eingerichtet werden:

- Auskunft über Fahrpläne und Fahrpreise unter Einbeziehung aller öffentlichen Verkehrsangebote des Landkreises und möglichst der angrenzenden Regionen,
- Annahme von Anmeldungen sowie die Disposition für bedarfsgesteuerte Verkehre. Dies umfasst die Zusammenstellung und Weitergabe von Fahraufträgen unter Gewährleistung einer optimalen Disposition, insbesondere taxibasierter Angebote, sowie die Abrechnung dieser Verkehre.

Die Auskünfte und die Dispositionsleistungen müssen ausschließlich unternehmensneutral erbracht werden, damit die Akzeptanz der Mobilitätszentrale nicht leidet.

Begründung

Wie bereits ausgeführt, wird eine zukünftige Finanzierung des ÖPNV im ländlichen Raum unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nur noch unter dem vermehrten Einsatz bedarfsorientierter Systeme möglich sein. Daraus resultiert die Notwendigkeit, sowohl die einzelnen Angebote unter einer einheitlichen Telefonnummer zu kommunizieren bzw. bekannt zu machen als auch das Zusammenspiel der Systeme (Bus, Bahn, Bedarfsverkehr) zu verdeutlichen und zu koordinieren. Des Weiteren kann eine Mobilitätszentrale im Rahmen ihrer Tätigkeit weitere Bedarfslücken qualifiziert feststellen. Anfragen nach Mobilitätsdienstleistungen, welche nicht befriedigt werden, können dort dokumentiert und ausgewertet werden.

In einem zweiten Schritt kann eine Mobilitätszentrale dann die Kernfunktionen für ein regionales Mobilitätsmanagement übernehmen. Notwendig für die



Umsetzung dieses integrierten Ansatzes ist das Vorhandensein einer zentralen und kompetenten Stelle – eines sogenannten „Kümmerers“.

Bei entsprechender Personalausstattung ist hier der Landkreis in der Funktion als Aufgabenträger für den ÖPNV nach dem Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz als Erstes gefordert. Er kann bei Bedarf diese Aufgabe natürlich auch auf ein (kommunales) Verkehrsunternehmen übertragen.

Vorbild für die Einrichtung regionaler Auskunftsstellen ist die Mobilitätszentrale Weserbergland

Die Mobilitätszentrale Weserbergland – vormals Hameln-Pyrmont – war die erste ihrer Art. Sie entstand in den Jahren 1990/1991 im Rahmen eines EG-Forschungsprojekts, u. a. in Zusammenarbeit mit der Bergischen Universität Wuppertal und ist bis heute Vorbild für die Entwicklung vieler Mobilitätszentralen in anderen Städten. Angesiedelt ist die Mobilitätszentrale auf dem Betriebshof des Verkehrsunternehmens „Nahverkehr Hameln-Pyrmont“.

Durch die räumliche Nähe zur Leitstelle können Störungen im Betriebsablauf (Busverkehr) bei der Auskunft und der Disposition der Bedarfsverkehre sofort berücksichtigt werden. Sie dient als Ansprechpartnerin für alle Fragen und Anregungen zum Nahverkehr im Landkreis Hameln-Pyrmont.

Das Informationsangebot beinhaltet:

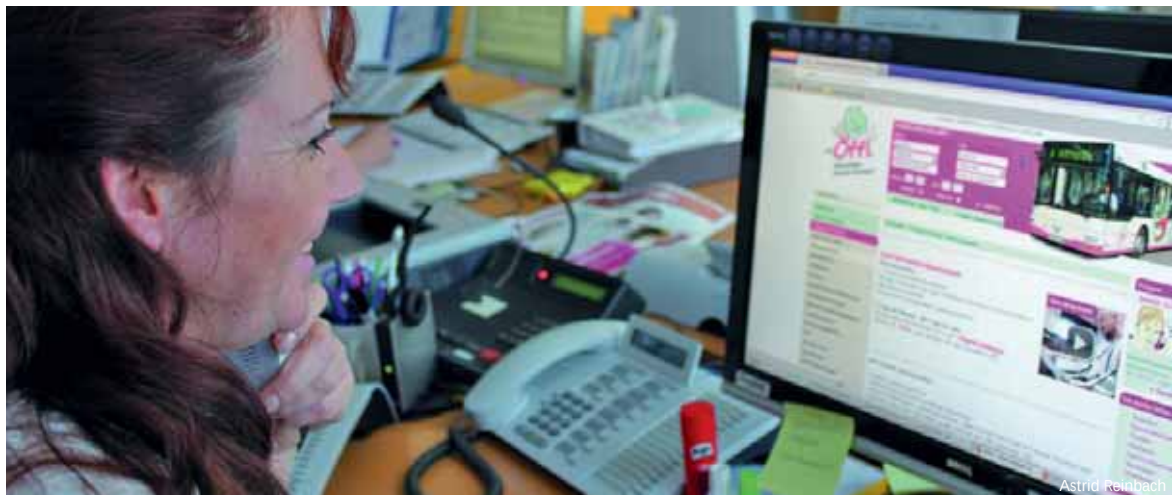
- Fahrplanauskunft für den Nahverkehr im Landkreis Hameln-Pyrmont und für den ÖPNV in angrenzenden Landkreisen
- Ticketberatung
- Infos über Anruf-Sammeltaxi (AST) und Anruf-Linienfahrt
- Buchung eines AST
- Infos zum Theater-Taxi
- Aktuelle Informationen über Sonderverkehre und Park+Ride-Angebote

Die Mobilitätszentrale Weserbergland ist zu Zeiten wochentags von 05.00 bis 22.00 bzw. 23.00 Uhr, samstags von 08.00 bis 23.00 Uhr und sonntags von 09.45 bis 21.45 Uhr telefonisch erreichbar.

Des Weiteren werden über die Mobilitätszentrale auch besondere Schulungen über das richtige Verhalten im Bus beispielsweise für:

- Personen mit Rollatoren,
- Schülerinnen und Schüler

angeboten



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Unterstützung und Erprobung von Mobilitätszentralen in weiteren Regionen. Im Land Niedersachsen werden schon in einigen Regionen Mobilitätszentralen eingerichtet bzw. geplant.⁴⁶ Allerdings müssten für die Einrichtung solcher Mobilitätszentralen noch die finanziellen Rahmenbedingungen optimiert werden. Eine wichtige Fragestellung hierbei ist, ob die anfallenden Personalkosten aus den Regionalisierungsmitteln bezuschusst werden können. Diese werden den Aufgabenträgern (Landkreisen) vom Land jährlich für Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV bereitgestellt. Andere Organisationsformen – auch dezentral organisierte, aber technisch vernetzte Lösungen – sind denkbar.

Kraftverkehrsgesellschaft Hameln mbH und Verkehrsgesellschaft
Hameln-Pyrmont mbH
Heinz-Jürgen Aust
Bahnhofsplatz 19
31785 Hameln
Telefon: (05151) 788-900:
<http://www.oeffis.de/cms/beratung/mobilitaetszentrale.html>



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

31

„MOREMA – Mobilitätsressourcenmanagement Mitte Niedersachsen“

Beschreibung

Das „Mobilitätsressourcenmanagement Mitte Niedersachsen (MOREMA)“ baut auf dem konzipierten Ansatz des „Ressourcen-Sharing“ auf. Dabei sollen un- oder untergenutzte öffentliche und halb öffentliche Fahrzeugkapazitäten (zum Beispiel Feuerwehrfahrzeuge) zur Verbesserung der Mobilitätsangebote im Sinne eines alternativen ÖPNV in der Region aktiviert werden. Im Fokus stehen dabei vor allem Fahrzeuge, die sich für die Personenbeförderung eignen (zum Beispiel Kleinbusse, Busse). Hintergrund ist, dass viele Fahrzeuge in den Kommunen vorhanden sind, die zu bestimmten Zeiten nicht eingesetzt werden (zum Beispiel eigene Fahrzeuge der Gemeinden oder von Vereinen).

Auf der anderen Seite bestehen Mobilitäts- bzw. Kapazitätsbedarfe, die nicht erfüllt werden können. Das Projekt MOREMA dient dazu, diese untergenutzten Fahrzeuge in einem fortlaufenden Sharing-Ansatz einzusetzen, um diese Lücke zu schließen. MOREMA hat die Aufgabe, Fahrerinnen und Fahrer sowie Fahrzeuge, welche für bestimmte Zeiten zur Verfügung stehen, zusammenzuführen, zu steuern und abschlie-

ßend abzurechnen. Dazu soll eigens eine Software entwickelt und eine Koordinierungsstelle eingerichtet werden.

Begründung

Das Projekt befindet sich noch in der Aufbauphase. Es liegen noch wenige Erkenntnisse über die Wirksamkeit des Projekts vor. Gleichwohl stellt es einen völlig neuen Ansatz dar, Mobilitätsangebote im ländlichen Raum ohne größere Anschaffungsinvestitionen (und neu entstehende Betriebskosten) zu sichern und zu verbessern; unter Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, den „Ressourcen-Sharing“-Ansatz zum Erhalt von Infrastruktur weiter zu verfolgen. Dabei sind die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu überprüfen und zu optimieren. Es sollte ein Prüfauftrag formuliert werden, in dem u. a. die Aufhebung einer differenzierten (rechtlichen und finanziellen) Handhabung von Bedarfs- und Linienverkehr angeregt wird.

Der Bürgermeister Stadt Rehburg-Loccum
Martin Franke
Heidtorstraße 2
31547 Rehburg-Loccum
Telefon: 05037 / 9701-50
E-Mail: m.franke@stadt.rehburg-loccum.de



32

„moobil+ im Landkreis Vechta“

Beschreibung

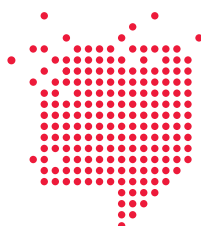
moobil+ verbindet traditionellen Linienverkehr mit einem bedarfsorientierten Angebot. Kern von moobil+ ist die Einführung eines kreisweiten Rufbusystems. Die Busse moobil+ verbinden auch abgelegene Ortsteile mit den Gemeindezentren und fahren als Zubringer zu weiterführenden ÖPNV-Angeboten (zum Beispiel NordWestBahn) festgelegte Haltestellen an. Zudem werden nach Bedarf aber auch weitere Haltestellen auf der Strecke bedient, wenn Kundinnen und Kunden dort eine Fahrt anmelden. Von insgesamt 500 Haltestellen sind ein geringerer Teil reguläre Haltepunkte mit Taktung (traditioneller Linienverkehr), der Großteil der Haltestellen wird nur im Bedarfsfall bedient. Kundinnen und Kunden können eine Bedarfsfahrt bis 60 Minuten vor Antritt telefonisch oder per Internet buchen. Dabei werden erstmals alle Verkehrsangebote berücksichtigt und verzahnt. Die Koordination erfolgt durch eine eigens für das Projekt entwickelte Mobilitätssoftware.

Im Januar 2015 haben bereits knapp 8.700 Fahrgäste das Angebot genutzt, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum. Obwohl die Kennzahlen von moobil+ auf Zuwachs stehen, besteht aktuell immer noch ein erheblicher Zuschussbedarf seitens des Landes, des Landkreises und der beteiligten Kommunen. Der tatsächliche finanzielle Bedarf kann erst mit Abschluss der zweijährigen Pilotphase Ende 2015 benannt werden.

Das Projekt wurde trotz der derzeitigen hohen finanziellen Zuschüsse als positiv und vorbildlich bewertet. Gesondertes Augenmerk in der weiteren Entwicklung muss auf die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens nach Abschluss der Pilotphase gelegt werden.

Begründung

Die Arbeitsbedingungen des ÖPNV in ländlich geprägten Regionen werden in Zukunft schwieriger. Schon heute fahren Busse auf dem Land immer seltener. Arbeitsstellen, Geschäfte, Ärztinnen und Ärzte sowie Freizeitziele sind häufig nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Der Landkreis Vechta, Kommunen und die ortsansässigen Verkehrsunternehmen haben ein innovatives, vollkommen neues öffentliches Nahverkehrssystem entwickelt.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Übertragbarkeit des Moobil+ Konzepts moobil+ auf weitere Städte und Landkreise zu prüfen und entsprechend zu unterstützen.

Landkreis Vechta
Referat für Wirtschaftsförderung
Daniel Kathmann
Ravensberger Straße 20
49377 Vechta
Telefon: (04441) 898 2632
E-Mail: 2632@Landkreis-Vechta.de
[http:// www.moobilplus.de/](http://www.moobilplus.de/)



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

33

„Neuregelung § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG)“

Beschreibung

Nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) wird von den Verkehrsbetrieben erwartet, dass sie für Schülerinnen und Schüler sowie für Auszubildende besonders ermäßigte Wochen-, Monats- oder Jahreskarten anbieten.

In der Praxis beträgt diese Ermäßigung zumeist 25 % des Preises für eine reguläre Fahrkarte, d. h., eine Schülerzeitkarte kostet 75 % des Preises einer regulären Monatskarte.

Wird diese Ermäßigung gewährt, ist sie Bestandteil des Beförderungstarifs, der bei der Linienverkehrsge-nehmigung geprüft wird. In den Fällen, in denen durch die ermäßigten Fahrkarten höhere Kosten als Erlöse entstehen, haben die Verkehrsbetriebe einen Ausgleichsanspruch nach § 45a PBefG.

Diese Ausgleichsbeträge werden derzeit auf einer vertraglichen Grundlage vom Land an die Verkehrsunternehmen gezahlt.

Die vorhandene Ausgleichsregelung soll nunmehr ersetzt werden. Hierzu wurde unter Federführung des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr eine Arbeitsgruppe gebildet, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Verkehrsunternehmen und der kommunalen Spitzenverbände besteht.

Begründung

Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, ein Verfahren zu entwickeln, das die Vorgaben des EU-Rechts einhält. Hierzu gehört u. a., dass die Berechnung der Ausgleichszahlungen transparent, d. h. auch für Dritte nachvollziehbar, erfolgen muss. Des Weiteren muss die Höhe der zukünftigen Ausgleichszahlungen wieder neu festgelegt werden. Darüber hinaus hat das neue Modell für die Ausgleichszahlungen, aber auch den sich wandelnden Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft an den ÖPNV Rechnung zu tragen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Neuregelung der Ausgleichszahlungen nach § 45a Personenbeförderungsgesetz transparent zu gestalten und sich für eine gleichermaßen gute und preiswerte als auch altersgerechte und barrierefreie Mobilität einzusetzen.

34

„Einführung eines Landesbusliniennetzes“

Beschreibung

Mit einem ergänzenden Landesbusliniennetz könnten alle nicht ausreichend erschlossenen Regionen Niedersachsens bedarfsbezogen in den öffentlichen Nahverkehr einbezogen und an die überregional bedeutsamen Bahnknoten angebunden werden. Dies gilt insbesondere für Räume, in denen es wirtschaftlich nicht oder nicht ausreichend vertretbar ist, den schienengebundenen Nahverkehr in die Fläche auszuweiten.

Begründung

Die Anbindung des ländlichen Raums durch ein Landesbusliniennetz an die Ober- und Mittelzentren wäre ein wichtiges Element, um durch die Kombination der verschiedenen Verkehrsträger vor allem ein bestmöglich bedienendes Angebot für Nutzerinnen und Nutzer zu schaffen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Einführung eines das Schienennetz ergänzenden Landesbusliniennetzes zu prüfen. Ziel ist, ein wirtschaftlich tragbares, realistisch dimensioniertes und vor allem ein bestmöglich bedienendes Angebot für Nutzerinnen und Nutzer im ländlichen Raum vorzuhalten.



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

35

„Neuer Finanzierungsrahmen für Bedarfsverkehre“

Beschreibung

Die bisherige Finanzierung im ÖPNV ist stark auf den im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) definierten Linienverkehr ausgerichtet. Die neuen Bedarfsverkehre entsprechen von der Ausprägung her aber nicht dem in § 42 PBefG definierten Linienverkehr.

Insbesondere wird dies deutlich bei der Förderung der Beschaffung von Bürgerbusfahrzeugen durch das Land:

- Bürgerbusfahrzeuge, die im Linienverkehr eingesetzt werden, werden vom Land zu 75 % bezuschusst.
- Bei der Beschaffung von Bürgerbusfahrzeugen, die im Bedarfsverkehr eingesetzt werden, zahlt das Land keine Zuschüsse.

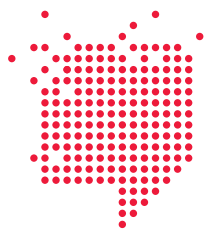
Gleiches gilt für die Ausgleichsleistungen gem. § 45a PBefG für die Ausgabe ermäßigter Schülerfahrkarten durch die Verkehrsunternehmen:

- bei Fahrten im Linienverkehr wird der Ausgleich gezahlt,
- bei Fahrten im Bedarfsverkehr wird kein Ausgleich gezahlt.

Begründung

Wie bereits dargelegt, wird der Linienverkehr zwar weiterhin den weitaus größten Teil des ÖPNV ausmachen; um aber unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu einer angemessenen Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse im ländlichen Raum unter den beschriebenen Rahmenbedingungen zu kommen, ist der Einsatz von Bedarfsverkehren – Verkehre, die nur bei Bedarf nach einer vorherigen telefonischen Anmeldung verkehren – notwendig. Dies kann zukünftig auch in bestimmten Bereichen für die Schülerbeförderung gelten.

Die Pflicht, in den Nahverkehrsplänen die Belange der in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Menschen zu berücksichtigen und bis zum Jahr 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen, rechtfertigt es, dass Verkehre in ländlichen Räumen mit sehr geringen Einwohnerdichten eine Haustür-zu-Haustür-Bedienung beinhalten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass einige hochbetagte Einwohnerinnen und Einwohner nicht mehr ohne Weiteres zu Fuß zur Haltestelle gelangen können und folglich ein angepasstes (öffentliches) Mobilitätsangebot benötigen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung – vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der bedarfsgesteuerten Verkehre – die Prüfung der künftigen Bemessung der Ausgleichsmittel gemäß § 45a PBefG. Des Weiteren sollte geprüft werden, inwieweit Bürgerbusse auch dann gefördert werden können, wenn sie nicht im Linienverkehr, sondern im Bedarfsverkehr eingesetzt werden.





V. Mobilität

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.2 Mobilität für alle Generationen

3.2.1 Herausforderungen

Ein wesentliches gesellschaftspolitisches Ziel im demografischen Wandel stellt die Verbesserung der Mobilitätschancen aller Generationen und Bevölkerungsgruppen dar. Im Blick stehen hier besonders die Verkehrssicherheit im Individualverkehr sowie der barrierefreie Zugang mobilitätseingeschränkter Menschen zu Mobilitätsangeboten.

Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur führt zu einem steigenden Anteil der älteren im Vergleich zu jüngeren Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern und damit zu einer relativen Zunahme von Seniorinnen und Senioren im automobilen Straßenverkehr. Zudem wuchs in den letzten Jahren sowohl der Anteil der

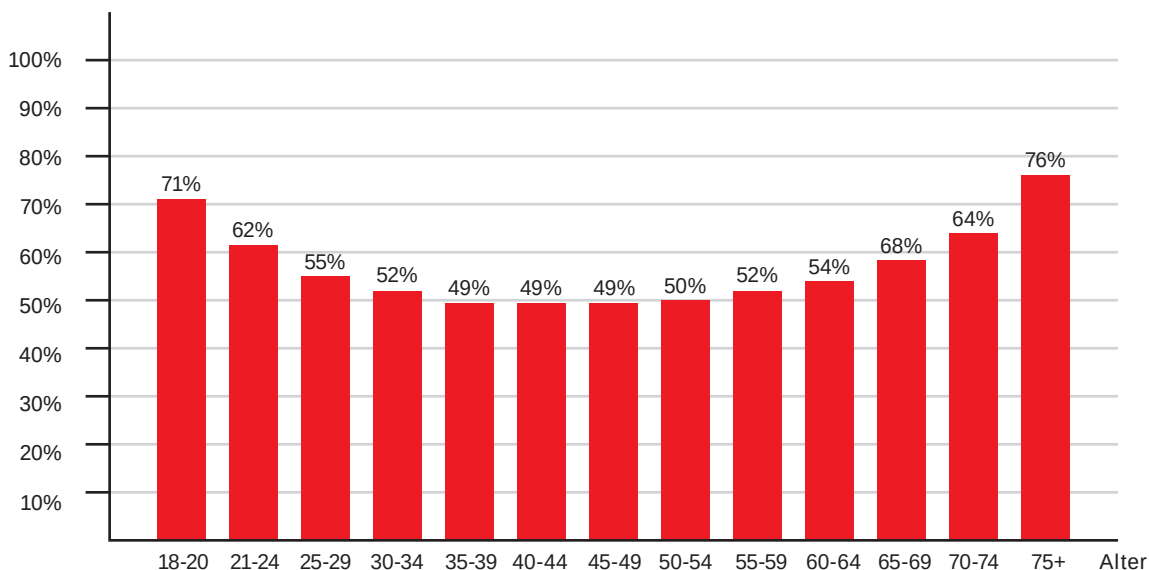
Fahrerlaubnisinhaberinnen und -inhaber über 65 Jahren als auch die Zahl der zurückgelegten Kilometer in dieser Altersgruppe signifikant an.⁴⁷

Die heute ältere Generation ist im Durchschnitt gesünder und aktiver als vorangegangene Kohorten. Ein neues Freizeitverhalten mit einem mobileren Lebensstil ist charakteristisch für die heutigen „Best Ager“. Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen,⁴⁸ wobei das eigene Kraftfahrzeug nach wie vor für diese Altersgruppe das bevorzugte Mobilitätsmittel ist.

Mit dem Anstieg der individuellen Automobilität der Seniorinnen und Senioren wird auch das Verkehrssicherheitsrisiko dieser Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer relevanter. Dabei zeigt sich ein relativ hohes Unfallrisiko älterer und hochbetagter Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer:

Anteil an Hauptverursachern an allen Beteiligten

Pkw-Fahrern (Unfälle mit Personenschaden; DESTATIS 2013)

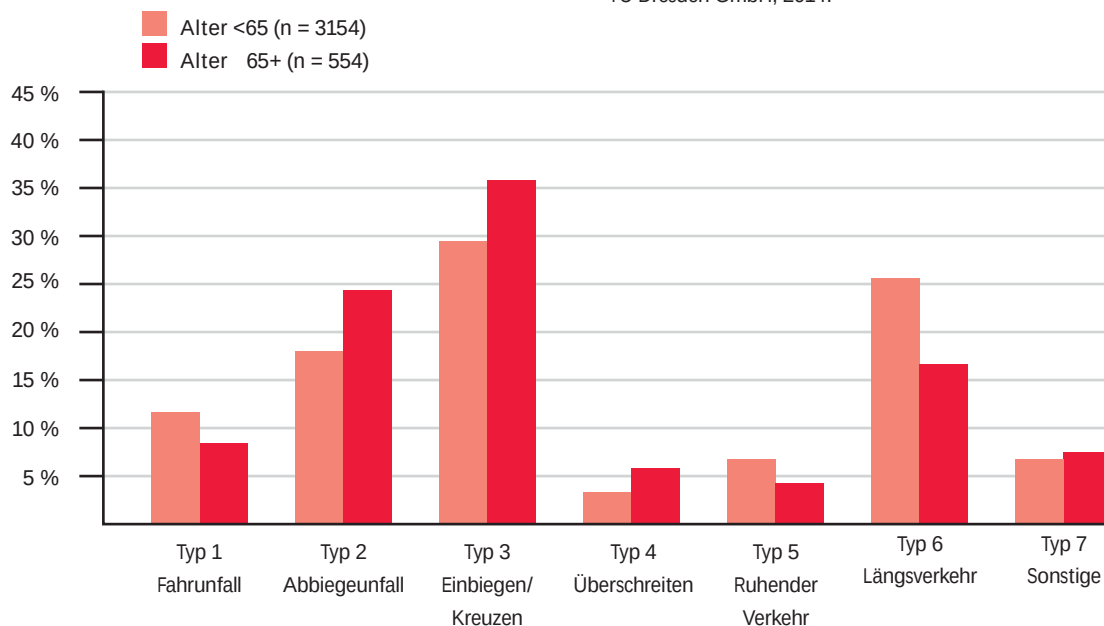


Grundsätzlich können bei Seniorinnen und Senioren unter Berücksichtigung der vorhandenen fahrrelevanten Kompensationspotenziale keine generellen Leistungsdefizite festgestellt werden. Bei differenzierter Betrachtung sind aber – mit einer hohen interindividuellen Streuung – bei einigen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern verkehrssicherheitsrelevante Eignungseinbußen festzustellen. Danach weisen Seniorinnen und Senioren beispielsweise überproportional Schwierigkeiten dabei auf, im Verkehrsraum dargebotene Informationen verlässlich aufzunehmen, insbe-

sondere wenn es sich um mehrere simultan aufzunehmende äußere Reize handelt. Bei schnellen Reaktionsabfolgen, wie sie in komplexen Verkehrssituationen insbesondere an Kreuzungen erforderlich sind, werden ältere Fahrerinnen und Fahrer stärker beansprucht als jüngere. Daher unterscheiden sich Unfallarten älterer Kraftfahrerinnen und -fahrer ausweislich einer Analyse der Verkehrsunfallforschung der Medizinischen Hochschule Hannover und der TU Dresden GmbH von denen der jüngeren:

Unfalltyp für Pkw-Fahrer mit Haupt- oder Alleinschuld
Unfallforschung Hannover 2008-2014

Unfallstudie „German In Depth Accident Study“ der Verkehrsunfallforschung der Medizinischen Hochschule Hannover und der TU Dresden GmbH, 2014.





V. Mobilität

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

Auch altersspezifische Krankheiten sowie die Einnahme entsprechender Medikamente können Einfluss auf das psychophysische Leistungsvermögen und schließlich das Unfallrisiko älterer Autofahrerinnen und Autofahrer⁴⁹ haben. Zudem sind ältere Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer bei Unfällen einer körperlich bedingten signifikant höheren Vulnerabilität und Mortalität ausgesetzt.⁵⁰ Eine alternde Gesellschaft ist daher aufgerufen, zielgruppenspezifische Angebote zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu entwickeln und zu etablieren.

Selbstverständlich ist auch die Verkehrssicherheit der jüngeren Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer Gegenstand umfassender verkehrssicherheitspolitischer Maßnahmen. Da hier insbesondere seit Mitte der 1980-Jahre eine Vielzahl von Gesetzesänderungen, Maßnahmen und Initiativen umgesetzt und evaluiert wurden, hat die Arbeitsgruppe auch mit Blick auf den demografischen Wandel als Schwerpunkt ihrer Arbeit in dieser Hinsicht auf die Darstellung von „Gute-Praxisbeispiele“ verzichtet.

Auch die unbedingte Teilhabe von mobilitätseingeschränkten Personen ist ein wesentliches gesellschaftspolitisches Ziel. Nach wie vor bestehen Mobilitätshürden, die nach der UN-Behindertenrechtskonvention ohnehin der Vergangenheit angehören müssten. Die UN weist darauf hin, dass die Herstellung einer barrierefreien Umwelt Bedingung für eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe an allen Aspekten des Lebens ist.

Die Teilhabe von mobilitätseingeschränkten Menschen am gesellschaftlichen und kulturellen sowie am Arbeitsleben wird nur dann gelingen, wenn barrierefreie Zugänge zu diesen Lebensbereichen etabliert sind. Um dies zu gewährleisten, müssen die Rahmenbedingungen so verändert werden, dass Anpassungen insbesondere der Infrastruktur des ÖPNV gerade mit Blick auf die gestiegenen Mobilitätsanforderungen vorgenommen werden.

Diese Herausforderung gewinnt auch mit Blick auf die im weiteren Sinne mobilitätseingeschränkten Personengruppen (ältere Menschen, Reisende mit Kinderwagen, Kleinkinder) an Bedeutung.⁵¹

In einer empirischen Analyse mit Personen im Alter von 55 bis 95 Jahren zeigte sich beispielsweise eine eindeutige altersabhängige Zunahme von gesundheitlichen Einschränkungen, die die Mobilität behindern.⁵² Knochen- und Gelenkerkrankungen sowie die Abnahme der Muskelkraft waren die wichtigsten Beeinträchtigungen bei der Teilnahme am öffentlichen Nahverkehr. Insbesondere beim Ein- und Ausstieg in Bus und Straßenbahnen stellten sich schlechte Funktions- und Gesundheitszustände als hinderlich heraus. Hier sind auch angesichts der signifikant steigenden Zahl älterer Menschen umfangreiche Handlungsansätze erforderlich.



HaCon Ingeniurgesellschaft mbH / Dr. Handke



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.2.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

Mit Blick auf die beschriebene Notwendigkeit, zielgruppenspezifische Angebote für ältere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zu entwickeln, wurden von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe folgende Projekte initiiert:

3.2.2.1 Projektideen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Alter



„Fit im Auto – das richtige Training für sicheres Autofahren“

Beschreibung

„Fit im Auto“ bietet allen Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit, die eigenen Fähigkeiten hinter dem Steuer praktisch zu testen und gemeinsam mit Expertinnen und Experten zu besprechen.

Wie fahre ich bei ungünstigen Sicht- und Wetterbedingungen sicher Auto? Wie kann ich mich in dem stetig wachsenden Verkehrsaufkommen weiter gut fortbewegen? Und welche neuen Regeln und Vorschriften muss ich beachten?

Diese und viele weitere Aspekte stehen im Mittelpunkt der „Fit im Auto“-Veranstaltungen, die von speziell ausgebildeten Moderatorinnen und Moderatoren in ca. 4,5 Stunden mit 12 Personen pro Veranstaltung angeboten werden. Mit erlebnisorientierten Lernformen und praxisnahen Übungen sollen die eigenen Probleme bei der Verkehrsteilnahme aus einer anderen Sicht gesehen und gemeinsam Lösungen gefunden werden.

Im Erfahrungsaustausch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird Wissenswertes zu technischen Neuerungen im Auto sowie zu Änderungen in der Straßenverkehrsordnung vermittelt. Tipps für schwierige Verkehrssituationen sind ebenso Bestandteil dieses Bausteins.

Bei Seh- und Reaktionstests können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Fähigkeiten überprüfen. Die Reaktionstestgeräte zeigen, wie lang der Anhalteweg vom Erkennen der Gefahr bis zum Still-

stand des Fahrzeugs ist. Hier haben die Seniorinnen und Senioren die Gelegenheit, das eigene Leistungsvermögen unverbindlich zu testen. Beim Fahrtraining auf dem Übungsplatz können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem eigenen Pkw u. a. das richtige Bremsen, das Einparken, Wenden und Rangieren trainieren, aber auch die Reaktionsfähigkeit bei einer Slalomfahrt testen. Geübt wird auch die individuelle Sitz- und Spiegeleinstellung.

Angeboten wird zudem eine Fahrt im „Realverkehr“, wobei mit dem Fahrschulwagen in Kleingruppen und in Begleitung einer Fahrlehrerin oder eines Fahrlehrers genau die Fahraufgaben trainiert werden, bei denen ältere Fahrerinnen und Fahrer hauptsächlich Schwierigkeiten haben (beispielsweise das Navigieren in Kreuzungsbereichen mit viel Verkehr, das Linksabbiegen im Gegenverkehr, der Spurwechsel). So erfahren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wo sie im wahrsten Sinne des Wortes „sicher“ sind, aber auch, was sie noch besser üben und auf welche Problembereiche sie genauer achten müssen.

„Fit im Auto“ ist ein Projekt der Landesverkehrswacht Niedersachsen e. V. in Kooperation mit dem Fahrlehrerverband Niedersachsen e. V., dem Niedersächsischen Ministerien für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, dem Ministerium für Inneres und Sport und der Polizei Niedersachsen. Das Konzept wurde bereits 2014 im Landkreis Diepholz mit großem Erfolg erprobt. Der gute Start in Diepholz ist auch dem großen Engagement des Landkreises und der Akteurinnen und Akteure vor Ort zu danken. Der Landkreis beteiligt sich sowohl organisatorisch als auch finanziell an diesem Projekt vor Ort.

Die wissenschaftliche Begleitung übernimmt die Verkehrsunfallforschung der Medizinischen Hochschule Hannover. Die Kick-off-Veranstaltung fand am 24. März 2015 unter dem Dach „Sicher und gut unterwegs“⁵³ mit medialer Begleitung unter der Schirmherrschaft von Herrn Ministerpräsident Stephan Weil statt. Dabei wurde das Projekt gemeinsam mit dem u.a. Projekt „Fit auf der Straße“ vorgestellt und von den Projektträgern und Partnern begleitet.



Begründung

Das Projekt „Fit im Auto“ basiert auf aktuellen Forschungsergebnissen von Prof. Dr. Michael Falkenstein und Dr. Patrick Gajewski (IfADo) des Leibnitz-Instituts für Arbeitsforschung im Auftrag des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) – „Studie zur Verbesserung der Hirnleistung“ – und von Dr. Sebastian Poschadel (Prospektiv GmbH), Gesellschaft für betriebliche Zukunftsgestaltung im Auftrag der Eugen-Otto-Butz-Stiftung im Kontext – „Mobilität und demografische Entwicklung“. Kernfrage des Forschungsprojekts der Eugen-Otto-Butz-Stiftung ist die Frage, ob sich die Fahrfähigkeit im Alter durch Training erhalten oder sogar wiedererlangen lässt? Die Studie belegt, dass, sofern bestimmte Fähigkeiten im Alter wiedererlangt werden können, es am besten ist, gerade die Fähigkeiten zu trainieren, die verbessert werden sollen. Übertragen auf das Autofahren ist bei älteren Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern die größte Verbesserung zu erwarten, wenn das Autofahren an sich trainiert wird, also beim Training im „Realverkehr“.

Die Ergebnisse der Studie belegen eindeutig, dass es selbst für über 70-jährige Fahrerinnen und Fahrer mit einer eher geringen Fahrkompetenz möglich ist, die Leistungen einer weitaus jüngeren, untrainierten Vergleichsgruppe durch die Schulung zu erreichen und auch im höheren Alter ihre Fahrkompetenz zu verbessern, zeitlich zu erhalten und weiterhin sicher Auto zu fahren. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wurde das Projekt „Fit im Auto“ konzipiert. Dieses Angebot unterscheidet sich von allen anderen Angeboten des Verkehrssicherheitstrainings für Seniorinnen und Senioren, da es die besonderen Fahreignungsprobleme dieser Zielgruppe berücksichtigt und die individuelle Fahrkompetenz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verbessert. Die Vielfalt der angebotenen Elemente wird durch die besondere Zusammensetzung der Moderatorenteams gewährleistet: Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer, Verkehrssicherheitsberaterinnen und -berater der Polizei und Sicherheitstrainings-Moderatorinnen und -Moderatoren der Landesverkehrswacht Niedersachsen e. V.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Projekt „Fit im Auto“ sowie die Evaluierung weiter zu begleiten. Dabei sollte auch für eine Unterstützung durch die Landkreise geworben werden. Diese wäre wünschenswert, um das Vorhaben flächendeckend anbieten zu können.

Landesverkehrswacht Niedersachsen e. V.
Dipl.-Ing. Roswitha Bothe
Arndtstraße 19
30167 Hannover
Telefon: (0511) 35772685
E-Mail: Roswitha.Bothe@landesverkehrswacht.de
<http://www.landesverkehrswacht.de/>
<http://www.fit-im-auto.de/>

Evaluation:
Verkehrsunfallforschung der Medizinischen Hochschule Hannover
Professor Dietmar Otte
Karl-Wiechert-Allee 3
30625 Hannover
Telefon: (0511) 532-6410
E-Mail: aru-muh@mh-hannover.de
<http://www.mh-hannover.de/unfallforschung.html>



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

37

Projekt „Fit auf der Straße – Mobil und sicher mit dem eigenem Fahrzeug – ein Programm

für Autofahrerinnen und Autofahrer ab 65 Jahren“

Beschreibung

Das ADAC-Verkehrssicherheitsprogramm „Fit auf der Straße“ wurde speziell für Autofahrerinnen und Autofahrer ab 65 Jahren konzipiert, um die individuelle Mobilität älterer Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zu sichern. Ziel des Programms ist es, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die heute häufig schon im Fahrzeug vorhandene Sicherheitstechnik näherzubringen, um altersbedingte Defizite zu kompensieren und die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen. Informationen rund um das Fahrzeug, neueste Verkehrsregeln und der Umgang mit dem eigenen Auto gehören ebenso zum Programm wie die Vermeidung von Gefahrensituationen und die kritische Selbsteinschätzung. Im Fokus steht der sichere Umgang mit den im Auto vorhandenen Fahrerassistenzsystemen. An Demonstrationsfahrzeugen werden weitere Systeme erläutert und von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern praktisch „erfahren“.

Die Veranstaltungen werden in kleinen Gruppen mit acht Personen durchgeführt. Die ca. vierstündigen Kurse beinhalten drei Bausteine, die sich aus Beratung, Theorie und Praxis zusammensetzen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen so, ihr eigenes Fahrzeug und die neuen Techniken zu beherrschen. Sie erleben, wie sie sich auch künftig sicher im Verkehr bewegen können.

Im theoretischen Teil werden Neuerungen aus der Straßenverkehrsordnung und dem Führerscheinrecht vermittelt und diskutiert. Im anschließenden ersten Praxisteil werden zum Beispiel die richtige Sitzposition und Lenkradhaltung mithilfe von Slalomfahren geübt. Zudem werden Brems- und Ausweichübungen auf trockener und nasser Fahrbahn durchgeführt.

Ein weiterer Praxisteil besteht aus der Demonstration und Erläuterung gängiger Fahrerassistenzsysteme. Im Anschluss haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, durch praktische Übungen die Funktionsweise der einzelnen Systeme zu erleben. Dabei wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufgezeigt, wie Fahrerassistenzsysteme eingesetzt werden können, um motorische Defizite auszugleichen.

Schon heute besteht die Möglichkeit, den Einparkvorgang mithilfe eines Parkassistenten zu unterstützen oder durchzuführen. Assistenten in der Längs- und Querverführung unterstützen eine sicherere Fahrweise. Auch der Spurwechsel kann mittels im Fahrzeug vorhandener Technik überwacht werden und vor einer Kollision warnen. Besonders ältere Fahrerinnen und Fahrer leiden unter einer erhöhten Blendempfindlichkeit. Diese kann mit dem Einsatz moderner Lichttechnologien reduziert werden.

Von speziell geschulten Moderatorinnen und Moderatoren des ADAC werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch in persönlichen Gesprächen Wirkungsweise und Vorteile der Assistenzsysteme vermittelt. In einem gemeinsamen Abschlussgespräch geben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr Feedback zur Veranstaltung sowie Erfahrungen, die sie aus dem Training gewonnen haben, wieder.

Das Trainieren von Fahrfähigkeiten und das Üben mit Assistenzsystemen zum Kompensieren altersbedingter motorischer und kognitiver Einschränkungen ist eine wesentliche Komponente des ADAC-Programms. Parallel dazu wird die Evaluierung des Programms Erkenntnisse über die Wirksamkeit der einzelnen Bausteine liefern.



Die Evaluierung wird u. a. folgenden Fragestellungen nachgehen:

- Welche Assistenzsysteme sind für ältere Autofahrerinnen und Autofahrer wichtig und erhöhen die Verkehrssicherheit?
- Wie kann deren Funktionalität den Autofahrerinnen und Autofahrer nähergebracht werden?
- Gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede?
- Gibt es nachhaltige Auswirkungen auf das Fahrverhalten und die Aufmerksamkeit?
- Gibt es Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit?

Parallel dazu wird die Nachhaltigkeit und der zielgruppenspezifische Bedarf des Programms evaluiert. Mithilfe von Nachbefragungen wird die Wirksamkeit bezüglich:

- der Programminhalte,
- der Programmdauer,
- der Ansprache der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und
- der Auswirkungen auf das Verhalten untersucht.

Der ADAC Niedersachsen/Sachsen-Anhalt e. V. hat das Programm „Fit auf der Straße“⁵⁴ entwickelt und setzt es in Kooperation mit dem Sozialverband Niedersachsen e. V. und dem Zukunftsforum um. Geplant ist eine wissenschaftliche Begleitung durch die Verkehrsunfallforschung der Medizinischen Hochschule Hannover und das Institut für Transportation Design der Universität Braunschweig. Die Kick-off-Veranstaltung fand am 24. März 2015 unter dem Dach „Sicher und gut unterwegs“⁵⁴ mit dem o. a. Projekt „Fit auf der Straße“ statt.

Begründung

Die breite Einführung altersgerechter Fahrerassistenzsysteme (z. B. ACC, Müdigkeitswarner, Nachsichtgeräte, Verkehrszeichenerkennung) könnten das Unfallrisiko erheblich reduzieren. Hier besteht ein hohes Verkehrssicherheitspotenzial. Eine zu geringe Ausstattungsquote der verfügbaren Fahrerassistenzsysteme verhindert heute noch die erhofften Sicherheitsgewinne. Häufig fehlt bei der Zielgruppe jedoch auch die Kenntnis über die im eigenen Auto vorhandenen Systeme bzw. über die geeignete Sicherheitstechnik bei einem Neuerwerb. Zum Teil besteht auch Skepsis bezüglich der Handhabbarkeit. Die individuelle Beratung und das Training mit bestehenden Systemen führen zu einer höheren Akzeptanz geeigneter Systeme und können zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Projekt „Fit auf der Straße“, sowie die Evaluierung gemeinsam mit den Partnern weiter zu begleiten.

ADAC Niedersachsen/Sachsen-Anhalt

Lübecker Straße 17, 30880 Laatzen

Frau Blaich-Niehaus

Telefon (05102) 90-1136, E-Mail: verkehr@nsa.adac.de

https://www.adac.de/adac_vor_ort/niedersachsen-sachsen-anhalt/verkehr/Fit_auf_der_Strasse.aspx

Evaluation:

Verkehrsunfallforschung der Medizinischen Hochschule Hannover

Professor Dietmar Otte

Karl-Wiechert-Allee 3, 30625 Hannover, Telefon: (0511) 532-6410

E-Mail: aru-muh@mh-hannover.de

<http://www.mh-hannover.de/unfallforschung.html>



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.2.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

38

Projektvorschlag „Beratung zur Verkehrssi- cherheit von Seniorinnen und Senioren durch Haus- und Klinikärzte“

Beschreibung

Ärztinnen und Ärzte sollten in der Verkehrssicherheits- und Mobilitätsberatung für ältere Patientinnen und Patienten eine stärkere Rolle einnehmen, da sie von Seniorinnen und Senioren auch in dieser Hinsicht als vertrauenswürdige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner geschätzt werden. Bei den Hausärztinnen und Hausärzten besteht jedoch noch häufig ein deutlicher Fortbildungsbedarf mit Blick auf die Wirkung von Krankheiten und Medikamenten auf die Verkehrssicherheit älterer Menschen sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen der diesbezüglichen ärztlichen Aufklärungspflicht. Diesem Bedarf soll durch ein entsprechendes Fortbildungskonzept Rechnung getragen werden, um einen verantwortungsvollen Umgang mit den Einschränkungen des Alters im Kontext der Automobilität zu etablieren.

Das Konzept umfasst mehrere Module:

- Medizinisch-gerontologische Grundlagen: In diesem Modul werden die medizinischen und gerontologischen Rahmenbedingungen einer sicheren Verkehrsteilnahme von Seniorinnen und Senioren vorgestellt, wie die im Alter oftmals veränderte Wahrnehmungs- und Reaktionsfähigkeit, Einschränkungen der Belastbarkeit, mögliche Veränderungen der intellektuellen Leistungsfähigkeit sowie die Beeinträchtigung durch Krankheiten, insbesondere bei Multimorbidität. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auch auf die im höheren Alter relevante Medikation sowie die häufige Polypharmazie bei Seniorinnen und Senioren verwendet.
- Rechtliche Rahmenbedingungen: Ärztinnen und Ärzte sind verpflichtet, ihre Patientinnen und Patienten über die Auswirkungen der bei ihnen relevanten gesundheitlichen Beeinträchtigungen und des Medikamenteneinflusses auf die Fahreignung zu beraten. Kommen sie dieser Pflicht nicht in ausreichendem Maße nach, hat die Patientin oder der Patient ggf. einen Anspruch auf Schadensersatz und Schmerzensgeld. Ärztinnen und Ärzten fehlen hier häufig die rechtlichen Kenntnisse. Auch angesichts möglicher Regressansprüche durch Patientinnen und Patienten sowie Angehörige besteht seitens der Ärzteschaft ein hohes Interesse an entsprechenden Fortbildungsangeboten.
- Arzt-Patienten-Interaktion: Die Frage der Fahreignung ist ein sensibles Thema, auch im Arzt-Patienten-Verhältnis. Gesundheitliche Beeinträchtigungen, die eine Einschränkung oder den Wegfall der Fahrerlaubnis nahelegen, werden häufig von den Patientinnen und Patienten nicht akzeptiert. Um das Arzt-Patientenvertrauensverhältnis nicht zu gefährden, ist hier eine sensible Gesprächsführung gefragt. Das Modul vermittelt Gesprächs- und Argumentationstechniken, die im ärztlichen Alltag die Vermittlung entsprechender Diagnosen erleichtern sollen.

Das Projekt wird von Privatdozent Dr. Jürgen Bauer, Direktor der Universitätsklinik für Geriatrie, Klinikum Oldenburg, der Landesärztekammer Niedersachsen-Bremen, Prof. Dr. Georg Rudinger und Partnern des Zukunftsforums koordiniert. Der Auftakt ist im Oktober 2015 im Rahmen einer ärztlichen Fortbildungsveranstaltung in Oldenburg geplant.

Begründung

Altersassoziierte (chronische) Krankheiten sowie begleitende medikamentöse Behandlungen können Auswirkungen auf die Fahreignung haben. Da die damit einhergehenden Beeinträchtigungen des Leistungsvermögens oft diskret erfolgen, werden sie oft-

mals von den Patientinnen und Patienten nicht wahrgenommen oder nicht akzeptiert. Die Auswirkungen auf die Fahrfähigkeit werden damit von den Betroffenen falsch eingeschätzt, was zu einem nicht unerheblichen Selbst- und Fremdgefährdungspotenzial im Straßenverkehr führt. Eine zielgruppenspezifische, persönliche Beratung ist hier von großer Bedeutung. Im Vordergrund steht jedoch primär der Erhalt der individuellen Mobilität. Diese kann durch ein angepasstes Mobilitätsverhalten, Veränderungen der Medikation oder auch eine Kompensation einzelner Beeinträchtigungen in vielen Fällen aufrechterhalten oder sogar verbessert werden.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Projekt „Beratung zur Verkehrssicherheit von Seniorinnen und Senioren durch Haus- und Klinikärzte“ zu unterstützen. Hier wird durch intensive zielgruppengerechte Beratung die individuelle Mobilität der Betroffenen aufrechterhalten bzw. verbessert.

PD Dr. Jürgen M. Bauer
Klinikum Oldenburg gGmbH
Universitätsklinik für Geriatrie
Rahel-Straus-Straße 10
26133 Oldenburg
Telefon: (0441) 403-3351
E-Mail: geriatrie@klinikum-oldenburg.de



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.2.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

3.2.2.2 Projekte für mobilitätseingeschränkte Personen

39

„Training für mehr Mobilitätssicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln“

Beschreibung

Die RegioBus Hannover GmbH will Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind und auf technische Unterstützung wie etwa auf einen Rollator oder einen Rollstuhl angewiesen sind, eine möglichst lange und barrierefreie Nutzung des ÖPNV ermöglichen.

Mit einem kostenlosen Training direkt am Fahrzeug und ohne Zeitdruck erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer alle relevanten Informationen zur möglichst unkomplizierten Benutzung der Linienbusse. Das Angebot richtet sich unter anderem an Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer, Personen mit Rollatoren, Sehbehinderte oder Menschen, die sich aufgrund eigener Einschätzung bisher nicht getraut haben, dieses Verkehrsmittel zu wählen.

Für das Training werden Niederflrbusse mit Rampen an einer Haltestelle bereitgestellt und es finden gezielte Übungen zum Ein- und Aussteigen (Verhalten an Bordstein und Rampe) statt. Auch das sichere Verhalten im Bus wird geschult, etwa die richtige Positionierung zur Fahrtrichtung oder das Verhalten, wenn der Bus plötzlich stark abbremsen muss.

Die Trainerinnen und Trainer ergänzen die Schulung mit Tipps und beantworten Fragen rund um das Thema Linienangebot und die speziellen Modifikationen der Fahrzeuge.

Zudem gibt es eine technische Beratung zu den Einstellungen am Rollstuhl und am Rollator. Begleitet werden die Übungen mit weiteren Serviceangeboten, etwa der Einrichtung von kostenlosen Shuttle-Services zur Veranstaltung.

Auch in den Bussen und Bahnen der üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe AG sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, Fahrgäste auf Wunsch bei ihren Fahrten zu begleiten. Die Fahrgastbegleiterinnen und -begleiter holen die üstra Kundinnen und Kunden auch zu Hause ab, betreuen sie auf der Fahrt mit Bus und Bahn und bringen sie wieder nach Hause. Auch der Weg zum Einkaufen oder zur Arztpraxis kann auf Wunsch begleitet werden.

Ebenfalls als „Gutes Beispiel“ wurde die „Rollatorenschulung“ der KVG Hameln identifiziert, die dem Informations- und Beratungsbedarf mobilitätseingeschränkter Personen über den richtigen Umgang im Bus gerecht wird.

Begründung

Das Projekt bietet mobilitätseingeschränkten Menschen die Möglichkeit, länger am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und den ÖPNV in Form von Linienbussen weiterhin selbstständig zu nutzen. Das Training vermittelt Selbstvertrauen und senkt damit die Hemmschwelle zum Gebrauch des ÖPNV.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Umsetzung des Projekts auch an anderen Standorten in Niedersachsen zu unterstützen, da es einen ganzheitlichen integrativen Ansatz verfolgt.

RegioBus Hannover GmbH
Herr Tolga Otkun
Telefon: (0511) 36888-769, Telefax: (0511) 36888-8769
Georgstraße 54
30159 Hannover
Telefon: (0511) 36888-0, E-Mail: info@regiobus.de
<http://www.regiobus.de/>

40

„MarisaMobil“

Beschreibung

Mit MarisaMobil wird ein unkompliziertes Angebot für Menschen der Stadt Wolfsburg geschaffen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Ziel des Projekts ist es, Menschen mit Behinderungen, die auf die Benutzung eines Rollstuhls angewiesen sind, den Alltag dadurch zu erleichtern, dass für Fahrten kostenlos das MarisaMobil – als Leihfahrzeug – zur Verfügung gestellt wird.

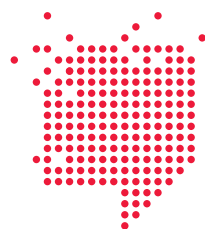
Das Fahrzeug kann bei der Karl und Marisa Hahn-Stiftung angefordert werden. Der barrierefrei gestaltete VW Caddy kann sowohl selbst gelenkt werden oder ehrenamtliche Personen stehen als Fahrerinnen und Fahrer, die in Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz vermittelt werden, zur Verfügung. In diesen Fällen übernehmen die Ehrenamtlichen auch die Betreuung auf der gesamten Wegstrecke. Bis auf die anfallenden Kraftstoffkosten entstehen den Nutzerinnen und Nutzern keine weiteren Auslagen.

Begründung

Das Projekt gewährleistet ein Stück individuelle und flexible Mobilität für die Betroffenen, die sonst mangels geeigneter Beförderungsmöglichkeiten keine Chance haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder wichtige – auch private Termine – wahrzunehmen. Das Projekt sichert für die Betroffenen ein Stück Lebensqualität. Es wird hier modellhaft ein Projekt betrieben, das auf das ehrenamtliche Engagement setzt und der Initiative einer privaten Stiftung zu verdanken ist.



Carl und Marisa Hahn-Stiftung



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, ähnliche Vorhaben zu begleiten und zu unterstützen, bei denen Menschen mit Behinderungen der Alltag dadurch erleichtert wird, dass für Fahrten kostenlos ein Leihfahrzeug zur Verfügung gestellt wird.

Carl und Marisa Hahn-Stiftung
Hollerplatz 1
38440 Wolfsburg
Mobil: (0163) 7172699
Telefon: (05361) 26680
E-Mail: hahn-stiftung@wolfsburg.de
<http://www.hahn-carl.de/>



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

41

„MogLi“

Beschreibung

In der Grafschaft Bentheim wurde in der Laufzeit von drei Jahren (2007 bis 2010) erfolgreich das Projekt MogLi (Mobilität auf der ganzen Linie) umgesetzt.

Ziel dieses Forschungs- und Entwicklungsvorhabens war die Erarbeitung und Erprobung eines Konzepts, das Schülerinnen und Schülern mit dem Förderbedarf „Geistige Entwicklung“ eine größere Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ermöglichen sollte.

Im Mittelpunkt standen Fragen des Barriereabbaus, Sicherheitsaspekte und pädagogische Konzepte.

Beteiligt waren neben der Universität Dortmund, der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Technischen Universität München, der Landkreis Grafschaft Bentheim, die Vechtetalschule in Nordhorn, Lehrkräfte, Eltern sowie Begleitpersonen und Busfahrerinnen und -fahrer. Gefördert wurde die damalige Umsetzung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Die Grundidee war es, die Mobilitätsfähigkeiten von Schülerinnen und Schülern bzw. Jugendlichen mit geistigen Einschränkungen zu steigern und ihnen dadurch einen Zuwachs an persönlichen Kompetenzen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Statt Individualtransporte in Anspruch zu nehmen, sollten die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, selbstständig den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen.

Dazu wurde ein Mobilitätstraining (pädagogische Maßnahmen) durchgeführt und Barrieren auf dem Schulweg abgebaut (verkehrliche Maßnahmen). Dabei wurde geprüft, ob das Vorhaben auch verwertbare Hinweise für eine Förderung und den Erhalt der

Mobilität bei Menschen mit anderweitigen Handicaps bzw. Einschränkungen geben würde.

Das Projektteam hatte eine eigene Barrierendefinition erarbeitet: „Barrieren im ÖPNV für Menschen mit geistiger Behinderung sind Hindernisse, die die selbstständige Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erschweren oder sogar verhindern. Dies schließt sämtliche Elemente der Reisekette ein. Die Barrieren können baulicher, technischer und/oder organisatorischer Natur sein, aber auch durch betriebliche und kommunikative Situationen und Tätigkeiten entstehen.“ Hierzu wurden folgende Punkte gezählt: Informationen über das Verkehrssystem, Haltestellen und Fahrzeuge, Fahrt im Bus, Bewältigung der Fußwege, Störfälle und sonstige Barrieren.

Neben Überlegungen zum Abbau der Barrieren standen vor allem der Einsatz von Reisewegsbegleiterinnen und -begleitern sowie ein Mobilitätstraining im Mittelpunkt. Dies führte letztlich zu einer verstärkten Inanspruchnahme des ÖPNV durch die Zielgruppe und zu geringeren Kosten für den Träger des ÖPNV. Bei den Schülerinnen und Schülern wurde ein enormer Zuwachs an Selbstvertrauen, eine größere Selbstständigkeit, eine bessere Raumorientierung, ein Abbau von Ängsten, mehr Kontakte untereinander, mehr Konfliktlösungsstrategien und auch ein adäquaterer Umgang mit Mobiltelefonen festgestellt.⁵⁵

Grundsätzlich dürfte die Grundidee der Konzeption auch für (hochbetagte) Seniorinnen und Senioren sinnvoll sein, da auch in diesem Personenkreis sowohl geistige, d. h. kognitive, als auch körperliche Einschränkungen vorkommen können.

Die im Projekt genannte Definition von Barriere ist sehr weit gefasst und kann daher auch für Seniorinnen und Senioren Anwendung finden. Sie könnten durch Mobilitätstrainerinnen und -trainer für Fahrten im ÖPNV vorbereitet werden, und Reisewegsbegleiterinnen und -begleiter könnten unterwegs zur Unterstützung zur Verfügung stehen.

Während im Projekt MogLi eine ganz bestimmte Wegstrecke, nämlich ausschließlich der Schulweg, berücksichtigt wird, wäre für Seniorinnen und Senioren ein weit größerer Radius mit unterschiedlichen



Niedersächsische Staatskanzlei

Strecken abzudecken (in die Innenstadt, zum Ärztezentrum, zum Krankenhaus, zu Seniorenzentren usw.). Dies gilt auch im Sinne des Inklusionsgedankens bei einer Erweiterung des Radius für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen. Ein Abbau von Barrieren in der Reisekette müsste deshalb in größerem Umfang einkalkuliert werden. Bei Übertragung des Grundgedankens auf den Seniorenbereich sind zudem die einzelnen Maßnahmen entsprechend zu modifizieren und anzupassen. Dies ist als ein konzeptionelles, jedoch lösbares Problem anzusehen.

Ein auf ältere Menschen mit Behinderungen zugeschnittenes Konzept, das in seinen Grundzügen aus dem Projekt MogLi abgeleitet wird, sollte in Absprachen mit dem Sozialministerium und der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen in ausgewählten Regionen durchgeführt werden. Hier wird es nicht ohne eine finanzielle Beteiligung eines Trägers des ÖPNV gehen können.

Begründung

Fragen der Mobilität stehen unter dem Vorzeichen des demografischen Wandels zunehmend im Vordergrund. Dies bezieht sich insbesondere auf ältere Teil-

nehmerinnen und Teilnehmer an SPNV und ÖPNV und hierbei insbesondere auf solche im ländlichen Raum. Gerade ältere Menschen sind auf einen funktionierenden (Nah-)Verkehr angewiesen. Hier steht vielfach kein eigener Pkw nicht zur Verfügung und aus finanziellen Gründen kann im Regelfall nicht auf Taxiunternehmen u. Ä. zurückgegriffen werden. Wenn diese Menschen zusätzlich an spezifischen körperlich-kognitiven Einschränkungen leiden, ist ein besonderer Handlungsbedarf gegeben. Für viele ältere Menschen ist eine Teilnahme am ÖPNV eine der letzten Optionen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen. Aber auch in städtischen Bereichen besteht Bedarf.

Einen Weg, mit dieser besonderen Situation umzugehen, weist das ausgewählte Projekt MogLi. Es bezieht sich zwar auf Schülerinnen und Schüler, ist aber, wie aufgezeigt wurde, auch auf ältere Menschen mit Behinderungen bzw. ein erweitertes Wegstreckennetz für alle Menschen mit Einschränkungen übertragbar. Die Mobilitätstrainerinnen und -trainer als auch die Reisewegbegleiterinnen und -begleiter könnten ehrenamtlich tätig sein.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das Projekt „MogLi“ zu unterstützen und zu prüfen, inwieweit Zuschüsse u. U. von der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen und ggf. auch vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eingeworben werden können.

Dr. Holger Kloth
VDV Niedersachsen/Bremen
Am Hohen Ufer 6
30159 Hannover
Telefon: (0511) 1668 2000
E-Mail: kloth@vdv.de

<http://www.mogli-projekt.tu-dortmund.de/index.html>



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.2.2 Gute Praxisbeispiele und eigene Vorschläge

3.2.2.3 „Maßnahmen zur Erhöhung der Barrierefreiheit im ÖPNV“

42

„Definition der Anforderungen an die vollständige Barrierefreiheit“

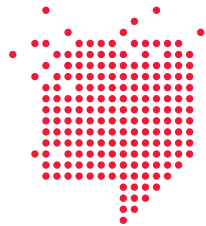
Beschreibung

Für die Mobilität aller Generationen ist der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Mobilitätsangeboten von grundlegender Bedeutung. Das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sieht vor, dass ab 1. Januar

2022 in den Nahverkehrsplänen eine vollständige Barrierefreiheit für die Nutzung des ÖPNV vorzusehen ist. Dies bedeutet, dass Barrierefreiheit nicht nur bei den eingesetzten Fahrzeugen, sondern auch bei der Infrastruktur erfüllt sein muss.

Begründung

Eine bundesweite Definition des Begriffs „vollständige Barrierefreiheit“ existiert für das Personenbeförderungsgesetz bislang nicht, was die Akteurinnen und Akteure im Bereich des ÖPNV bei der Erfüllung dieser planerischen Forderung vor große Probleme stellt. Diese Definition ist zunächst zu formulieren, damit der weitere Handlungsrahmen – insbesondere mit Blick auf regionale Gegebenheiten – klar gefasst werden kann.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, sich für eine bundesweit einheitliche Definition der Anforderungen an die vollständige Barrierefreiheit im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes einzusetzen und sich in den entsprechenden Diskussionen und Gremien hierfür nachdrücklich einzusetzen.

43

„Barrierefreiheit für Haltestellen des straßengebundenen öffentlichen Nahverkehrs“

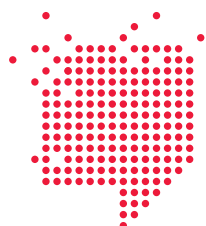
Beschreibung

Für die Haltestellen des straßengebundenen öffentlichen Nahverkehrs fehlt es an flächendeckenden Informationen zu deren Ausbauzustand und deren Frequentierung. Sowohl die Aufgabenträger als auch das Land Niedersachsen verfügen nicht über ausreichende Daten, um zu erkennen, mit welchen Mitteln und Maßnahmen die Erreichbarkeit und Attraktivität des straßengebundenen ÖPNV gesteigert werden

kann. Eine landesweite Erhebung würde deshalb auch die Aufgabenträger unterstützen. Mit deren Hilfe könnte zum Beispiel auch das Investitionsvolumen für die Erreichung der vollständigen Barrierefreiheit, wie sie das PBefG bis 2022 vorsieht, dargestellt werden.

Begründung

Die Optimierung des straßengebundenen öffentlichen Nahverkehrs ist gerade im demografischen Wandel eine herausragende Aufgabe. Basisdaten über die Haltestellen bieten die Grundlage für die erforderlichen Maßnahmen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, in einer Basisanalyse – ggf. unter Hinzuziehung Dritter – eine landesweite Datengrundlage über vorhandene Haltestellen, deren Ausbauzustand und Frequentierung zu ermitteln.



44

„Barrierefreie Gestaltung der Bahnhöfe“

Beschreibung

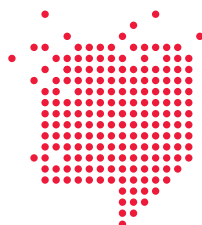
Im Schienenverkehr müssen Handlungsoptionen des Landes identifiziert und abgegrenzt werden. So ist für die barrierefreie Gestaltung der im Eigentum der Deutschen Bahn AG (DB AG) stehenden Bahnhöfe die DB AG bzw. der Bund allein verantwortlich. Die Landesregierung hat aber ihrerseits ein überragendes Interesse daran, die Nutzung des Schienenpersonenverkehrs mobilitätseingeschränkten Reisenden komplikationslos zu ermöglichen. Deshalb hat sich das Land Niedersachsen schon in der Vergangenheit hier finanziell stark engagiert.

Der barrierefreie Ausbau kleinerer Stationen soll auch

weiterhin durch das Land (mit-)finanziert werden, da diese im ländlichen Raum den Zugang zur öffentlichen Mobilität und die Barrierefreiheit über die gesamte Reisekette sicherstellen. Hierzu bedarf es einer Übereinkunft mit dem Bund und der DB AG über eine gemeinsame Finanzierung des barrierefreien Ausbaus auch kleinerer Bahnhöfe.

Begründung

In den vergangenen gut zehn Jahren wurden knapp 100 Millionen Euro für den Ausbau von Bahnstationen, vor allem in den barrierefreien Zugang zu Bahnsteigen, und in die Züge investiert. Gemeinsam mit der DB AG und zum Teil mit dem Bund wurden hierfür verschiedene Bahnhofsmodernisierungsprogramme ins Leben gerufen und finanziert. Allerdings sind Bund und DB AG nur bereit, Stationen mit mindestens 1.000 Ein- und Aussteiger/-innen pro Tag barrierefrei auszubauen.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, für eine flächendeckende Barrierefreiheit in der gesamten Mobilitätskette, den Bund auf seine Verantwortung hinzuweisen und dafür Sorge zu tragen, dass mindestens eine Kofinanzierung durch den Bund für die Herstellung der Barrierefreiheit bei Bahnstationen unter 1.000 Ein- und Aussteiger/-innen pro Tag erreicht wird. Zudem sollte sich die Frage, wann ein Bahnhof barrierefrei zu gestalten ist, nicht nur an der Anzahl der Ein- und Aussteiger/-innen orientieren, sondern gleichzeitig an dem speziellen Bedarf, bedingt durch spezifische Anforderungen wie Krankenhäuser, Behinderten- sowie Kur- und Rehaeinrichtungen, ausrichten. Der Fokus ist hier auf den integrativen Aspekt zu legen.



V. Mobilität

3. Empfehlungen des Zukunftsforums

3.3 Forschung und Technologie zur Unterstützung der Mobilität

3.3.1 Herausforderungen

Die Arbeitsgruppe hat auf der Grundlage der beschriebenen Herausforderungen einer mobilen Gesellschaft⁵⁶ im demografischen Wandel folgende Empfehlungen ausgesprochen:

3.3.2 Gute Praxis – Beispiele und eigene Vorschläge



„Notruf (eCall)“

Beschreibung

Die Europäische Kommission plant im Rahmen der eSafety-Initiative die Einführung eines automatischen Notrufsystems (eCall) für Kraftfahrzeuge. Mit diesem System ausgestattete Fahrzeuge setzen unmittelbar nach dem Unfall selbsttätig einen Notruf an die nächstgelegene Notrufzentrale ab, die europaweit unter einer einheitlichen Nummer erreichbar ist. Auslöser für den Notruf sind Crash-Sensoren (auf Wunsch auch manuelle Auslösung per Taste). Die Notrufzentrale erhält automatisch eine genaue Standortmeldung sowie weitere unfallrelevante Daten des Fahrzeugs. Ferner kann eine Sprachverbindung in das Unfallauto aufgebaut werden, um durch den Kontakt zu den Geschädigten ggf. weitere Informationen über Art und Schwere der Verletzungen zu erhalten. Notwendige Rettungsmaßnahmen können auf diese Weise schnell und effektiv eingeleitet werden.

Am 4. Dezember 2014 bestätigte der Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments die entsprechende Einigung zwischen EU-Kommission, Parlament und Rat zur verbindlichen Einführung des automatischen Pkw-Notrufs eCall. Alle Leitstellen in Europa müssen bis zum 1. Oktober 2017 so aufgerüstet sein, dass der Notruf eCall in Übereinstimmung mit den entsprechenden Standards und Gesetzen in Kraft treten kann. Für Neufahrzeuge gilt die Pflicht zur Einrüstung ab dem 31. März 2018.

Aktuell wird auf europäischer Ebene ein CEF-Projekt (Connecting Europe Facility) vorbereitet, das von 15 Mitgliedsstaaten getragen wird. Das Projekt sieht vor, dass in allen beteiligten Ländern die Einrüstung der eCall-Leitstelleninfrastruktur vorgenommen wird. Koordinierender Antragsteller ist das Niedersächsische Wirtschaftsministerium, das in Absprache mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und dem Ausschuss für Informations- und Kommunikationswesen (AluK) des BMI den Intelligente Transport- und Verkehrssysteme und -dienste (ITS) Niedersachsen e. V. mit der Antragsvorbereitung beauftragt hat.

Das I_HeERO getaufte Projekt soll nach der Bewilligung im September 2015 starten und bei einer Laufzeit von zwei Jahren ein Gesamtvolumen von 30 Millionen Euro umfassen. Ziel ist es, in Deutschland bis zu 260 Leitstellen auszurüsten. Ferner sieht das von Niedersachsen koordinierte Projekt eine Ausweitung des Notrufs auf Lkw (mit Blick auf Gefahrguttransporte) und Motorräder vor. Mögliche Nachrüstlösungen werden in dem Projekt selber nicht vorgesehen, sollen aber parallel dazu entwickelt werden.



Begründung

Schnelle Hilfe in Unfallsituationen senkt die Todesrate und mildert Unfallfolgen. Geschätzt wird, dass durch die Einführung von eCall europaweit jährlich rund 2.500 Menschenleben gerettet und für eine Vielzahl der Fälle schwere Verletzungsfolgen abgemildert werden können.

Die Einführung des Notrufsystems ist insbesondere vor dem Hintergrund der beschriebenen höheren Vulnerabilität und Mortalität älterer Verkehrsteilneh-

merinnen und Verkehrsteilnehmer⁵⁷ gegenüber jüngeren ein maßgeblicher Baustein nachhaltiger Verkehrssicherheitsarbeit im demografischen Wandel.

Neben der geplanten verpflichtenden Ausstattung für Neufahrzeuge wäre ein Nachrüstmodul für den (freiwilligen) Einbau in vorhandene Pkw zweckmäßig. Dies ist nach Anfrage durch das Zukunftsforum bei möglichen Herstellern technisch machbar. Die Kosten einer Nachrüstung bestehender Fahrzeugtypen werden auf maximal 300 Euro geschätzt.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, Initiativen für die Herstellung von Nachrüstsystemen für eCall-Systeme zu unterstützen und ggf. auch eine geeignete Öffentlichkeitsarbeit bei der Einführung dieser Systeme zu begleiten.

ITS Niedersachsen GmbH
Hermann-Blenk-Straße 17
38108 Braunschweig
Harry-H. Evers, Geschäftsführer ITS Niedersachsen GmbH
Telefon: (0531) 35630-89
E-Mail: harry.evers@its-nds.de
<http://www.its-nds.de/pages/de/startseite.php>



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

46

„Fahrerassistenzsysteme – Kreuzungsassistent“

Beschreibung

Fahrerassistenzsysteme unterstützen den Fahrer oder die Fahrerin bei der Bewältigung der Fahraufgabe unter anderem in risikobehafteten Verkehrssituationen und leisten einen Beitrag zur Reduktion der Unfallgefahr. Eine Vielzahl unterschiedlicher Systeme ist bereits etabliert bzw. im Mittelklassensegment am Markt verfügbar. Diese Systeme wurden jedoch nicht vorrangig für die besonderen Fahranforderungen älterer Kraftfahrerinnen und -fahrer konzipiert. Mit Blick auf die spezifischen Unfallschwerpunkte von Seniorinnen und Senioren sind aber einige der Systeme gerade für diese Zielgruppe besonders geeignet.

Dies gilt in besonderem Maße für den noch im Forschungsstadium befindlichen innerstädtischen Kreuzungsassistenten. Die spezielle Herausforderung für den Menschen und insbesondere Seniorinnen und Senioren in Kreuzungssituationen besteht in der Vielzahl gleichzeitig zu erledigender Fahraufgaben: Sie müssen navigieren (sich für die richtige Straße entscheiden), auf einer taktischen Ebene den korrekten Fahrstreifen wählen, Absichten einer Vielzahl anderer Verkehrsteilnehmer und deren zukünftige Positionen einschätzen sowie kollisionsfrei das eigene Fahrzeug durch dieses dynamische und in seiner Anordnung (Fahrstreifenverläufe) häufig nicht sofort zu durchschauende Szenario steuern. Die meisten Unfälle mit Senioren ereignen sich innerhalb von Ortschaften in Kreuzungssituationen, also genau in diesen komplexen Verkehrssituationen.⁵⁸

Bisherige Ansätze verfolgen das Ziel, die Fahrerin und den Fahrer beim sicheren Passieren einer Kreuzung zu unterstützen.⁵⁹ Dabei werden beispielsweise mögliche Rotlichtverstöße oder Konflikte mit kollidierenden Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern angezeigt. Hilfreich ist ein Kreuzungsassistent insbesondere beim Linksabbiegen mit entgegenkommendem Verkehr. Auch beim Rechtsabbiegen werden Fahrradfahrerinnen und -fahrer sowie Fußgängerinnen und Fußgänger rechtzeitig sensorisch erfasst und die Fahrerin bzw. der Fahrer wird gewarnt.

Vom Institut für Regelungstechnik der TU Braunschweig (Prof. Dr. Maurer) wurden zwei weiterführende Konzepte für eine gezielte Unterstützung von Seniorinnen und Senioren entworfen.

Konzept 1:

In Großstädten und unbekannten Umgebungen mit dichtem Verkehr ist die korrekte Fahrstreifenwahl (Habe ich mich hier richtig eingeordnet?) eine zentrale Frage, die häufig einen Großteil der Aufmerksamkeit auf sich zieht. Eine zu spät erkannte falsche Fahrstreifenwahl kann die Verkehrssicherheit oder den Verkehrsfluss gefährdende Fahrmanöver (z. B. Wendemanöver oder nachdrückliche Einfädelmanöver) nach sich ziehen. Eine umfassende Unterstützung, die frühzeitig zuverlässig eine ungünstige oder fehlerhafte Fahrstreifenwahl meldet, kann nach Einschätzung der Experten der TU Braunschweig die Fahrerin und den Fahrer weiter entlasten. In unübersichtlichen Kreuzungen mit Ampelschaltung wäre sogar eine weitgehende Übergabe der Fahraufgabe an das automatisierte Fahrzeug denkbar. Damit würde die Fahraufgabe auch bei der Einhaltung des Fahrstreifens während des Abbiegevorgangs unterstützt werden.

Die Navigationsaufgabe auf Straßenebene wird bereits von den Navigationsgeräten weitestgehend übernommen, teilweise sogar inklusive eines Fahrstreifenvorschlags. Allerdings sind die in Serie befindlichen Geräte derzeit nicht in der Lage, innerstädtisch zu überprüfen, ob die Fahrerin bzw. der Fahrer den korrekten Fahrstreifen auch tatsächlich erreicht hat, und ggf. die Fahrerin/den Fahrer auf ihre/seine ungünstige oder falsche Fahrstreifenwahl hinzuweisen oder gar den Fahrstreifenwechsel eigenständig durchzuführen.

Ziel des Projekts ist eine prototypische Demonstration des technisch Machbaren im Rahmen eines Showcase. Teil der Demonstration ist die automatische Überfahrt einer komplexen mehrspurigen Kreuzung mit Lichtsignalanlagen (z. B. Braunschweig Europaplatz, Kennedy-Platz) entsprechend einer von der Fahrerin oder dem Fahrer vorgegebenen Route. Das Fahrzeug muss dazu in der Lage sein, in dichtem Verkehr die erforderlichen Fahrstreifenwechsel durchzuführen und sich in den Verkehrsfluss einzupassen. Die Übergabe an das System erfolgt in der Anfahrt auf

die Kreuzung. Die Ampelphasen werden dem Fahrzeug in der ersten prototypischen Darstellung vom Fahrer mitgeteilt, in einer späteren Ausbaustufe wäre eine Automation via Vehicle-to-Infrastructure-Kommunikation oder kamerabasierter Detektion der Ampelphase denkbar.

Dieses Konzept zielt auf eine präventive Vermeidung von kritischen Situationen in Kreuzungsbereichen durch eine automatisierte Umsetzung der Fahraufgabe.

Konzept 2 (alternativ):

Folgendes Szenario liegt diesem zweiten Konzept zugrunde: Eine Fahrerin/ein Fahrer ist beim Linksabbiegen in eine Kreuzung hineingefahren und fühlt sich mitten auf der Kreuzung mit der Situation überfordert. Ziel des Assistenzsystems ist die Auflösung dieser Stress- oder Gefährdungssituation durch die Übernahme der Fahraufgabe. Dabei ist es dem Fahrzeug freigestellt, entlang einer vorgegebenen Route die Fahrt fortzusetzen oder den Weg des geringsten Risikos zur Räumung der Kreuzung zu wählen.

Die technische Herausforderung besteht in der Wahrnehmung des Kreuzungsumfelds mit Reichweiten von bis zu 100 m in Richtung des Gegenverkehrs sowie der Wahrnehmung und Intentionsschätzung der Vielzahl an Verkehrsteilnehmern im direkten Fahrzeugumfeld. Insbesondere die sichere Erkennung der Nichtexistenz anderer Verkehrsteilnehmer (die Straße ist frei, von vorne kommt nichts) stellt hohe Anforderungen an die Sensoren und verarbeitenden Algorithmen und gewinnt erst mit dem Schritt in Richtung Automation ohne Überwachung durch die Fahrerin/den Fahrer an Bedeutung.

Zudem ist vom System eine hinsichtlich einer Minimierung des Risikos geeignete Strategie zur Lösung der Situation zu wählen, die in diesem „Notfall“ nicht zwangsläufig der Routenvorgabe folgen muss (auch um Missbrauch in Form einer häufigen Verwendung bei normaler Überfahrt der Kreuzung vorzubeugen).

Dabei soll im Gegensatz zu vielen anderen Ansätzen, die auf eine kostspielige Ausstattung der Verkehrsinfrastruktur setzen, die Aufgabe mit „bordautonomen Mitteln“, also mit am Fahrzeug verbauter Sensorik gelöst werden. Diese Vorgehensweise hat vor allem Vorteile hinsichtlich der Verfügbarkeit eines derartigen Systems, da es nicht auf speziell ausgestattete Kreuzungen angewiesen ist. Die Anforderungen adressieren aber auch die Grenzen heutiger Sensor-Technologien. Daher ist dieser Konzeptentwurf bezüglich eines Showcase mit einem höheren technischen Risiko verbunden als Konzept 1.

Im Gegensatz zum Konzept 1 zielt das Konzept 2 auf eine automatisierte Entschärfung einer manuell herbeigeführten Gefährdungs- bzw. Stresssituation.



TU Braunschweig / Institut für Regelungstechnik



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

Begründung

Konzept 1:

Unübersichtliche Kreuzungssituationen im dichten Großstadtverkehr stellen insbesondere ältere Menschen vor besondere Herausforderungen und sind damit eine mögliche Ursache für die selbst auferlegte Mobilitätseinschränkung bzw. für ein erhöhtes Unfallrisiko. Eine gezielte Entlastung in diesen kniffligen Situationen durch ein entsprechend ausgelegtes Fahrerassistenzsystem, das beispielsweise bei der korrekten Fahrstreifenwahl unterstützt, verspricht daher, einen Beitrag zum Erhalt der Mobilität für Ältere zu leisten.

Eine prototypische Umsetzung eines derartigen Systems, wie es von der TU Braunschweig vorgeschlagen wird, macht die Funktion „erfahrbar“ bzw. erlebbar und trägt so zum besseren Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen heutiger Technologien bei.

Konzept 2:

Dieses zweite Konzept adressiert ebenfalls das Thema der möglicherweise selbst auferlegten Mobilitätseinschränkung aufgrund des Respekts vor komplexen innerstädtischen Kreuzungssituationen. Der beschriebene Kreuzungsassistent stellt eine technische Rückfallebene dar, die im Bedarfsfall aktiviert werden kann und somit älteren Menschen gezielte Unterstützung anbietet. Durch die bedarfsorientierte Aktivierung ist der Fahrer/die Fahrerin weiterhin gefordert, im Normalfall die Kreuzungsüberfahrt selbst durchzuführen. So bleibt der Fahrer/die Fahrerin weiterhin im Training.



Empfehlung

Die Landesregierung wird gebeten, die Entwicklung eines Kreuzungsassistenten einschließlich der Nachrüstsysteme zu initiieren und entsprechende Vorhaben wie zum Beispiel das Projekt der Leibniz Universität Hannover, der Technischen Universität Braunschweig, der Technischen Universität Clausthal und der Volkswagen AG zu unterstützen. Federführend ist hier Prof. Dr. Maurer von der TU Braunschweig. Eine enge Zusammenarbeit mit der Continental AG bzw. der Bosch AG wäre ebenfalls zu prüfen.

Prof. Dr.-Ing. Markus Maurer
Technische Universität Braunschweig
Institut für Regelungstechnik
Hans-Sommer-Straße 66
38106 Braunschweig
Telefon: (0531) 391-3838
E-Mail: maurer@ifr.ing.tu-bs.de

47

„Intelligenter Rollator“

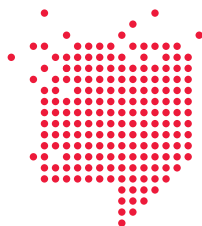
Beschreibung

Der „Standard-Rollator“ soll im ersten Schritt mit Leichtbaumaterialien und Teleskopbauweise hin zu einem „HighTech-Rollator“ weiterentwickelt werden. So soll dieses Modell etwa auf Knopfdruck zu einer praktischen und gut handhabbaren Gehhilfe werden, welche dann platzsparend transportiert werden kann. Im weiteren Verfahren könnte ein Notrufsystem integriert werden, bei dem Sensoren in Verbindung mit einem Mobiltelefon dafür sorgen, dass ein Sturz automatisch das Anwählen eingespeicherter Notrufnummern auslöst, die Freisprechfunktion aktiviert wird und eine hilflose Person über GPS (Global Positioning System) geortet werden kann.

Aber auch die Planung einer barrierefreien Reiseroute könnte durch die altersgerechte Technologie (Smartphone) mit in das Konzept integriert werden. Über moderne Sensorik und Kommunikationstechnik lassen sich Rollatoren bald mit Assistenzsystemen versehen wie ein Automobil und können selbstständig Hindernisse erkennen und intelligent umgehen. Auch die Kommunikation etwa mit Ampelanlagen ist denkbar.

Begründung

Moderne Technik kann helfen, dass ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen länger und sicherer mobil bleiben. Gerade die Gruppe der 75-jährigen Personen, die in den nächsten Jahrzehnten stark anwächst, leidet unter Muskel- und Skelettproblemen und benötigt für ihre Mobilität einen Rollator. Für Bus- und Straßenbahn-, aber auch für Taxifahrten stellen die bisherigen Ausführungen ein sperriges Hindernis beim Ein- und Ausstieg sowie beim Wechsel zwischen den Verkehrssystemen dar. Viele ältere Menschen verzichten daher oftmals ganz darauf, Busse und Bahnen zu benutzen. Schulungen und Trainings sind zur Nutzung von Rollatoren im öffentlichen Nahverkehr, auch aufgrund der technischen Beschaffenheit der Geräte, oft unabdingbar.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, die Entwicklung derartiger Hilfsmittel zu unterstützen, etwa durch die Vernetzung verschiedener Akteure und Forschungseinrichtungen.

Prof. Dr. Jürgen Howe
Technische Universität Braunschweig
Institut für Psychologie
Abteilung Gerontopsychologie
Bültenweg 74/75
38106 Braunschweig
Telefon: (0531) 391 - 2823
E-Mail: j.howe@tu-braunschweig.de



3. Empfehlungen des Zukunftsforums

48

„Notruf- und Servicesäule“

Beschreibung

Im Rahmen eines vom Ministerium des Bundes für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts zur Erleichterung der Übergänge für ältere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln (SIMBA) wurde von der Technischen Universität Braunschweig (Abteilung Gerontopsychologie) eine Notruf- und Servicesäule entwickelt. Sie ermöglicht einen freien Zugang zum Internet und bietet auf Knopfdruck verschiedene Informationen.

SIMBA ist ein Assistenzsystem, das Seniorinnen und Senioren auf ihren Wegen unterstützt und sie sicher von der Haustür zum Ziel und wieder zurück leitet; unter Nutzung einer möglichst barrierefreien Mobilitätskette. Das System basiert auf leicht zu bedienenden Endgeräten und der darin eingebauten Navigationstechnologie. Es wurde so gestaltet, dass es zwei wesentlichen Kriterien gerecht wird. Erstens werden Informationen über altersgruppenrelevante Wegpunkte (zum Beispiel Sitzbänke, öffentliche Toiletten) in die Routenankunft eingebunden, zweitens wird es zum Systemstart möglich sein, über die Anwendung Dienstleistungen (zum Beispiel persönliche Beratung, Hilfsfunktion) anzufragen.

Diese Funktionen sollen in Form einer Applikation auf dem Smartphone und einer Webanwendung zur Verfügung stehen. Unterstützt wird das System mit den Notruf- und Servicesäulen zur Hilfestellung als ortsfeste Kommunikationspunkte.

Die Säulen werden hinsichtlich ihrer Funktionen an die individuellen Anforderungen angepasst: Neben Notruffunktion und gesetzeskonformer Aufbewahrung von Rettungsmitteln gibt es die Integration zum Beispiel von Freisprech- oder GSM-Modulen, interaktiven Monitoren oder Überwachungskameras.

Das System in Braunschweig bietet zudem Informationen für junge und alte Menschen an. Dazu gehören Gesundheits-Apps, Notarzttrufnummern, Wege zum Krankenhaus, zu touristischen Zielen, zu Toiletten, zu Wickeltischen, zu Bankautomaten, zum Bahnhof und zu Bus- und Straßenbahnhaltstellen.

Es sind bereits 41 Säulen zum Preis von jeweils ca. 40.000 Euro von einer Werbefirma bestellt worden. Eine empirische Untersuchung mit über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hat gezeigt, dass eine derartige Technologie für sinnvoll erachtet wird.

Begründung

Den einfach zu bedienenden Notrufsäulen kommt bei der Sicherstellung barrierefreier Mobilitätsketten eine zentrale und wichtige Funktion zu, um im Notfall schnell reagieren und helfen zu können.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, das System SIMBA weiter zu erproben und in seiner Funktionsweise zu evaluieren und so das Forschungsvorhaben zu unterstützen.

SIMBA:

Jörg Meier, Braunschweiger Verkehrs-GmbH
Am Hauptgüterbahnhof 28, 38126 Braunschweig
Telefon: (0531) 383-2701, E-Mail: joerg.meier@verkehr-bs.de
<http://www.verkehr-bs.de/>

Notruf- und Servicesäule

Prof. Dr. rer. nat. Jürgen Howe, Technische Universität Braunschweig
Institut für Psychologie, Abteilung Gerontopsychologie
Bültenweg 74/75, 38106 Braunschweig
Telefon: (0531) 391 - 2823, E-Mail: j.howe@tu-braunschweig.de
<http://www.geniaal-mobil.de/>



49

„Kommunikations- systeme in Kleidung“

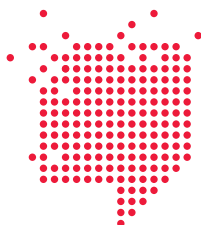
Beschreibung

„Intelligente Kleidung“ – Smart Clothes bestehen aus einem Gemisch aus traditionellen Fasern und Mikrosensoren, welche die Körperaktivitäten ihrer Trägerin oder ihres Trägers messen, analysieren und an Smartphones und andere Geräte weiterleiten können. Besondere Kleidungsstücke für Seniorinnen und Senioren registrieren ungewöhnliche Körperaktivitäten und schlagen Alarm. Diese Bekleidung kann etwa auch den Blutdruck überwachen, den Notruf verständigen oder sogar Diabetikern Insulin verabreichen. Diese Funktionen könnten mit den unter 42 beschriebenen Notruf- und Servicesäulen kombiniert werden.

Begründung

Das Projekt SIMBA an der TU Braunschweig in Kooperation mit der Braunschweiger Verkehrs-GmbH und einigen weiteren Partnerinnen und Partnern hatte die Zielsetzung eine auf dem Smartphone zu nutzende App zur Mobilitätsplanung mit Informationen über Fußwege, Sitzbänke, Toiletten und Ärztinnen und Ärzte zu entwickeln.

Bei der Nutzerrückmeldung der ersten Entwicklungslösung zeigte sich bei fünf von sechs älteren Personen, dass sie durch die Lenkung der Aufmerksamkeit auf das Smartphone abgelenkt waren und Risiken im Straßenverkehr (wie Hindernisse, andere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, Bodenunebenheiten usw.) nicht mehr hinreichend wahrnahmen. Um die technischen Features der Smartphones dennoch problemloser nutzen zu können, wird daher vorgeschlagen, in Kleidung integrierte Kommunikationssysteme über Sprachsteuerung zu entwickeln (hands-free), dies könnte auch mit der Entwicklung des „Hightech-Rollators“ verbunden werden. Die Hände können so am Rollator bleiben.



Empfehlung

Das Zukunftsforum empfiehlt der Landesregierung, entsprechende Forschungsvorhaben zu unterstützen.

Prof. Dr. Jürgen Howe
Technische Universität Braunschweig
Institut für Psychologie
Abteilung Gerontopsychologie
Bültenweg 74/75
38106 Braunschweig
Telefon: (0531) 391 - 2823
E-Mail: j.howe@tu-braunschweig.de



IV. Fazit und Ausblick

Zukunftsforum Niedersachsen - Wie geht es weiter?

Das Zukunftsforum blickt auf einen erfolgreichen ersten Arbeitszyklus 2014/2015 zurück: In einem fachlich breiten und anspruchsvollen Austausch wurden im vergangenen Jahr Erfahrungen und Wissen aus allen gesellschaftlichen Bereichen erhoben und analysiert. Dabei haben die vielfältigen und interdisziplinären Ergebnisse gezeigt, wie wichtig der neue Ansatz des Dialogs und der Vernetzung bei der Gestaltung der demografischen Veränderungsprozesse ist.

Die Landesregierung wird die Empfehlungen des Zukunftsforums jetzt intensiv prüfen und die besten Vorschläge in ihre Arbeit aufnehmen.

Mit dem Thema „Starke Städte und lebendige Dörfer“ geht das Zukunftsforum nun in die nächste Phase seiner Arbeit. Das Zukunftsforum und neu konstituierte Arbeitsgruppen werden 2015/16 „Gute-Praxisbeispiele“ für die Stabilisierung und Aufwertung der Städte, insbesondere auch der Stadtmitten und den Erhalt lebenswerter Dörfer durch integrierte Gemeinschaftsprojekte ermitteln und aufbereiten.

1. Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des LSN von 2010. Neben der demografischen Entwicklung in den niedersächsischen Gebieten wurden folgende Annahmen der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verwendet: Geburtenhäufigkeit: 1,4 Kinder je Frau, Lebenserwartung: Basisannahme, Wanderungssaldo: 100 000 ab 2014.
2. Stand 31.12.2013
3. Nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung wird auch weiterhin von einer kontinuierlich ansteigenden Lebenserwartung in Deutschland ausgegangen; 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Statistisches Bundesamt 2015.
4. http://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/arbeitsfachkraefteversicherung_niedersachsen/www.fachkraefteinitiative.niedersachsen.de-122524.html.
5. Braunschweig: http://www.arl-bs.niedersachsen.de/startseite/strategie_planung/regionale_handlungsstrategie/regionale-handlungsstrategie-125764.html
Leine-Weser: http://www.arl-lw.niedersachsen.de/startseite/wir_ueber_uns/wegweiser/strategie_planung/regionale_handlungsstrategie/strategie-planung-127421.html
Lüneburg: http://www.arl-lg.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/strategie_planung/regionale_handlungsstrategie/Weser-Ems: http://www.arl-we.niedersachsen.de/regionale_handlungsstrategie/regionale-handlungsstrategie-125615.html
6. Mitglieder des Zukunftsforums im Anhang.
7. Bericht der Enquete-Kommission, Niedersächsischer Landtag – 15. Wahlperiode Drucksache 15/3900.
8. Vgl. Fußnote 7.
9. Wolfgang Tietze, Fabienne Becker-Stoll, Joachim Bense, Andrea G. Eckhardt, Gabriele Haug-Schnabel, Bernhard Kalicki, Heidi Keller, Birgit Leyendecker, Hrsg., NUBBEK: Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit Fragestellungen und Ergebnisse im Überblick, Berlin, 2012. <http://www.nubbek.de/media/pdf/NUBBEK%20Broschuere.pdf>
10. Tenenbaum, H., Alfieri, L., Brooks, P. J., Dunne, G., The effect of explanatory conversations on children's emotion understanding. British Journal of Developmental Psychology, 2008, 26, S. 249-263; Ornaghi, V., Grazzani, I., Cherubin, E., Conte, E. & Piralli, F., Let's talk about emotions. The effect of conversational training on preschoolers' emotion comprehension and prosocial orientation. Social Development, online preprint, 2014.
11. Buschmann, A. & Jooss, B., Alltagsintegrierte Sprachförderung in der Kinderkrippe. Zur Effektivität des „Heidelberger Trainingsprogramms“. Verhaltenstherapie und Psychosoziale Praxis, 41, 2009, 569-578.
12. Buschmann, A. & Sachse, S., Alltagsintegrierte Sprachförderung in der Kita - Konzept und Wirksamkeit des „Heidelberger Trainingsprogramms“, in: Textor, M. (Hrsg.) Online Kindergartenhandbuch, 2011, <http://www.kindergartenpaedagogik.de/2182.html>. Simon S. & Sachse S., Anregung der Sprachentwicklung durch ein Interaktionstraining für Erzieherinnen. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 14, 2013, 379-397.
13. Denham, S.A., Caverly, S., Schmidt, M., Blair, K., DeMulder, E., Caal, S., Hamada, H. & Mason, T., Preschool understanding of emotions: contributions to classroom anger and aggression. Journal of Child Psychology and Psychiatry, 43, 2002, 901-916.
14. Hölling, H., Erhardt, M., Ravens-Sieberer, U. & Schlack, R., Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen. Erste Ergebnisse aus dem Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS). Bundesgesundheitsblatt-Gesundheitsforschung-Gesundheitsschutz, 2007, 50, S. 784-793.
15. „Kita-Mobil“ verfolgt noch weitere Projektziele aus den Bereichen Mobilität, Pädagogik, Finanzierung und Ehrenamt, die an dieser Stelle nicht vollumfänglich ausgeführt werden können. Insgesamt wurden mehr als 53 Einzelmaßnahmen in diesen Bereichen eingeleitet. Für die Arbeitsgruppe waren vor allem die Aspekte der Mobilität und der länderübergreifenden Zusammenarbeit relevant. Beschreibung und weiterführende Informationen unter: <http://www.kitamobil.de/>.
16. Die nachfolgenden Abschnitte basieren auf: http://www.kib-ol.de/Kitas/doc_997104-20.html.
17. vgl. dazu die Ergebnisse des Projektes neXTkultur: <http://www.nextkultur.de>.
18. Der folgende Abschnitt basiert auf: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.), Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen, Bielefeld, 2014; A. Wolter, Bildungszugänge und –übergänge: Aktuelle Herausforderungen in der Aus- und Weiterbildung vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, Vortrag Juli 2014 in Hannover.
19. http://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/arbeitsfachkraefteversicherung_niedersachsen/www.fachkraefteinitiative.niedersachsen.de-122524.html.
20. http://www.mk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=35458&article_id=127985&psmand=8
21. http://www.mwk.niedersachsen.de/themen/studium/doppelte_abiturjahrgang/der-doppelte-abiturjahrgang---niedersachsens-hochschulen-sind-gut-vorbereitet-90049.html
22. http://www.mwk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=6257&article_id=126787&psmand=19
23. Weiterführende Informationen unter: www.offene-hochschule-niedersachsen.de
24. Weiterführende Informationen auf dem Weiterbildungsportal unter: www.nds.kursportal.info/g7951
25. Weiterführende Informationen unter: www.nds.kursportal.info/
26. S. Rahmenkonzept für Bildungsregionen in Niedersachsen unter: http://www.mk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1820&article_id=130847&psmand=8
27. Weiterführende Informationen unter: <http://www.rgz-nds.de/>
28. Anteil der Personen, die über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen und nicht an Bildung teilnehmen, d.h. die zum Zeitpunkt der Befragung keine Schule oder Hochschule besucht haben. Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2013.
29. Die KMK-Prognose von 2014 geht davon aus, dass die Studierendenzahlen bis zum Jahr 2016 auf 504 000 Studienanfängerinnen und Studienanfänger steigen und dann zwar allmählich zurückgehen, aber bis zum Ende des Prognosezeitraums bei deutlich über 450.000 liegen. Für das Jahr 2025 rechnet die aktuelle Prognose mit 465 000 Studienanfängerinnen und Studienanfängern und damit einem höheren Niveau als im Jahr 2010. In den vergangenen Jahren mussten die KMK-Prognosen regelmäßig nach oben korrigiert werden. STÄNDIGE KONFERENZ DER KULTUSMINISTER DER LÄNDER IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Kommission für Statistik. Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2014-2025. Berlin, 08.05.2014.

-
30. Vgl. den Abschnitt zur Beruflichen Bildung und Berufsorientierung, Abschnitt 3.1.
31. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu Karrierezielen und –wegen an Universitäten, Dresden, 11.07.2014, Drs. 4009-14.
32. Hochschulrektorenkonferenz, Orientierungsrahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nach der Promotion und akademischer Karrierewege neben der Professur, Empfehlung der 16. HRK-Mitgliederversammlung am 13.5.2014 in Frankfurt am Main.
33. Die obengenannten Empfehlungen ergänzend sind zusätzlich die Beschäftigungsbedingungen und Karrierewege des nicht wissenschaftlichen Personals („Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Technik und Verwaltung“) einzubeziehen.
34. „Informell erworbene Lernergebnisse entstehen in nicht-formalisierten Lernsettings (zum Beispiel Arbeitsleben, soziales Umfeld) und sind nicht durch Zertifikate (zum Beispiel Abschluss- und Prüfungszeugnisse) belegt. Eventuell liegen dennoch Dokumente vor, die den Erwerb des Lernergebnisses – ggf. indirekt oder aspekthaft – dokumentieren (zum Beispiel betriebliche Dokumente, Arbeitsproben).“ http://ankom.his.de/pdf_archiv/Glossar.pdf.
35. „Nicht-formal erworbene Lernergebnisse entstehen in formalisierten Lernsettings (zum Beispiel berufliche oder hochschulische Weiterbildungseinrichtung, Einrichtung der Erwachsenenbildung), sind aber nicht durch breit akzeptierte Zertifikate (zum Beispiel Abschluss- und Prüfungszeugnisse) belegt. Eventuell liegen dennoch Dokumente vor, die den Erwerb des Lernergebnisses – ggf. indirekt oder aspekthaft – dokumentieren (zum Beispiel Lern- und Arbeitsmaterialien, Inhaltsangaben).“ Ebd.
36. Vgl. Fußnote 35.
37. Vgl. Fußnote 34.
38. Bundesweit anerkannte Ehrenamtsausbildung als Jugendleiter/-in, die von Jugendverbänden, Jugendringen, Jugendinitiativen, Jugendämtern und verschiedenen Einrichtungen der Jugendarbeit angeboten wird.
39. Die Maßnahme ist Teil eines landesweiten Programmes mit dem das Land Niedersachsen Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliche Integrationslotsinnen und Integrationslotsen fördert. Grundlage dieser Förderung ist die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung von ehrenamtlich Tätigen für die Unterstützung von Migrantinnen und Migranten im Partizipationsprozess (Richtlinie Integrationslotsinnen und Integrationslotsen).
40. Flade, A. Limbourg, M und Schlag B.(Hrsg.), 2001 Mobilität älterer Menschen. Opladen :Leske und Budrich.
41. Bericht der Enquete-Kommission – „Demografischer Wandel – Herausforderung an ein zukunftsfähiges Niedersachsen“, Hannover 2007, S. 228 ff.
42. Im zweiten Arbeitszyklus des „Zukunftsforums Niedersachsen“ wird das Thema: „Starke Städte und lebendige Dörfer in den ländlichen Räumen“ bearbeitet. Dabei wird die Optimierung der regionalen Infrastruktur sowie mobiler Angebote auch im Sinne einer Mobilitätsvermeidung thematisiert.
43. Siehe oben.
44. Siehe auch: 3.2.2.2 Projekte für mobilitätseingeschränkte Personen
45. Forschungsvorhaben: Mobilitäts- und Angebotsstrategien in ländlichen Räumen: Handlungsmöglichkeiten von ÖPNV-Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte flexibler Bedienungsformen, Auftraggeber: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Auftragnehmer: Intraplan Consult GmbH, Universität Kassel - Fachgebiet Verkehrsplanung und Verkehrssysteme, Gerhard Löcker, Laufzeit: Oktober 2013 bis Juli 2015.
46. z.B. „Modellregion Mobilität im ländlichen Raum in den Landkreisen Wolfenbüttel und Helmstedt“ „Integriertes Mobilitätskonzept für den Landkreis Cuxhaven“ und „Stärkung der Mobilität in ländlichen Räumen durch flexible und alternative Bedienformen im Öffentlichen Personenverkehr“. Diese Vorhaben sind in der Projektdatenbank beschrieben.
47. Von 2008 bis 2012 wuchs der Anteil der 65-jährigen und Älteren, die einen Führerschein besaßen in Deutschland um 43 %. Im Vergleich dazu stieg der Anteil der Gruppe der 18-64 jährigen Führerscheininhaberinnen und -inhaber lediglich um 28 %. Zusätzlich ist die Fahrleistung der älteren Personengruppe in den vergangenen 15 Jahren erheblich angestiegen. Kunert U., Radke, S., Chlond ,B. und Kargerbauer, M 2012, Auto-Mobilität: Fahrleistungen steigen 2011 weiter. DIW Wochenbericht Nr. 47, 2012.
48. Shell PKW-Szenarien bis 2040, Fakten, Trends und Perspektiven für Auto-Mobilität, Herausgeber Shell Deutschland Oil GmbH, Hamburg, 2014, S. 35. Sowie: Sicherheit und Mobilität älterer Verkehrsteilnehmer, Jörg Kubitzki, Timmo Janitzek, Herausgeber Allianz, ETSC, Ismaning und Brüssel 2009, S. 44.
49. EU-Projekt IMMORTAL 2003, Holland, Handley und Feetam , 2003 n.v.a.
50. Laut Statistischem Bundesamt (2013) betrug der Anteil der Todesopfer der über 65-jährigen 29,9 %. Schwere Verletzungen erlitten unfallbedingt 25,3 % gegenüber dem Anteil den unter 65-jährigen von 15,9 %.
51. Einen Überblick über die betroffenen Gruppen gibt die Grafik von Seipel in ein Beitrag zur Komplexität an Knotenpunkten innerhalb geschlossener Ortschaften – Sicherheit im Straßenverkehr für Kinder, Senioren und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Dissertation, Universität Wuppertal 2013, S.38.
52. Szarvas,I. Nitsch, M.Lambacher,O. Howe, J.,Reichwaldt, N. von Bargaen,T.und Haux,T. 2013 .Possibilities and Acceptance of Mobile Information Technologies for the elderly-First Results of an Empirical Study. In C.U. Lehmann, E. Ammenwerth und C.Nohr (Eds.) MEDINFO 2013 –Proceedings of the 14th World Congress on Medical and Health Informatics (vol. 192 ,S. 948) Amsterdam: IOS Press
53. <http://www.stk.niedersachsen.de/startseite/themen/demografie/sicher-und-gut-unterwegs-132659.html>
54. https://www.adac.de/adac_vor_ort/niedersachsen-sachsen-anhalt/verkehr/Fit_auf_der_Strasse.aspx
55. Die Darstellung wurde dem Gemeinsamen Schlussbericht des Verbundprojekts „MogLi / Barrierefreier Schülerverkehr“ entnommen (September 2012; http://www.fk-reha.tu-dortmund.de/Geistigbehinderten/cms/Mediapool/Dokumente/MogLi_Abschlussbericht_2012_09_14_final.pdf).
56. Bezüglich der Darstellung wird auf die Ausführungen unter Punkt 3.2.1 verwiesen.
57. Siehe Punkt 3.2.1.
58. vgl. Darstellung in diesem Bericht unter 3.2.1
59. Beschreibung siehe Heiko Johannsen und Gerd Müller in Mobilität und demografische Entwicklung – Eugen –Butz-Stiftung BD 7 Seite 230.

Mitglieder und Vertreterinnen und Vertreter des Zukunftsforums Niedersachsen

Nr.	Name	
1.	PD Dr. Jürgen M. Bauer Direktor der Universitätsklinik für Geriatrie, Klinikum Oldenburg Leiter Geriatriisches Zentrum Oldenburg	17. Niedersächsischer Städtetag Hauptgeschäftsführer Heiger Scholz Vertreter: Referent Axel Ebeler
2.	Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der juristischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover	18. Niedersächsischer Landkreistag Vizepräsident Landrat Bernhard Reuter Vertreter: Geschäftsführendes Vorstands- mitglied Prof. Dr. Hubert Meyer
3.	Prof. Dr. Christiane Dienel Präsidentin der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/ Holzminden/Göttingen	19. Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund Präsident Dr. Marco Trips
4.	Prof. Lothar Eichhorn Abteilungsleiter im Landesamt für Statistik Niedersachsen, Honorarprofessor der Leibniz Universität Hannover	20. Niedersächsische IHK-Arbeitsgemeinschaft Hannover-Braunschweig Hauptgeschäftsführer Dr. Horst Schrage
5.	Prof. Dr. Reinhold Haux Geschäftsführender Direktor des Peter L. Reichertz Instituts für Medizinische Infor- matik der Technischen Universität Braun- schweig und der Medizinischen Hochschule Hannover	21. Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag Hauptgeschäftsführerin Dr. Susanne Schmitt
6.	Prof. Dr. Jürgen Howe Leiter der Abteilung Gerontopsychologie am Institut für Psychologie Technische Universität Braunschweig	22. Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim Sven Ruschhaupt, Vertreterin: Dr. Hildegard Sander, Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen
7.	PD Dr. Uwe Hunger Fellow am Forschungskolleg „Zukunft menschlich gestalten“ Universität Siegen, Privatdozent am Institut für Politikwissen- schaft Westfälische Wilhelms-Universität Münster	23. Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller
8.	PD Dr. Susanne Kirchhoff-Kestel Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät an der Technischen Universität Dortmund	24. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt Landesvorsitzender Hartmut Tölle
9.	Prof. Dr. Karin Kurz Institut für Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen	25. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt Hartmut Meine Vertreter: Bezirkssekretär Thomas Müller
10.	Prof. Dr. Axel Priebs Erster Regionsrat der Region Hannover, Honorarprofessor der Leibniz Universität Hannover	26. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt Landesbezirksleiter der Vereinten Dienstleistungsge- sellschaft ver.di, Landesbezirk Niedersachsen- Bremen Detlef Ahting, Vertreter: Ulf Birch, Leiter Abteilung Politik und Planung, ver.di, Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
11.	Dr. Armgard von Reden Lehrbeauftragte an der Fakultät für Elektro- technik und Informatik der Leibniz Universität Hannover	27. LAG der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen e. V. Reinhard Kühn, Referent Caritasverband für die Diözese Hildesheim e. V., Vertreter: Christian Boenisch, Vorsitzender Paritätischer Wohlfahrtsverband Nds. e. V.
12.	Dr. Margitta Rudolph Geschäftsführerin der Volkshochschule Hildesheim GmbH	28. Sozialverband Deutschland, Landesverband Niedersachsen e. V. Landesvorsitzender Adolf Bauer Vertreter: Landesgeschäftsführer Dirk Swinke
13.	Prof. Dr. Maria von Salisch Institut für Psychologie an der Leuphana Universität Lüneburg	29. Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge in Niedersachsen Dr. Anwar Hadeed, Projektleiter Vertreter: Geschäftsführer Habib Eslami
14.	Dr. Volker Schmidt Vorsitzender des Aufsichtsrates der Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft GmbH	30. Rat der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen Landesbischof Ralf Meister
15.	Klaus Stietenroth Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Niedersachsen – Bremen der Bundesagentur für Arbeit Vertreter: Geschäftsführer Grundsicherung Klaus Oks	31. Katholisches Büro Niedersachsen Leiter des Katholischen Büros Niedersachsen Prälat Prof. Dr. Felix Bernard, Vertreter: Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Pastoral im Bischöflichen Generalvikariat Martin Wrasmann
16.	Prof. Dr. Barbara Zibell Leiterin der Abteilung Planungs- und Architektursoziologie am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der Leibniz Universität Hannover	32. Gemeinsame Vertreterin des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen e. V. Schura Niedersachsen und des DITIB Landesverban des Niedersachsen und Bremen e. V., Stellvertretende Vorsitzende des DITIB Landesverbandes Niedersachsen und Bremen e.V. Penbe Güldogan
		33. Landesfrauenrat Niedersachsen e. V. Mitglied im Vorstand Mechthild Schramme-Haack Vertreterin: Dr. Christa Karras
		34. Landesseniorenrat Niedersachsen e. V. Vorsitzende Ilka Dirnberger Vertreter: Mitarbeiter im Vorstand Rolf-Eberhard Irrgang
		35. Landesjugendring Niedersachsen e. V. Geschäftsführer Björn Bertram

Übersicht über die Mitglieder der Arbeitsgruppen Bildung

Nr.	Name		
1.	Miriam Albers Schulleiterin Pestalozzischule Goslar, Entsendende Institution: Katholisches Büro Niedersachsen	26.	Horst Kowalewski Vormals Geschäftsführer des Bildungswerks der Niedersächsischen Wirtschaft gemeinnützige GmbH
2.	Garnet Alps Bezirkssekretärin IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt	27.	Prof. Dr. Karin Kurz Institut für Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen
3.	Heinz Ameskamp Vorsitzender des Berufsschullehrerverbands Niedersachsen (BLVN), Entsendende Institution: Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion	28.	Volker Linde NIHK Sprecher Berufsausbildung sowie AL Berufsbildung in der IHK Lüneburg –Wolfsburg, Entsendende Institution: Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag
4.	Prof. Dr. Kilian Bizer Direktor des Volkswirtschaftlichen Instituts für Mittel- stand und Handwerk an der Universität Göttingen	29.	Eckhardt Lotze Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
5.	Olaf Brandes Geschäftsführer der Stiftung NiedersachsenMetall	30.	Bernhard Marsch Schulleiter der BBS Neustadt am Rübenberge
6.	Prof. Dr. Hiltraud Casper-Hehne Vizepräsidentin für Internationales an der Universität Göttingen	31.	Kerstin Ohlde Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser
7.	Angela Denecke Geschäftsführerin Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, Entsendende Institution: LAG der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen e. V.	32.	Antje Peters Geschäftsführerin des Landesfrauenrats Niedersachsen e. V.
8.	Brigitte Dieterich Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen	33.	Marianne Putzker Leiterin der Kooperationsstelle Hochschulen-Gewerkschaf- ten an der TU Braunschweig, Entsendende Institution: ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen
9.	Ruben Eick Vorstand des Landesjugendrings Niedersachsen e. V.	34.	Dr. Armgard von Reden Lehrbeauftragte an der Leibniz Universität Hannover Fakultät für Elektrotechnik und Informatik
10.	Klaus Fick Fachberater Berufsorientierung an Gymnasien (FBBO bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde	35.	Dr. Magitta Rudolph Geschäftsführerin der Volkshochschule Hildesheim gemeinnützige GmbH
11.	Manfred Fischer Beigeordneter im Niedersächsischen Landkreistag Schule, Kultur, Wirtschaft(sförderung), Fremdenverkehr und Verkehr, Energiewirtschaft	36.	Günther Rübsam Berater Ausbildungsmarkt Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen
12.	Thomas Friedrich LandesSportBund Niedersachsen e. V.	37.	Sven Ruschhaupt Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Osnä- brück-Emsland-Grafschaft Bentheim, Entsendende Institution: Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen
13.	Prof. Dr. Wolfgang-Uwe Friedrich Präsident der Stiftung Universität Hildesheim	38.	Jürgen Schlote / Kai Aurin Geschäftsführer Schlote Holding GmbH / Personalleiter Schlote Holding GmbH
14.	Prof. Dr. Siegfried Greif Institut für Psychologie an der Universität Osnabrück	39.	Prof. Dr. Susanne Stobbe Vizepräsidentin für Lehre, Studium und Weiterbildung Ostfalia Hochschule Standort Wolfenbüttel
15.	Birgit Gutt Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg	40.	Maria Vogel Geschäftsführerin des Niedersächsischen Land- Frauenverbandes Hannover e. V.
16.	Monika Hartmann-Bischoff Geschäftsführerin der Servicestelle Offene Hochschule Niedersachsen gemeinnützige GmbH	41.	Ingrid Wagemann Regionalberaterin der LAG Soziokultur in Niedersachsen (LAGS), Entsendende Institution: Arbeitskreis niedersächsischer Kulturverbände (akku)
17.	Cornelia Hartwig Referatsleiterin im Niedersächsischen Kultusministerium	42.	Timo Weise NIHK-Sprecher Schul- und Hochschulpolitik sowie AL Berufsbildung in der IHK für Ostfriesland und Papenburg, Entsendende Institution: Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag
18.	Rüdiger Heitefaut Sekretär für Tarif- und Beamtenpolitik GEW Niedersachsen	43.	Anika Werner Projektkoordination Niedersachsen ArbeiterKind.de Niedersachsen
19.	Peter Henze Theater Henze & Co / Land & Kunst e. V.	44.	Mareike Wulf Leiterin Bildung und Gesellschaftspolitik Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.
20.	Alexander Hesselbarth Senior Manager ZF Friedrichshafen AG	45.	Nina Zach Bezirkssekretärin IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
21.	Hans-Jürgen Hoffmann Geschäftsführer der Demografieagentur für die nds. Wirtschaft		
22.	PD Dr. Uwe Hunger Westfälische Wilhelms-Universität Münster Institut für Politikwissenschaft		
23.	Veronika Jaeger Direktorin des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens e. V., Entsendende Institution: Niedersäch- sischer Bund für freie Erwachsenenbildung e. V.		
24.	Prof. Dr. Susanne Kirchhoff-Kestel Institut für Gerontologie an der Universität Vechta		
25.	Olaf Klaukien Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems		

Übersicht über die Mitglieder der Arbeitsgruppe Mobilität

Leiter

Prof. Dr. Jürgen Howe
 Leiter der Abteilung Gerontopsychologie am Institut
 für Psychologie, Technische Universität Braunschweig
 PD Dr. Jürgen M. Bauer
 Direktor der Universitätsklinik für Geriatrie, Klinikum
 Oldenburg, Leiter Geriatisches Zentrum Oldenburg
 Landrat Jörg Farr
 Landrat des Landkreises Schaumburg
 Dr. Christoph Wilk
 Abteilungsleiter im Niedersächsischen Ministerium für
 Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Abteilung 4: Verkehr
Vertretung:
 Susanne Schmaljohan, MW

**Betreuer aus dem Niedersächsischen
 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**
 Michaela Saß, Claudia Fehrens, Michael Schäfer,
 Petra de Klein, Pascal Peters

Nr. Name

1. Delia Balzer
Linga
2. Birgit Blaich-Niehaus
ADAC Niedersachsen-Sachsen-Anhalt e. V.
3. Dr. Arno Brandt
CIMA Institut für Regionalwirtschaft GmbH
4. Thomas Buchheit
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
5. Mareike Dee
Landesjugendring Nds. e. V.
6. Prof. Lothar Eichhorn
Abteilungsleiter im Landesamt für Statistik Niedersachsen
(LSN), Honorarprofessor der Leibniz Universität Hannover
7. Harry-H. Evers
Geschäftsführer ITS Niedersachsen GmbH
8. Timo Fichtner
Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser
9. Lena Franke
Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund (NSGB)
10. Martin Franke
Niedersächsischer Städtetag
11. Hermann Hane
ver.di, Entsendende Institution: DGB
12. Ingrid Heineking
Leibniz Universität Hannover
13. Prof. Dr. Reinhold Haux
Peter L. Reichertz Institut für Medizinische Informatik
der Technischen Universität Braunschweig und der
Medizinischen Hochschule Hannover
14. Rolf Irrgang
Landesseniorenrat
15. Felix Jahn
Oldenburgische IHK, Entsendende Institution:
Niedersächsische Industrie- und Handelskammer
16. Detlev Jähnert
Büro des Landesbeauftragten für Menschen
mit Behinderungen

17. Michael Jänsch
MHH – Unfallforschung
18. Heiko Johannsen
MHH – Unfallforschung
19. Dr. Christa Karras
Landesfrauenrat e. V.
20. Björn Kemeter
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesund-
heit und Gleichstellung
21. Olaf Klaukien
Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems
22. Dr. Holger Kloth
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV)
23. Heide von Limburg
LandFrauenverband Hannover e. V.
24. Gerhard Löcker
TU Braunschweig
25. Birgit Maaß
Niedersächsisches Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung
26. Thomas Müller
IG-Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt,
Entsendende Institution: DGB
27. Günter Oberthür
Bistum Osnabrück / Seelsorgeamt,
Entsendende Institution: Katholisches Büro Niedersachsen
28. Prof. Dietmar Otte
MHH - Unfallforschung
29. Dr. Stefano Panebianco
Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg
30. Günther Piegsa
Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig
31. Annette von Pogrell
Diakonisches Werk evangelischer Kirchen in
Niedersachsen e. V.; vormals: Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.
32. Dieter Quentin
Fahrrlehrerverband Niedersachsen e. V.
33. Kerstin Ohlde
Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser
34. Nicola Simon
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
35. Bernd Seidel
Berater für Verkehr und Logistik
36. Peter Strüber
EVG
37. Jürgen Tiemann
Niedersächsischer Städtetag (NST)
38. Knut Utech
Landkreis Schaumburg – Sachgebietsleiter ÖPNV
39. Volker Ziedorn
IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum,
Entsendende Institution: Niedersächsische Industrie- und
Handelskammer
40. Cornelia Zieseniß
Landesverkehrswacht

Übersicht über die Mitglieder der Arbeitsgruppen Bildung

Bildung I

Leiter

Prof. Dr. Maria von Salisch
Professorin für Entwicklungspsychologie am Institut für Psychologie
an der Leuphana Universität Lüneburg
Björn Bertram
Geschäftsführer des Landesjugendrings Niedersachsen e. V.
Jan ter Horst
Abteilungsleiter im Niedersächsischen Kultusministerium, Abteilung
2: Kindertagesstätten, Grundschulen, Förderschulen, Politische
Bildung
Assistenz:
Knuth Erbe
Niedersächsisches Kultusministerium

Nr.	Name
1.	Klaus Bredl Geschäftsführer des Landesverbands niedersächsischer Musikschulen e. V., Entsendende Institution: Arbeitskreis niedersächsischer Kulturverbände (akku)
2.	Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf Lehrstuhl für Öffentliches Recht Leibniz Universität Hannover Juristische Fakultät
3.	Elisabeth Brunkhorst Beisitzerin für Soziales und Gesellschaftspolitik im LandFrauenverband Hannover e. V.
4.	Helge Feuðhrens Vormals Mitglied des Vorstands im Landesschülerrat Niedersachsen
5.	Manfred Fischer Beigeordneter im Niedersächsischen Landkreistag Schule, Kultur, Wirtschaft(sförderung), Fremdenverkehr und Verkehr, Energiewirtschaft
6.	Brigitta Franke Mitglied des Vorstands im Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.
7.	Penbe Güldogan Stellvertretende Vorsitzende des DITIB Landesverbandes Niedersachsen und Bremen e. V., Entsendende Institution: Gemeinsame Vertreterin des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen e. V., Schura Niedersachsen und des DITIB Landesverbandes Niedersachsen und Bremen e. V.
8.	Birgit Gutt Demografiebeauftragte im Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg
9.	Dr. Anwar Hadeed Projektleiter der Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge in Niedersachsen
10.	Thea Heusler Abteilungsleiterin Kinder, Jugend und Familie im Caritasverband Hannover e. V., Entsendende Institution: LAG der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen e. V. und Katholisches Büro Niedersachsen
11.	Bernd Heimberg Bereichsleitung Kinder-Jugend-Bildung der Diakonie in Niedersachsen, Entsendende Institution: Rat der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen
12.	Sabine Hohagen Vormals Vorsitzende im Landeselternrat Niedersachsen Vertreter: Stefan Bredehöft Vorsitzender im Landeselternrat Niedersachsen
13.	Markus Humpert Bereichsleiter Unternehmens- und Organisationsdienst- leistungen im Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gemeinnützige GmbH

14.	Prof. Dr. Hans- Ulrich Jung Leiter des CIMA Instituts für Regionalwirtschaft GmbH
15.	Arne Karrasch Sekretär für Bildungspolitik Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen
16.	Olaf Klaukien Demografiebeauftragter im Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems
17.	Marta Kraus Stellvertretende Landesvorsitzende im NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion c/o Philologenverband Niedersachsen
18.	Eckhardt Lotze Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
19.	Frank-Michael Mücke Abteilungsleiter Sportjugend im Landessportbund Niedersachsen e. V.
20.	Marion Othloff Vormals Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung für den Bereich Frauen und Gleichstellung
21.	Dr. Bodo Stange Abteilungsleiter Berufsbildung der IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum, Entsendende Institution: Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag
22.	Nicole Teuber Referentin im Niedersächsischen Städtetag
23.	Timo Weise NIHK-Sprecher Schul- und Hochschulpolitik sowie Abteilungsleiter Berufsbildung in der IHK für Ostfriesland und Papenburg, Entsendende Institution: Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag
24.	Katja Winglewski Landesfachsekretärin Gemeinden ver.di Landesbezirk Nds.-Bremen

Bildung II

Leiter

Prof. Dr. Christiane Dienel
Präsidentin der HAWK Hildesheim/Holzminde/Göttingen
Assistenz:
Cindy Stanke
HAWK Hildesheim/Holzminde/Göttingen
Prof. Dr. Günter Hirth
Abteilungsleiter Berufsbildung
IHK Hannover
Assistenz:
Torsten Temmeyer
IHK Hannover
Rüdiger Eichel
Abteilungsleiter im Niedersächsischen Ministerium
für Wissenschaft und Kultur
Assistenz:
Dr. Martin Berger
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Anna Zagidullin
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur



Niedersachsen

Mitglieder der Geschäftsstelle in der Staatskanzlei

Antje Pund
Matthias Sickert
Dr. Vera Simon
Susanne Seibert
Hinrich Heidemann

Herausgeber

Geschäftsstelle des Zukunftsforums

Ansprechpartnerin

Antje Pund
Niedersächsische Staatskanzlei
Tel.: 0511 - 120-6782
E-Mail: antje.pund@stk.niedersachsen.de

Inhaltlich verantwortlich

Zukunftsforum Niedersachsen

Impressum

Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstraße 2, 30169 Hannover
Tel.: 0511 - 120-0
E-Mail: poststelle@stk.niedersachsen.de

www.niedersachsen.de/themen/demografie

Alle Angaben in diesem Werk erfolgten nach
bestem Wissen und Gewissen. Änderungen und
Irrtümer vorbehalten.

Diese Broschüre ist auf 100% Recycling-
Papier gedruckt und wurde CO₂-neutral ohne
zusätzliche Bleiche produziert.